

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1.80 Mark, jährlich 3.60 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1.50 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erstein täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besondere-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Kienstadt (Thüringen) Wahlverein 20.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 2100.— (darunter Gefangenen „Gerechtigkeit“ 20.50.—), 3. Kreis 2500.— (darunter Ueberich, d. Kranzsp. durch H. R. 1.95, Tischler v. Wustertal durch Gehrmann 3.—, Botschaft der Arbeiter von Barmann u. Co. durch H. Heinrich 25.—), 4. Kreis Südost 2000.— (dar. Ueberich u. Dischlerklub „Südost“ 400.—, Tischlerei v. Wolf, Waldemarstr. 27, 30.—, Kranzsp. durch v. d. Arb. der Möbelfabr. Rauff 2.25, Stadtbl. 113a, Sparagasse 10.—, Kranzsp. durch v. d. Arb. der Firma Berner 9.65, Straßgelder v. d. Arbeitern der Firma Reding 36.40, Stadtbl. 102 30.—), 4. Kreis Ost 3000.— (darunter Möbelfabrik Großfus, Landbergerstr. 25/26, 2 Raten 40.50, Genossen des 100. Stadtbezirks und Arbeiter der Gefangenen 58.50, von den Arbeitern der Möbelfabrik Aug. Scheffer 20.—, Tischlerklub „Edelweiß“, Hornborsferstr. 6 10.—, Tischlerei Kehlbrand u. Kamlow, Weidenweg 5.—, von den Arbeitern der Möbelfabrik W. Kämmer, Frankfurter Allee 40.—, Tischlerklub von Herrmann u. Co., Grüner Weg 3.—), 6. Kreis 10 000.— (darunter Kranzsp. durch v. d. Arbeitern der Firma Brest u. Co. 5.—, Kranzsp. durch v. d. Arb. 4.75, vom „alten Freund“ 10.—, alter Parteigenosse, früher 6. Kreis, durch Franz Walther 5.—; Wasbit: Ueberich, der Kranzspende v. d. Arb. der Firma Siemens u. Schuder, Kabelwerk 8.50, desgleichen Siemens u. Schuder, Franklinstr. 140.25, desgleichen Deutsche Waffenfabrik 66.55, Gefangenen Niederlust II 20.—, Ueberich, v. Märzkranz der Firma Zimmermann u. Buschlich durch E. R. 26.—, A. W. Wister 1.—, Kleinmotorenbetrieb A. G. & S. für März 1.60), Berlin, diverse Beiträge: Vierprozente von den Arbeitern der Firma Gebr. Wolzani 51.63, Madetes 5.—, E. D. Gubrau, zwei Raten 2.—, von den Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei 52.—, Ueberich der Kranzspende für die Märzgefallenen von den Arbeitern der A. G. & S. 1127.20, Gefangenen Pianofabrik Hirschfeld, Eisenbahnstr. 10 6.65, Anocil, Ault, Neue Friedrichstr. 20 9.50, Ueberich, A. Schulte, Friedrichselderstr. 21 7.30, L. u. H. B. 20.—, zur Wiedererwerbungs verlorenen Rechte 10.—, Dr. L. A. 100.—, von Arbeitern und Arbeiterinnen d. Buchbinder „Vorwärts“ 20.—, Ueberich, v. Märzkranz der Arbeiter von Keshing u. Thomas 32.25, sechs Gutmacher Königsr. 25 10.—, Baumjulewieweg, Vierprozente Tischlerei Gadegast 6.—, Die Contobucharbeiter vom Wedding 5.—, Vierprozente der Schlosser der Firma Platow 27.70, F. S. 50.—, A. B. 50.—, Reum Maurer aus dem Gewerkschaftshaus 30.—, Pamillon zum Kampfe für Wahrheit und Recht 5.—, Patienten aus Grabamsee 3.—, Mitglieder der U. Dr. 4.30, von Mitgliedern des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 150.—, Ueberich vom Märzkranz von den Arbeitern der Maschinenfabrik Manoline 6.25, Straßgelder 5. u. S. 1.70, Grabamsee, Ueberich von der Maifestzeitung 2.30, Ueberich der Bierlaffe der W. Wöllmersheim Schriftgießerei 50.—, Bürgerkolonne Günstigerstr. 4.—, Fleisig 1.—, Kulle, Bischofsallee 1.—, Bürger Bannau — 55, Gutenberg 46.40, Arbeiter der Firma B. Gerdagen, Lützenl. 44 10.—, Bern 50.—, Duppach 4.—, Breslau, sozialdemokratischer Verein 100.—, Neutsh (Oberst.), v. Parteigenossen 5.—, Bremen, vom Maschinenpersonal d. „Grüner Arbeiterzeitung“ 20.80, Köln a. Rh., sozialdemokr. Verein 1. Quartal 1904 67.—, Donauerschlingen, 2. dachser Wahlkreis 5.—, Jallenberg (Oberst.), 2.—, Jährh 20.—, Getha, von den Parteigenossen d. d. Beitr. 30.—, Gera (Neuh.), sozialdemokratischer Verein Neuh. J. 2. 150.—, Gera (Neuh.), für den Woff eines Leipziger Webers 1.63, Hamburg, von den Hamburger Genossinnen durch L. Bles 100.—, Hamburg, Ueberich v. d. Reichstagswahl 1903 8063.27, Hamburg, von der Auflösung des Unterstufungsvereins „Gleichheit“ von 1901 100.—, Hamburg, im Monat April in der Expedition des „Ego“ eingegangen 161.79, Hamburg, 3. Wahlkreis 3000.—, Heidelberg, R. G. 4.—, Krefeld, Beitrag vom sozialdemokr. Volksverein 100.—, Kattowitz (Oberst.), Wahlverein 5.—, Ludenwalde, v. sozialdemokr. Wahlverein 100.—, Ludenwalde, Rufus 5.—, München, Gau Südbayern 1. Quartal 1904 127.—, Magdeburg, von den Parteigenossen 300.—, München, Waldläufer Januar-April 20.—, Nürnberg, S. 4.—, Niederrhein, 19. Jahrg. Reichstags-Wahlkreis 50.—, Nordische Wasserlante 50 000.—, Oberstein a. Rade, Volksverein 1. Quartal 1904 9.60, Oelsnis 1. B., von den Parteigenossen durch A. G. 20.—, Ronsdorf, allgemeiner Arbeiterverein 25.—, Straßburg i. E., Altwater 5.—, Stuttgart, S. U. 10.—, Solingen, durch das Kreisomitee 50.—, Teiberg, Arbeiter-Wahlverein 5.—, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Central-Wahlverein 100.—, Welschau, vom aufgelösten Volksverein 15.—, „Vorwärts“, 1. Quartal 1904, 12 061.90, „Wahrer Jakob“, nach Abzug der Ausgabe für „Neue Zeit“ 6119.45, Württemberg 100.—, Berlin, den 9. Mai 1904.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Verrufserklärung der Landarbeiter.

Seit Jahren hat das preussische Abgeordnetenhaus das Ausnahmegesetz verlangt, das es jetzt erreicht hat. „Erstverurteilung des Vertragsbruchs der Arbeiter“ forderte man — Erstverurteilung des Vertragsbruchs der Arbeitgeber, Anrechnung, Feststellung der Arbeiter an die Scholle meinte man. Am 1. Mai 1889, dann am 10. Mai 1900 verlangte das Abgeordnetenhaus gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter sowie gegen die Verleitung zu demselben gerichtete Gesetzentwürfe, zuletzt wiederholte es sein Verlangen am 10. Februar dieses Jahres. Da gelangte der auch durch seine Sprache den Geist der Unterdrückung und des Hasses gegen die ländlichen Arbeiter atmende Antrag der Abgeordneten Dr. Arndt und Genossen zur Annahme, der dahin lautete:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen dahin, 1. daß auch derjenige Arbeitgeber bestraft wird, welcher Gefinde oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er

weiß oder annehmen muß, daß sie noch einem andern Arbeitgeber verpflichtet sind,

a) in Dienst nimmt, b) während der Dauer dieser Verpflichtung in Dienst behält, sofern nicht vier Wochen seit der unrechtmäßigen Lösung des Dienstverhältnisses verstrichen sind,

2. ferner derjenige bestraft wird, der die Arbeitsvermittlung für solche Arbeiter oder Gefinde (Nr. 1) übernimmt,

8. endlich derjenige bestraft wird, der Gefinde oder einen landwirtschaftlichen Arbeiter verleitet, widerrechtlich einen Dienst nicht anzutreten, vorzeitig zu verlassen oder die vertragsmäßige Arbeit niederzulegen.“

In der Diskussion stimmten die Abgeordneten der Konservativen, der freikonservativen, der nationalliberalen Partei und des Centrums diesem Antrag zu. Vom Centrumsredner Hofe wurde ausdrücklich hervorgehoben, es sei erforderlich, nicht nur den Arbeitgeber, sondern auch den Arbeiter zu strafen. Der Landwirtschaftsminister v. Pöddielski schloß seine Rede wie folgt:

„Meine Herren, ich kann zu dem vorliegenden Initiativentwurf nur die Stellung nehmen: daß, nachdem mit Ausnahme der Vertreter der beiden Linken, das ganze Haus, die Konservativen, das Centrum und die Nationalliberalen einen solchen Gesetzentwurf für notwendig und wünschenswert erachteten, ich versuchen werde, ihn noch in diesem Jahre dem hohen Hause zu unterbreiten und damit, wie ich hoffe, sehr berechtigten Wünschen der Landwirtschaft zu entsprechen.“

Genau vier Jahre vordem, am 10. Februar 1900, hatte der Minister v. Miquel im Abgeordnetenhaus erklärt, daß die Materie ausschließlich der Reichskompetenz gehöre.

v. Pöddielski hat Wort gehalten. Der in der Sonntagsnummer von uns mitgeteilte Gesetzentwurf gehörte der Resolution des Abgeordnetenhauses.

Ohne eine Spur statistischen Materials sagt die Begründung kurzweg, der Entwurf gehöre zur Kompetenz des Landtages, da er keine Materie betreffe, welche Gegenstand des Reichs-Strafgesetzbuches sei. Diese Behauptung ist falsch: es widerspricht der im Landtage vorgelegte Gesetzentwurf dem Reichsrecht, und zwar sowohl dem Strafrecht wie dem bürgerlichen Gesetzbuch und dem Freizügigkeits-Gesetz. Es gehört der preussische Entwurf zu dem Reg. einzelstaatlicher Gesetze, mit dem der deutsche Landwirtschaftsrat unter Umgehung der allein zuständigen Reichsgesetzgebung die deutschen Einzelstaaten seit dem Jahre 1894 zu umpausen sucht. Es ist der Entwurf ein Glied in der Kette rechtswidriger einzelstaatlicher Gesetze, wie sie seit 1899 in Anhalt, Neuh. J. L., Braunschweig und andern Kleinstaaten erlassen sind. Daß derartige Gesetze der Reichsgesetzgebung widersprechen, ist nicht nur von Miquel als preussischen Minister anerkannt, sondern seit Jahrzehnten auch von der Reichsgesetzgebung und den verschiedenen Parteien. So verlangten die konservativen Abgeordneten v. Barmin, v. Münnigerode, v. Hellendorf unter dem 4. Mai 1873 im Reichstag einen Gesetzentwurf gegen den Vertragsbruch auch landwirtschaftlicher Arbeiter. Unter dem 18. Juni 1878 legte v. Bismarck dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bestrafung der Kontraktbrüchigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ vor. In ähnlicher Weise erklärten in den siebziger Jahren der Landwirtschaftsminister Graf Königsmarck und eine Denkschrift des preussischen Landwirtschaftsministeriums:

„Daß Strafbestimmungen gegen den widerrechtlichen Kontraktbruch an dieser Stelle (d. h. in einem Landesgesetz) keine Aufnahme finden können, wird einer weiteren Ausführung nicht bedürfen; denn dieser Gegenstand ist sozusagen rechtshändig bei den zur Reichsgesetzgebung kompetenten Instanzen, und es wird schon um deswillen die Paritätengesetzgebung darauf verzichten müssen, der Reichslegislatur zu präjudizieren.“

Darüber kann in der That kein Zweifel bestehen, daß die dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegte Materie allein und ausschließlich der Reichskompetenz untersteht. Es hat das Reichs-Strafgesetzbuch Bestimmungen darüber getroffen, ob und inwieweit Verletzungen von Vertragspflichten strafrechtlich geahndet werden dürfen, so im § 329 (Strafbestimmung bei Lieferungsverträgen), § 228 (Strafbestimmungen des Arbeitsvertrages der Schiffer), ferner in den Vorschriften über Untreue, Betrug, Bankrott usw. Auch andre Reichsgesetze befaßten sich mit dieser Materie der Bestrafung des Vertragsbruchs, so die Seemanns-Ordnung, die Gewerbe-Ordnung und das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb. Der ländliche Arbeitsvertrag ist ferner erschöpfend durch das bürgerliche Gesetzbuch geregelt: die Landesgesetzgebung hat hier keinen Raum. Dem Freizügigkeitsgesetz und der Reichsverfassung widerspricht ein Landesgesetz, das wie der vorgelegte Entwurf einen Arbeiter hindert, seine Arbeitskraft zu verwerten. Die Gewerbe-Ordnung ferner hat die Befindungsvermittlung auch strafrechtlich geregelt.

Warum legt die Regierung, wenn sie ein Gesetz in der von ihr gewünschten Richtung für erforderlich hält, ein solches nicht dem Reichstag vor? Weil sie weiß, daß selbst der gegenwärtige reaktionäre Reichstag solches Gesetz wegen seiner kulturwidrigen Ungerechtigkeit und die Landarbeiter aufs tiefste schädigenden Ausnahmegegnatur ablehnen würde. Im Reichstag wirkt bei den Centrumsleuten noch der Ausdruck eines Windhorst nach: Für alle Arbeiter ist die Freiheit der Person notwendig und die Bestrafung eines Kontraktbruchs der Arbeiter widerspricht der bestehenden Gesellschaftsordnung und der persönlichen Freiheit der Arbeiter. Im Landtag forderten auch die Centrumsleute ein derartiges Gesetz, welches den ländlichen Arbeiter schlechter stellt, als das russische Strafgesetzbuch vom Juni 1886 seine Landarbeiter stellt, und welches die Landarbeiter schlimmer stellt, als Leibeigene und Hörige in Preußen in früheren Jahrhunderten standen.

Nach dem Gesetzentwurf soll, wie die Konservativen sagen, nur der Arbeitgeber bestraft werden. Welcher einseitiger Einwand.

Der Arbeiter wird nach dem Gesetz von 1854 mit Strafe wegen Vertragsbruchs bedroht, nicht der Arbeitgeber. Und der Arbeitgeber, der seinen Vertrag gegenüber dem Arbeiter verlegt, soll auch fernerhin straffrei bleiben.

Nicht der Arbeitgeber, sondern der Arbeiter soll durch den Gesetzentwurf getroffen werden. Durch die Strafbestimmung soll es ihm unmöglich gemacht werden, andre Arbeit zu erhalten, wenn er aus einem nach seiner Ansicht berechtigten Grunde die Arbeit verläßt. Er soll vogelfrei werden, und wer sich der Verurteilung gegen den Arbeiter nicht anschließt, sondern ihn in Arbeit nimmt, soll bestraft werden, um den Arbeiter zu treffen.

Der ländliche Arbeiter kann ohne Einhaltung der Kündigungsfrist den Vertrag nach § 626 des bürgerlichen Gesetzbuchs aufheben, „wenn ein wichtiger Grund vorliegt“. Aber darüber, ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheiden gelehrte Richter nach monatelangen Verhandlungen. Niemand kann im voraus wissen, wie ein richterliches Urteil ausfällt. Und dennoch soll der Arbeitgeber bestraft werden, der „bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen mußte“, daß kein wichtiger Grund zur Aufhebung des Vertragsverhältnisses nach Ansicht des Richters vorlag, wiewohl vielleicht der Arbeiter gemißhandelt, seine Frau oder Töchter vom Gutsbesitzer oder vom Gutsinspektor geschlechtlich gemißbraucht sind! Das soll neu-preussisches Recht werden.

Für das ländliche und städtische Gefinde gelten noch heute allein die Aufhebungsgründe der Gefinde-Ordnung von 1810. Danach darf beispielsweise bei Mißhandlungen ein Gefinde erst dann ohne Aufkündigung den Dienst verlassen, „wenn es durch die Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit veretzt worden oder wenn die Herrschaft dasselbe auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausschweifender und ungemäßigter Härte behandelt hat“. Auf Grund dieser Vorschriften haben gelehrte Gerichte, die nach Ansicht des Ministers Suarez sich ja stets in der Rechtssprechung der Herrschaft zumeigen, erkannt, daß ein Gefinde, das mit Peitschenhieben geschlagen ist, noch nicht mit „ungewöhnlicher Härte“ behandelt sei und deshalb den Dienst nicht verlassen dürfe. So hat auch wiederholt das preussische Oberverwaltungsgericht erkannt!

Nimmt sich jemand eines mißhandelten Dienstmädchens oder Knechts an, ja, rät er ihm nur, den Dienst zu verlassen, so soll er — nach dem Gesetzentwurf — bestraft werden.

Der Gesetzentwurf ruft dreifach dem ländlichen Arbeiter und dem Gefinde zu, keinen Vertrag zu schließen, durch den nicht das jederzeitige Kündigungsrecht dem Gefinde und ländlichen Arbeiter zugewilligt wird. Er ruft noch stärker die Pflicht des ländlichen Arbeiters auf,

sich zu organisieren!

Ein weit verbreiteter Irrtum geht dahin: durch das Gesetz vom 24. April 1854 sei den ländlichen Arbeitern und dem Gefinde in Preußen das Koalitionsrecht überhaupt genommen. Dem ist nicht so. Sie haben das Recht, Versammlungen abzuhalten und Vereine zu bilden, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung, welche Vereins- und Versammlungsrecht den Preußen gewährleisteten, haben auch für alle ländlichen Arbeiter Geltung. Nur ist allerdings das wirksamste und oft einzige Mittel zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen — das der Verabredung, ja schon das der Aufforderung zum Streik — unter hohe Strafen gestellt und dadurch eine gewerkschaftliche Verfassung der ländlichen Arbeiter in den durch das Gesetz vom 24. April 1854 betroffenen preussischen Provinzen (Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Brandenburg nebst Berlin, Sachsen, Westfalen, die Rheinprovinz) sehr erschwert. Auch von diesem schmalen Koalitionsrecht muß der ländliche Arbeiter Gebrauch machen. Und der neue Ausnahme-Gesetzentwurf hat das eine Gute, daß er auf den ländlichen Arbeiter revolutionierend, aufpeitschend wirkt; ihm zeigt: der Junker, die bürgerlichen Parteien sind deine Feinde, sie machen Gesetze, um dich noch mehr zu drücken. Wehre dich gegen deinen Feind, schliche dich mit deinen Leidensgenossen und allen andern Arbeitern zusammen, tritt Organisationen bei und schliche dich der Sozialdemokratie an!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Mai.

Der Reichstag

erledigte am Dienstag den Etat des Reichsamtts des Innern in dritter Lesung. General- und Specialbedante dienten vielfach nur dazu, die Irrtümer, die in den Reden zur zweiten Lesung untergelaufen waren, richtig zu stellen oder die Behauptungen, die damals aufgestellt worden waren, gegenüber Angriffen, die inzwischen innerhalb oder außerhalb des Hauses erhoben waren, aufrecht zu erhalten.

Nur bei einem Titel fand eine wirkliche Debatte unter Beteiligung aller Parteien statt. Angehörige aller Fraktionen, mit Ausnahme des Centrums und der Sozialdemokratie, hatten zu dem Reichsfonds für Kunstzwecke eine Resolution eingebracht, die gleichmäßige Berücksichtigung der beiden Centralorganisationen der Künstler fordert. Dieser Antrag sollte das Facit darstellen aus der Kunstdebatte vom 16. Februar, in der an der einseitigen Bevorzugung der Anton v. Wernerischen Clique von allen Seiten scharfe Kritik geübt worden war. Dahaben die Herren Freistimmigen, Nationalliberalen und Konservativen den Sinn ihrer eignen Reden sehr mißverstanden. Nicht darum handelte es sich, daß von Staats wegen die Kunst anderweitig reglementiert werden soll, sondern um völlige Freiheit der Kunst und um ihre Unterföhrung durch Ankau

oder Entsendung von Bildern auf internationale Ausstellungen je nach dem Wert des einzelnen Wertes. Diesen Standpunkt vertrat namens unserer Fraktion heute auch in wichtiger Rede Genosse Südekum. Der Centrumsabgeordnete Kirisch stellte den Antrag, die Resolution in dem Sinne umzuändern, daß alle Künstler ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu einzelnen Richtungen aus Reichsmitteln unterstützt werden sollten; und dieser Antrag wurde dann auch fast einstimmig angenommen.

Aus dem Vielerlei der socialpolitischen Debatte sind die Beschwerden des Genossen Horn wegen ungenügender Beaufsichtigung der Glashütten durch die Gewerbe-Inspektoren sowie die Forderungen hervorzuheben, die Genosse Lipinski für die Handelsangelegenheiten erhob. Die Antwort des Staatssekretärs Graf Posadowsky lautete wenig entgegenkommend. Es scheint, als ob die Regierung auf Jahre hinaus nichts für die Handlungsgehilfen thun will. Hingegen konnte auf eine Anfrage unseres Genossen Schmidt-Frankfurt der Staatssekretär erklären, daß geheime polizeiliche Erhebungen über eine Verschärfung des § 123 der Gewerbeordnung nicht stattfänden. Es handelt sich da um eine Forderung der Scharfmacher, daß auch Streikigkeiten zwischen den Arbeitern dem Unternehmer Grund zur sofortigen Entlassung geben sollen.

Der konservative Abg. v. Rippenhausen erzählte eine wunderbare Geschichte vom Mauer-Terrorismus, die er schon einmal erzählt hat, von neuem, las ein Waisungsblatt der hannoverschen Socialdemokraten vor und hielt schließlich einen Vortrag über Debels Stellung zur schwarzen und gelben Rasse. Graf Ballesire erhob die Komit der komischen Rede durch erheiternde Unterbrechungen. Ferner hielt der polnische Abgeordnete Kulerski eine längere Vorlesung über die Grundlagen der Pädagogik unter besonderer Berücksichtigung von Comenius im Verhältnis zu den Volksschulen der Provinz Posen, und der nationalliberale Graf Oriola bemühte sich in verspäteter Kunstrede, die Erfolge des Herrn v. Rippenhausen zu erringen.

Die dritte Lesung des Etats wird am Mittwoch kaum zu Ende geführt werden können, da bei dem Militär- wie Justiz-Etat noch längere wertvolle Erörterungen zu erwarten sind.

Reichskontrollbrüche.

Am Dienstag begann das preussische Abgeordnetenhaus nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen. Von vornherein ist diesem Ausnahmegeetze eine große Mehrheit, bestehend aus den beiden konservativen Parteien und den Nationalliberalen, sicher. Von Interesse war es nur, wie die Freunde der Vorlage im Hause und am Ministerische den offensibaren Verfassungsbruch motivieren würden. Vor allem war es der Minister des Innern, Freiherr v. Hammerstein, der sich spielend über die Verfassung hinwegsetzte. Herr v. Hammerstein Intelligenz berechnigt zu der Annahme, daß er vielleicht den juristischen Unsinns glaubt, den er vorträgt. Die Nachher des Ostmarkenvereins und der Deutschen Landbank schiden offenbar die Hammerstein und Poddbielski vor, weil ihr mangelhaft ausgebildetes Unterscheidungsvermögen sie befähigt, auch an der heftigen Tölpelheit keinen Anstoß zu nehmen. Herr v. Hammerstein übertraf sich diesmal selbst so sehr, daß es ihm gelang, einen Sturm von Psiu-Rufen sogar seitens der regierenden Partei, des Centrums, zu ernten. Er suchte sich über den Mangel an Gründen durch Grobheit hinüberzureiten. Und Gründe hatte Herr v. Hammerstein nicht ins Feld zu führen. So legte er sich denn auf den Schimpfen, warf dem Centrums-Abgeordneten Hören vor, daß er den Mund voll genommen habe, sprach von polnischer Unverschämtheit und was dergleichen Plumpheiten mehr sind, so daß er fortgesetzt große Lärme hervorrief.

Hammerstein verteidigte das „Kampfgesetz“, wie er es nannte, mit einer Schilderung der großpolnischen Gefahr, daß allen Weibern wirklich angst und bange werden konnte. Durch seine ewigen Germanisations-Reden hat sich bei ihm die fixe Idee entwickelt, daß es schon morgen zum blutigen Kampf zwischen den Polen und Preußen kommt, wenn er nicht auf der Hut ist. Er erzählte allen Ernstes als ganz sicher, daß in Chicago sich eine polnische Armee von Offizieren und Unteroffizieren ausbilde. Diese Armee wird dann vernünftlich in der Entscheidungsstunde zunächst Hamburg oder Kiel einnehmen, um dann den Polen zu Hilfe zu eilen. Das war aber auch die einzige Idee, die in seiner Rede zum Ausdruck kam. In seine Kriegervereinsrede flocht er einige staatsrechtliche Betrachtungen, durch die er sich offenbar den Anspruch auf juristische Unsterblichkeit sichern wollte. Daß nach der Verfassung alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind, konnte er nicht bestreiten, aber diese Gesetzesgleichheit, meinte er, bezog sich nur darauf, daß jeder Preuze den bestehenden Gesetzen unterworfen ist, nicht aber darauf, daß jeder Preuze das gleiche Recht hat.

Daß es sich bei dem Gesetz um ein Ausnahmegeetz handelt, mußte auch Minister v. Poddbielski zugeben, der sich im übrigen sehr zurückhaltend zeigte. Er möchte wohl eingesehen haben, daß er es mit seinem Kollegen v. Hammerstein an staatsrechtlichem und juristischem Wissen doch nicht aufnehmen kann.

Bekämpft wurde die Vorlage von dem Abg. Hören (C.), Dr. v. Starzynski (Pole) und Veltsohn (fr. P.).

Herr Hören sprach, wie man anerkennen muß, sehr scharf und energisch. Aber mit solchem Oppositionsdommer ist es nicht mehr gethan. Preußen verfolgt jetzt systematisch das Ziel, alles, was durch Reichsgesetz unmöglich gemacht ist, in Preußen durchzusetzen. Es wird Zeit, daß endlich gegen diese fortgesetzten Reichskontrollbrüche, die nachgerade eine Art partikularistischen Hochverrats darstellen, eingeschritten wird. Das Centrum hat die Macht, diese preussische Politik zu verhindern, wenn es will, da ja im Reichstage nichts ohne seine Rathhülfe geschehen kann. Gebraucht es diese Macht nicht, sondern begnügt sich mit ein paar kräftigen Worten, so zeigt es damit, daß es ihm nicht Ernst damit ist, den immer gemeingefährlicher werdenden preussischen Partikularismus zu bekämpfen.

Mittwoch: Fortsetzung und kleinere Vorlagen. Außerdem ein Antrag auf Einleitung eines Verfahrens wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses.

Das Herrenhaus

beriet am Dienstag nur kleinere Vorlagen und Petitionen, darunter eine um Abänderung des Einkommensteuer-Gesetzes behufs Abzugsfähigkeit der von dem zum Gewerbe- oder Bergwerksbetrieb dienenden Grundeigentum zu entrichtenden Kommunalsteuern vom Einkommen. Die Petition hat das Haus schon wiederholt beschäftigt; sie wurde auch diesmal der Regierung, trotz ihres Widerspruchs, zur Berücksichtigung überwiesen.

Am Mittwoch beginnt die Etatsberatung.

Zum Rücktritt Leutweins.

Unser Bemerkungen zu der Sensationsnachricht der Scherl-Presse über den bevorstehenden Rücktritt Leutweins und seine unaussprechlichen verhängnisvollen Folgen haben — ein Novum in der publizistischen Praxis August Scherls! — den „Lokal-Anzeiger“ zu folgender in unverfälschtem Kanzlerjargon gehaltenen Polemik gegen den „Vorwärts“ veranlaßt:

Hauptmann Dannhauer erfüllte nur seine publizistische Pflicht, als er uns von der gegenwärtigen Stimmung dortiger aller Afrkaner rechtzeitig Kenntnis und dadurch Gelegenheit gab, alle Hindernisse für ein ferneres Verbleiben Leutweins auf seinem Posten aus dem Wege zu räumen. Er hat uns sogar seine Quellen für die uns übermittelte Nachricht — die nebenbei bemerkt nicht mit dem Gouverneur Leutwein selbst identisch sind — in einem Zusatz zu seiner Depesche, der von uns nicht veröffentlicht wurde, näher charakterisiert, um jeden Verdacht von sich zu weisen, als ob etwa sein Telegramm Mittel zu einer in Südwestafrika angezeigten Intrigue sei. Der „Vorwärts“ weiß alles ganz genau und verlegt heute schon den Sitz dieser angeblichen Intrigue nach Berlin. Er leistet sich bei der Ausmalung dieses Gedankens ein noch tollereres Phantasiestück, als die „Staatsbürger-Zeitung“, das in seiner Drolligkeit sogar das Märchen von der Kaiserinself übertrumpft. Wir haben im übrigen gestern schon unserer Leserzuzugung Ausdruck gegeben, daß Oberst Leutwein ein viel zu guter Patriot und Soldat ist, um nicht schließlich wieder Herr seiner Bestimmungen zu werden. Wir würden uns daher nicht wundern, wenn in aller nächster Zeit bereits eine definitive Erklärung Leutweins an antlicher Stelle eintröfe, daß er auf seinem Posten verharre.

Es ist uns natürlich gar nicht eingefallen zu behaupten, daß das Windhüter Telegramm August Scherls in Berlin aufgegeben worden sei. Wir haben lediglich bemerkt, daß ein solches Telegramm, das sich in schärfster Form gegen die neueste Südwestafrika-Politik — nicht der verantwortlichen Regierung — wendete, unmöglich ohne Sondierung an gewissen Stellen in Berlin veröffentlicht worden sein könne. Die Zwischen-träger Scherls brauchen deshalb ebensowenig bei dem Reichskanzler selbst antidambriert zu haben, wie es wahrscheinlich war, daß der Scherl-Korrespondent in Windhüt direkt von Leutwein inspiziert worden ist. So plump werden diplomatische Intriguen ja wohl schwerlich eingefädelt. Aber die „Quellen“, die Herrn Dannhauer seine „absolut sicheren“ Informationen zuramten, werden wohl auch wieder von unsichtbaren Andern gespielt worden sein! Eine solche Kombination erfordert so wenig Scharfsinn, daß sogar die „Staatsbürger-Zeitung“ eine „Flucht in die Dementlichkeit“ dahinter witterte. Wir wollten denn auch beileibe keine scharfsinnige Konjektur zu Marke bringen, sondern einfach die heillose Wirrnis unserer Weltpolitik beleuchten.

Die „Norddeutsche Reichskorrespondenz“ schreibt ebenfalls über die Angelegenheit:

„Aus Afrika kommt die Kunde, daß Oberst Leutwein nur die Ankunft des neuen Oberkommandierenden, Generalleutnant v. Trotha, die am 7. Juli erfolgen wird, abwarten will, um dann nach Deutschland zurückzukehren. Troth aller Beschönigungsversuche wäre damit eingefroren, was zu erwarten war. Der hinter den Coullissen geführte Kleinkrieg verschiedener Gruppen drängt geradezu dahin, einmal vor breiter Öffentlichkeit eine laute und deutliche Sprache zu reden.“

Leutwein galt und gilt heute bei allen Kennern der Verhältnisse als ein Kolonialmann von großer Praxis und ebenso großer Fähigkeit. Die Schuld an den wenig erfreulichen Ereignissen in Südwest trifft ihn sicherlich nicht. Der die Verantwortung zu tragen hat, das ergibt hoffentlich die vom Kaiser gewünschte Untersuchung. Von Anbeginn aber richtete sich gegen Leutwein eine Hehe, die seinen Sturz als Ziel betrachtete. Erkundigte man sich damals an Stellen, die es hätten wissen müssen, so erfuhr man mit größter Bestimmtheit: Leutwein bleibt selbstverständlich; es liegt nicht der geringste Anlaß vor, seine Demission zu wünschen. Wenige Tage später nannte ein Teil der Presse den Namen des Herrn v. Trotha in Verbindung mit dem Oberkommando in Südwestafrika; darunter Blätter, deren Informationen verlässlich sind. Gleich darauf erfuhr man an berufener Stelle abermals: es denkt kein Mensch daran, eine Aenderung in die Wege zu leiten.

Und wieder einige Tage später — war Generalleutnant v. Trotha Oberkommandierender für Südwestafrika. Die Uebernahme war selbst an aller maßgeblicher Stelle eine vollkommene. Um den schlechten Eindruck, den das unsichere Laufen hin und her in der Dementlichkeit gemacht hatte, zu wischen, hieß es: Leutwein bleibt doch; nicht Oberkommandierender zwar, aber Gouverneur; er hat die Entbindung von den militärischen Geschäften selbst gewünscht und denkt nicht daran, sie als Kränkung aufzufassen. Und nun kommt abermals ein Novum: Leutwein lehrt in die Heimat zurück. Es ist kein Wunder, daß das Vertrauen zu unserer Kolonialpolitik unter solchen Umständen schwer erschüttert wird. Selbst der Laie wird hier Zeuge eines Rätel-spiels sondergleichen. Auswärtiges Amt (Kolonialamt), Reichs-Marineamt und Militärkabinett — jedes treibt seine besondere Politik, jedes hat seine eigne Reigungen und eigne Wünsche. Dazu kommt eine ganze Schar von nichtbeamteten Kolonialpolitikern mit einer ebensolchen Schar von Sonderinteressen. Seit Jahr und Tag wird die Forderung erhoben, das Kolonialamt mit selbständigeren Befugnissen auszustatten und ihm die Verantwortung für sein Ressort zu übertragen. Wer hat heute die Verantwortung an dem, was in Südwestafrika geschehen ist und noch geschieht, zu tragen? Nach der Verfassung: der Reichskanzler. Geht, aber trifft ihn auch die moralische Verschuldung an Vorgängern, denen er machtlos gegenübersteht? Freiherr v. Marckall schätzte sich seiner Zeit in die Dementlichkeit, um endlich einmal die geheimnisvollen Fäden bloßzulegen, die unverantwortliche Minister* gesponnen hatten. Es wäre an der Zeit, daß Graf Bälou diesem Beispiele folgte und rückhaltlos die Vorgänge ent-schleierte, die Leutweins Sturz zur Folge hatten. Der verantwortliche Leiter der deutschen Politik war noch am Tage der Afrika-Konferenz der festen Meinung, daß Leutwein unter allen Umständen bleiben müsse. Dieses Rätel hat heute der Lösung.“

„Etwa“ 2000 Mann Nachschub?

Der „Tag“ meldet: „In gut unterrichteten militärischen Kreisen nimmt man an, daß die Zahl der bestellten Truppen in Südwestafrika um etwa 2000 Mann erhöht werden wird. Das Pferdennaterial soll ausschließlich aus Ostpreußen bezogen werden.“

Sollen nun überhaupt nur 2000 Mann nachgeschickt werden, oder außer 2000 Reitern auch noch Auftruppen? —

Hunderttausendfüßig Typhusfranke.

Nach privaten Meldungen aus Windhüt beträgt die Zahl der Typhusfranken in Dithöhenena 2 Offiziere und 65 Mann, in Windhüt 40 Mann, in Okahandja 42 Mann, in Karibib 26 Mann. In Ab-habis ist ein Erholungsheim eingerichtet worden, wo sich die Typhus- und Malaria-Kolonialisenten wieder kräftigen können. Die Zahl der Typhusfranken ist zwar noch nicht wesentlich zurückgegangen, aber dank den getroffenen Vorbeugungsmaßregeln ist das weitere Umschlagreifen der Epidemie verhindert worden.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ gegen Leutwein.

Das offiziöse Blatt bringt an der Spitze seiner letzten Nummer folgende Erklärung:

„Ein in Südwestafrika befindlicher Berichterstatter hat unterm 8. d. M. aus Windhüt gemeldet, der Gouverneur Oberst Leutwein sei entlassen, folglich nach Uebergabe der Befehle an den Generalleutnant v. Trotha nach Deutschland zurückzukehren. Wir halten diese Meldung für durchaus falsch; denn sie steht in unauflösbarem Widerspruch mit Erklärungen, die Oberst Leutwein aus freien Stücken seinen vorgesetzten Behörden abgegeben hat.“

Dies Dementi klingt ungewöhnlich gereizt. Es liefert einen neuen Beweis für die unglaubliche Verwirrung in den Regierungskreisen. Warum hat man denn nicht Leutwein selbst zu einer tele-graphischen Erklärung veranlaßt, statt ihm indirekt Bankeilmütigkeit vorzutwerfen?!

Ein Pionier kolonialer Brutalität

Ist heute morgen in der Person des bekannten Afrkanerforschenden Henry Stanley in London dahingegangen. Als Todesursache wird Wassersucht genannt.

Stanley hat sich — vom geographischen und kolonialausbeute-riichen Standpunkte aus — große Verdienste um die Erforschung und Erschließung des vor seiner Zeit in Wirklichkeit noch ziemlich „dunklen“, das heißt unbekanntem Erdteils erworben. Stanley wurde 1871 von der Zeitung „New York Herald“ nach Afrika entsandt, um Livingstone aufzuspüren. 1874 unternahm er eine zweite afrkanische Reise, auf der er den von Livingstone entdeckten Quilaba als Quellfluß des Congo nachwies. 1877 fuhr er dann, von der Ostküste kommend, den Congo bis zu seiner Mündung hinab, eine Durchquerung Afrikas, die großes Aufsehen erregte. 1879-84 legte er im Auftrag des belgischen Königs Stationen am mittleren Congo an, 1887 leitete er die Expedition vom Congo zum ägyptischen Sudan, um den durch die Mahdistenbewegung von allem Verkehr mit Europa abgeschnittenen Emin Pascha zu entsenden, jedenfalls auch, um Englands politischen Einfluß im Sudan zu stärken. Er fand Emin Pascha am Albert Khanza und zwang ihn und Cafali zum Aufbruch nach Sansibar.

Stanley, eine rücksichtslose, brutale Natur, führte ein neues System in die Afrkaner ein, das leider später vielfach Nach-ahmung gefunden hat. Statt, wie Livingstone, seine Reisen nur mit einer kleineren Begleitmannschaft zu unternehmen und sich friedlich mit den Eingeborenen über den Durchmarsch zu verständigen, was dank der Gütmütigkeit der Eingeborenen auch immer geglückt ist, rüstete Stanley förmlich eine kleine Armee aus, mit der er sich einfach überall den Durchmarsch erzwang. Der Pfad seiner Expeditionen war denn auch stets mit Leichen besät. Auch seine eignen Leute wurden mit dem Revolver terrorisiert und einfach niedergeschossen, wenn sie sich den Strapazen nicht länger unterwerfen wollten oder sie vor drohenden Gefahren zurückschreckten.

Stanleys wichtigste Entdeckung, die Erforschung des Congos und die Anpreisung des Reichthums der Eingeborenen an Eisenstein, führte zur Gründung des Congo-Reiches unter dem Protektorat des indus-triellen Königs von Belgien und jenen himmelschreienden Grausamkeiten bei der Ausplünderung der unglücklichen Eingeborenen, die mehr als einmal — freilich ohne Erfolg! — von der Presse der ganzen Welt gebrandmarkt worden sind.

Deutsches Reich.

Der Seniorenkonvent des Reichstages hat sich am Dienstag unter Vorsitz des Präsidenten über die Dauer der Pfingstferien verständigigt. Ueber den Beginn der Pfingstferien war man geteilter Meinung. Der Vorschlag des Präsidenten ging dahin, nach Erledigung des Etats in dritter Lesung vor den Ferien nur noch die dritte Beratung des Gesetzes betr. die unschuldig Verhafteten sowie die erste Lesung des Gesetzes betr. die Entlastung des Reichsgerichts fertig zu stellen. Von nationalliberaler und konservativer Seite wurde verlangt, daß das Plenum noch einige Tage der nächsten Woche tagen solle, damit die Budgetkommission namentlich die Afrkobahten fördern und zur Beratung im Plenum bringen könnte. Die Vertreter des Centrums, der Socialdemokratie und der Freisinnigen traten der Ansicht des Präsidenten bei, da für das Plenum nach Pfingsten so viel Arbeitsstoff bereit liegt, daß die Budgetkommission ebenfalls nächste Woche nicht mehr thätig zu sein braucht. Da eine Verständigung darüber nicht zu erzielen war, wird das Plenum am Sonnabend über diese Frage entscheiden.

Der Wiederbeginn der Sitzungen nach Pfingsten ist auf den 7. Juni festgesetzt.

Ob eine längere Vertagung bis zum Herbst stattfindet, ist noch nicht festzustellen. Der Reichskanzler ist der Vertagung nicht abgeneigt, muß jedoch erst die Entscheidung des Kaisers einholen. Da der Kaiser zur Zeit nicht in Berlin ist, nach Ansicht des Grafen v. Bälou aber eine schriftliche Erledigung dieser Angelegenheit nicht ratsam erscheint, wird die endgültige Entscheidung, ob nach einer kurzen Tagung nach Pfingsten die Sitzungen bis Anfang November vertagt werden, erst nach Pfingsten erfolgen.

Vor Beginn der Verhandlungen war dem Seniorenkonvent vom Präsidenten mitgeteilt worden, daß von der Hamburg-Amerika Paketfahrt Aktiengesellschaft 35 Einladungsarten zu einer Nord-landsfahrt vom 3. bis zum 16. Juni eingegangen sind.

Die Togo-(Gesellschafts)-Bahn.

In der Budgetkommission des Reichstages, die sich noch immer mit der Vorlage für die Togobahn zu beschäftigen hat, geistelte Dienstag Abg. Ledebour in der schärfsten Weise die sogenannten „Landläufe“ der Togogesellschaft und ihres Vorgängers, des Herrn Scholto Douglas; die „Erwerbung“ von ca. 50 000 Hektar für ungefähr 400 Mark bezeichnete er als eine Wegnahme der Eingeborenen und fragte den Kolonialdirektor, ob in der That das Gouvernement in Togo zunächst abgelehnt habe, den berühmten „Kaufkontrakt“ zu genehmigen und ob die Behauptung richtig sei, daß die Genehmigung erst direkt vom Kolonialamt gegeben worden sei? Die geplante Bahn liege allein im Interesse der Togogesellschaft und werde später eine bedeutende Wertsteigerung bringen. Der Kolonialdirektor Dr. Stäbel befrist, daß zwischen dem Bahnbau und dem Landbesitz der Togogesellschaft ein Zusammenhang bestehe. Die 400 Mark seien nur ein Teil des Gesamtaufpreises, der zusammen 2795 Mark für 45 000 Hektar betragen habe. Die Eingeborenen seien nicht geschädigt worden. Der Gouverneur habe allerdings die Verkäufe nicht genehmigen wollen, es sei das durch das Kolonialamt geschehen. Zur Zeit der Genehmigung bestand noch die Ansicht, daß man größere Landgesellschaften in den Kolonien begründigen müsse; jetzt hege man diese Ansicht nicht mehr „in diesem Umfange“. Die Verträge seien vor fünf bis sechs Jahren abgeschlossen worden, da könne man also nicht mehr eingreifen. Die Gesellschaft habe großes Entgegenkommen für die Bahn gezeigt, sie wolle alles zum Bahnbau nötige Land abtreten, dazu noch 4000 Hektar Land an die Regierung zu Gunsten der Eingeborenen und auch auf ihre sogenannten Verkaufsrechte verzichten. Das habe allerdings sehr geringen Wert, da die Regierung entschlossen sei, die Landkäufe nicht mehr zu dulden!

Abg. Sped meinte, die Sache liege so, daß man am ehesten noch für die Bahn in Togo eintreten könne. Die Togo-Gesellschaft redne offenbar mit sehr erheblichen Gewinnen aus dem Bahnbau; deshalb müßte doch auch diese Gesellschaft zu den Kosten herangezogen werden.

Der Kolonialdirektor meinte, es sei natürlich sehr angenehm, wenn die Togo-Gesellschaft etwas beisteuere, er werde es auch versuchen, sie dazu zu bewegen — aber die Togo-Gesellschaft sei doch auch erst noch eine junge Gesellschaft, die erst verdienen

to 11e. Die Togo-Gesellschaft sei doch nicht die einzige Interessentin, sondern für den ganzen Handel wolle man die Bahn bauen. Wenn in den Kostenanschlägen der Betrag mit 300 Mark eingeseht sei, während die Togo-Gesellschaft nur 6 Pfennige bezahlt habe, so handelte es sich dabei um Eingeborenland mit Delphinen. Die Landpolitik solle man nicht mit der Vorlage für die Bahn verquiden.

Abg. Sudekum wies an der Hand eines Prospektes der Togo-Gesellschaft nach, daß diese erhebliche Gewinne aus dem Bahnbau bereits erkommt. Wenn man nicht annehmen wolle, daß die Togo-Gesellschaft betrügerische und gaunerhafte Vorspiegelungen in ihrem Prospekte gemacht habe, dann sei doch ihr Interesse an der Bahn erwiesen und es rechtfertige sich die Heranziehung zu deren Kosten.

Abg. Ledebour wies darauf hin, daß durch den schon jetzt in Aussicht genommenen Weiterbau der Bahn von Rome nach Nativato später die Togo-Gesellschaft nochmals werde begünstigt werden. Die dicke Bevölkerung der Gebiete schaffe zweifellos die Gefahr eines Aufstandes. Der Kolonialdirektor behauptete, daß das Ziel der Landpolitik wesentlich der Schutz der Eingeborenen sei. Was früher geschehen sei, habe er nicht zu verantworten. Das Land sei für die Eingeborenen überflüssig und zum Teil unbewohnt. Abg. Graf v. Arnim erklärte sich gegen die großen Landkonzessionen, weil man den Gesellschaften Rechte ohne Pflichten übertragen habe. Die Togo-Gesellschaft habe aber immerhin Aufwendungen gemacht. Von dem Bahnbau habe sie keinen außerordentlichen Nutzen. Von einer Ueberverteilung der Eingeborenen könne keine Rede sein.

Abg. Dr. Spahn regte eine Verstärkung des Kolonialrates an, in dem die parlamentarischen Parteien vertreten sein müßten. Da das Land der Togo-Gesellschaft nur in geringem Umfange berührt werde, so brauche sie auch nichts zuzuzahlen. Die Bahn sei ein gutes Experiment. Wenn noch einige Ausläufer geklärt würden, dann solle man der Vorlage zustimmen. Abg. v. Richthofen trat für die Vorlage ein; gegen ihn polemisierte Abg. Müller-Gulda, der besonders darauf hinwies, daß bei den Kleinbahnen in Deutschland eine namhafte Kapitalbeteiligung der Interessenten neben der Vergabe des Grund und Bodens die Regel sei. Die Togo-Gesellschaft wolle so gut wie gar nichts leisten; sie biete ca. 15 Hektar an, die ihr 80-90 Pfennig gekostet hätten. Man müsse darauf bestehen, daß die Interessenten andere Zugeständnisse machen als diese. Die Erhöhung der Zölle treffe die arme eingeborene Bevölkerung, keineswegs aber etwa die große Spekulationsgesellschaft. Abg. Richter meinte, die Vollstimmung sei der Kolonialpolitik mehr als je abgeneigt; man habe es satt, für das gottverfluchte Land Menschen und Millionen zu opfern. Der Kolonialrat sei nur ein Kloß auf der Suppe, lediglich eine Kalbse. Es sei eine Gruppe von Kolonialphantasten, die keinerlei persönliches Risiko trügen. Eine Verschleimung des Bahnbauens sei gar nicht wünschenswert. Ein enger Zusammenhang zwischen der Bahn und der Togogesellschaft sei nicht zu leugnen. Von allen Seiten sei der Prospekt der Togogesellschaft als eine Verlockung auf Grund falscher Thatsachen hingestellt worden, auch vom Kolonialdirektor; aber solle man denn dann den Schwindel ohne Sanktionen lassen? Das wichtigste sei, die Interessenten heranzuziehen. Der Grund und Boden gewinne an Wert und diese Wertsteigerung müsse zur Deckung des Risikos herangezogen werden. Die Zollherabsetzung garantiere doch keine höhere Einnahmen, schon wegen der erhöhten Gefahr des Schmuggels.

Jede Ertragschätzung habe man vermieden. Die Haupteinfuhr sei für 1 Million Schuaps! Auch den Baubetrag müßte man doch kennen, ebenso den Tarifplan. Der Kolonialdirektor legte „Einspruch ein“ gegen die verächtliche Kritik des Abg. Richter an den Arbeiten des Kolonialrates. Ob es empfehlenswert sei, den Kolonialrat durch Parlamentarier zu ergänzen, könne ernstlich erwoogen werden. Der Baubetrag werde wahrscheinlich mit einem zahlungsfähigen Hause abgeschlossen werden. Die Interessenten würden zum Bahnbau durch die Erhöhung der Zölle herangezogen. Die Kultur und die „Freiheitsverhältnisse“ der Eingeborenen würden durch die Bahn sehr erheblich gefördert werden. Eine Rentabilitätsrechnung unterlasse man besser, weil sie doch rücksichtslos im Reichstage zerrissen werde. Abg. Ledebour wies zunächst einmal die Insinuation des Grafen Arnim zurück, wir wollten die Debatten verschleppen. Seine eignen Ausführungen hätten aber den Beweis für die Notwendigkeit einer gründlichen Diskussion des Gegenstandes erbracht.

Die Verhandlungen wurden dann auf Mittwoch vertagt.

Wossische Diplomatie.

Während die gegnerische Presse im allgemeinen nicht umhin kann, der Rede unseres Genossen Webel über die politische Gesamtlage — abgesehen natürlich von Abweichungen in der Sache — hohe Bedeutung beizumessen, verurteilt die „Wossische Zeitung“ das nachzuholen, was anscheinend nach ihrer Meinung Graf Wilow veräußerte, dem sozialdemokratischen Redner zu erwidern. Die Wossin ist mit Wobels Diplomatie durchaus unzufrieden, ihr befaßt offenbar allein die Politik der Liberalen im Reichstage, welche die bedrohlichen Wandlungen in der Stellung Deutschlands im stumpfen Schweigen der Richtschenden und Nichtwissenden geschehen lassen. Die höchste Weisheit der „Wossin“ in der auswärtigen Politik ist die Selbstentmündigung des Volkes und des Parlaments; alles, was sie sagt, ist, daß man nichts sagen soll. Die Höhe seiner auswärtigen Weisheit erreicht das Organ für liberale Schwelgerei in diesen Ausführungen:

Am wenigsten aber hätte Anlaß, sich in lauten Wünschen, daß Rußland ein Jena erleide, ein Politiker zu ergehen, der öffentlich behauptet, daß Deutschland unter dem Reich und der Führung aller übrigen Staaten allgemach gänzlich isoliert dastehet.

Angenommen, diese Isolierung wäre Thatsache, so ließe sich schwer absehen, welchen Vorteil es bringen soll, sie in alle Welt hinauszurufen. Wird sie damit beseitigt? Wird das Reich dadurch gestärkt? Wenn sonst die Regierung eine Verstärkung der Wehrkraft forderte, wenn sie auf die Armeen und Flotten der anderen Staaten hinwies, wenn sie von dem Krieg mit zweien Fronten redete, immer würde ihr von der Opposition entgegengehalten, daß Deutschland doch im äußersten Fall auch mit Bundesgenossen zu rechnen habe. Jetzt aber ist Deutschland nach Herrn Wobels Darstellung vereinsamt, es hat keinen Freund, keinen Verbündeten. Soll das wahr sein, so wird man der Schlussfolgerung des Grafen Wilow die Blindigkeit nicht absprechen können: also muß das deutsche Volk dafür sorgen, sein Schwert scharf zu erhalten. Für die auswärtige Politik kann die Rede des Herrn Webel die Stellung Deutschlands nicht verbessern; für die innere Politik giebt er der Regierung die schönsten Gründe zur Rechtfertigung neuer Arme- und Marine-Forderungen. Das ist das Ergebnis seiner diplomatischen Kunst.

Das ist der Sinn der Wossischen Diplomatie, daß das Parlament alles gehen und geschehen lasse, was die Weisheit der Regierung beschließt, mag diese Weisheit auch in bedrohlichste Situationen führen. Nur nicht aussprechen, was ist! Nur immer den Kopf im Sande!

Die „Wossische Zeitung“ folgert aus der Annahme der Isolierung Deutschlands, daß Deutschland sich mit Rußland vertragen soll. Die „Woss. Ztg.“ hat ihre Wollwörter Ruffenreize bereits bei den Studentenausweisungen herrlich bewiesen und ist bereit, alle Aufforderungen zu dulden. Schon bekennt sie sich zu dem Wort: Russische Trauer ist deutsche Trauer. Diese Resignation in die Alleinweisheit der Regierung teilt allerdings die Socialdemokratie nicht im mindesten. Je weniger wir Reizung haben, in der russischen Annäherung dem Wossischen Liberalismus zu folgen, um so nötiger ist es, die bedauerlichen Fehler der Reichsdiplomatie aufzuweisen, die und in die Isolierung führen. Hier gilt es nicht zu schweigen, hier ist es höchst notwendig, laut das Wort zu erheben, die Öffentlichkeit aufzuklären und Einhalt der verderblichen Politik zu fordern.

Die „Wossische Zeitung“ leistet schließlich das kindische Gerede, als ob Ausführungen, wie sie Webel gemacht hat, Arme- und Marineforderungen begünstigen. Nicht daher kommen neue Arme- und Marineforderungen, daß Webel feststellt, wohin die deutsche Diplomatie führt, sie entspringen aus dieser Diplomatie selbst. Wer diese falsche Diplomatie fördert, wie die „Wossische Zeitung“ befürwortet, fördert zugleich die Ansprüche des Militarismus und Marinismus. Wer diese Diplomatie offen bekämpft, wer zur Rückkehr in heilsamere Wege mahnt, der entzieht dem Militarismus und Marinismus den Grund zu neuen Ansprüchen.

Der „Reichsverband gegen die Socialdemokratie“, dessen glückliche Geburt wir gestern meldeten, tritt, wie heute mitgeteilt wird, mit einem Jahresvermögen von 50 000 M. in die Welt; nur 18 000 M. sind durch Mitgliederbeiträge zu erwarten — vorausgesetzt, daß sie pünktlich eingehen — den größeren Teil hat ein großer Unbekannter der guten Sache zugesichert. Der Zweck des Verbandes ist statutarisch also festgelegt:

„Der Reichsverband gegen die Socialdemokratie hat die Bestimmung, alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung zum Kampf gegen die antimonarchischen und revolutionären Bestrebungen der Socialdemokratie zu einigen. Er erkennt es insbesondere als seine Aufgabe an, zu diesem Behufe — unter voller Anerkennung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage (was wohl „berechtigt“ sein mag? Red.) —

1. an hierzu geeigneten Orten feste Organisationen gegen die Socialdemokraten zu schaffen;
2. der auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Tätigkeit der Socialdemokratie durch Wort und Schrift entgegenzutreten;
3. bei Wahlen aller Art in den durch die Socialdemokratie gefährdeten Bezirken und Orten auf ein gemeinsames Vorgehen aller bürgerlichen Parteien hinzuwirken;
4. den durch socialdemokratischen Terrorismus bedrängten Arbeitern und Gewerbetreibenden nach Möglichkeit Hilfe zu gewähren;
5. zwischen allen gleichen und ähnlichen Zielen verfolgenden Vereinigungen und Veranstaltungen einen festen Zusammenhang herzustellen.“

Unter den Männern, die den Ausschuss des Verbandes bilden, finden sich ungefähr alle altbekannten Vertreter des einseitigen Unternehmertumspunktes, konservativer und nationalliberaler Wahl- und Koalitionserbschaftsfinden.

Die Arbeitererschaft empfangt den neuen Gegner, indem sie ihren Opfermut und ihre Kampfeslust erhöht. Wenn dieser Reichsverband, was noch zu bezweifeln, eine Kraft wird, so eine Kraft zur Aufklärung der Arbeiter, zum Nutzen der Socialdemokratie.

Ausland.

Frankreich.

Auf Befehl des Zaren!

Paris, 7. Mai. (Fig. Ver.) Die vor vier Monaten aus der Schweiz ausgewiesenen russischen Revolutionäre Bourgeois und Kralow hatten sich nach Paris gewandt im Vertrauen auf das vom Ministerpräsidenten dem revolutionär-socialistischen Abgeordneten Sembat gegebene Wort, sie hier unbefehligt zu lassen. Seither haben sie die französische Gastfreundschaft nicht im mindesten mißbraucht. Thut nichts! Der russische Botschafter Melidoff verlangte und erhielt ihre Ausweisung. In dem ihnen zugestellten Ausweisungsbekret, gezeichnet Combes, fehlt jegliche Motivierung der Zarenreise nach Italien dank der Energie der italienischen Genossen. Im verbündeten Frankreich aber war Melidoff glücklicher. Angesichts der doppelten Ausweisung haben die Pariser Vertreter sämtlicher sozialistischer Parteien und Organisationen des Zarenreiches — der socialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, der Partei der Socialisten-Revolutionäre, des jüdischen Arbeiterbundes, der polnischen socialistischen Partei (P. P. S.), der socialdemokratischen Partei Polens und Littauens, der socialistischen Partei Griechenlands und der armenischen revolutionären Föderation Droschal — ein Komitee zur Verteidigung der politischen Flüchtlinge organisiert, das in der Presse — nebst Darlegung des Sachverhalts — folgende Protestresolution veröffentlicht:

„Das Komitee konstatiert die Umtriebe der russischen Regierung, die darauf abzielen, ihre Gegner selbst in den Ländern zu verfolgen, wo ein verfassungsmäßiges Regime jedem Bürger die Meinungs- und Gewissensfreiheit sichert; lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die immer wachsende Zahl der Ausweisungen von russischen Socialisten aus Italien, der Schweiz, Deutschland und Frankreich; verweist auf die Gefahr, die das Verschreiten des Weges administrativer Unterdrückungsmassregeln für eine Demokratie bedeutet; bedauert, daß das republikanische Frankreich sich so zum Mitschuldigen der Verbrechen des russischen Zarismus macht; und ruft die öffentliche Meinung auf zu einem energischen Protest gegen die Verleugung der Agenten des Zarismus, nach Frankreich die Praktiken zu verpflanzen, unter denen Millionen und Abermillionen russischer Unterthanen leiden.“

Die beiden Ausgewiesenen haben eine Frist von sieben Tagen für das Verlassen Frankreichs erhalten, die heute oder morgen abläuft.

Ergebnisse des Tegilarstreiks.

Paris, 7. Mai. (Fig. Ver.) Nur die Weber von Lille, die nach wie vor auf den trotzigsten Widerstand der Unternehmer stößen, und sodann einige Arbeitergruppen in einzelnen Orten und Betrieben verharren im Streik. Sonst haben die Arbeiter überall den Streik eingestellt. Umfassende und genaue Angaben über die Ergebnisse fehlen jedoch noch immer, auch in der gewerkschaftlichen Fachpresse. Eine summarische Zusammenfassung der Ergebnisse findet man in der neuesten Nummer des „Tegilararbeiters“, des Organs der Landesföderation der Tegilararbeiter.

Danach haben sich am Streik beteiligt etwa 80 000 Personen in den Departements Untere Seine, Somme, Nord, Ardennes, Vogesen und Rhône. Die materielle Lohnforderung wurde „so ziemlich überall“ durchgesetzt. Der Lohn wurde um 3 bis 12 Proz. erhöht, so daß die Einführung des Achtstundentages unter Ausdehnung der früheren Löhne vor sich gegangen ist bezw. für einzelne Kategorien eine absolute Lohnerhöhung erzielt wurde. Andererseits aber ist es nicht gelungen, diese materielle Verbesserung durch Vermittelung der Gewerkschaften zu erlangen; die Unternehmer haben bis zuletzt diese Vermittelung abgelehnt. Ferner betont das Gewerkschaftsorgan die anspornende Wirkung, welche die noch junge Tegilarföderation auf die Massenbewegung der bis dahin von einander isolierten Arbeiter der einzelnen Orte und selbst der einzelnen Betriebe desselben Ortes ausgeübt hätte.

Die Föderation als solche hat aber doch keine effektiv leitende Rolle gespielt. Es war keineswegs ein Generalfreik, sondern vielmehr eine Reihe einzelner, von einander unabhängiger Streiks, die vielfach nacheinander ausbrachen, wie sie auch ohne jede Rücksicht auf einander zu verschiedenen Zeiten wieder eingestellt wurden. Daher erscheint die Hoffnung des generalfreikischen Organs auf einen erfolgreichen Generalfreik aller Verufe zwecks Erzielung des Achtstundentages nebst einem Lohnminimum, der Alters- und

Arbeitslosigkeit-Versicherung — gänzlich haltlos. Bei dem derzeitigen Zustand der gewerkschaftlichen Organisation ist es eine Illusion, die in dem blinden Generalstreik-Glauben wurzelt.

Die Gemeinde-Wahlen.

Das Ministerium des Innern veröffentlicht folgende statistische Angaben über die Gemeinderats-Wahlen. Vor den Wahlen gab es in 379 Departements- und Kreisauptstädten 230 ministerielle, 131 antiministerielle und 18 Gemeinderäte ohne ausgebrochene Richtung. Nach zwei Wahlgängen zählt man jetzt 200 ministerielle, 102 antiministerielle und 17 Gemeinderäte ohne besondere Parteizugehörigkeit.

Paris, 10. Mai. (V. S.) In Valenciennes fand gestern, anlässlich des Wahlsieges der Progressiven eine Kundgebung gegen die Socialisten statt. Die Progressiven veranstalteten einen Umzug, nach welchem ein im Zuge getragener Strohhalm, welcher die nicht wiedergewählten Socialisten darstellen sollte, verbrannt werden sollte. Dies wollten die Socialisten verhindern. Es kam zu einem Handgemenge, wobei Messerstücke und Stockhiebe ausgeteilt wurden; hierbei wurde ein socialistischer Kandidat schwer verletzt, mehrere andre Personen erlitten leichtere Verwundungen. Eine große Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen, jedoch nicht aufrechterhalten. — Auch in Marseille fand zwischen Kollektivist und Antikollektivist ein Zusammenstoß statt. Bei einem von den ersten veranstalteten Straßenumzuge entstand auch hier ein Handgemenge, wobei zahlreiche Personen Verletzungen davontrugen. Frauen und Kinder gerieten unter die Räder der Demonstrationen, die Polizei mußte einschreiten, die Ladenbesitzer hatten ihre Geschäfte geschlossen. — In Rouen fanden gleichfalls Straßendemonstrationen statt, wobei gleichfalls mehrere Personen verletzt wurden.

Belgien.

Die Beseitigung des Plural-Wahlsystems, welches es dem Besitz ermöglicht, zwei und drei Stimmen abzugeben, ist das Ziel der Socialisten und der bürgerlich-liberalen Gruppen. Emil Heron, der radikale Deputierte für Brüssel und unser Genosse Hector Denis hatten deswegen einen Antrag auf Revision des Artikels 47 der Verfassung eingebracht. Bei der Frage, ob dieser Antrag zur Verhandlung kommen solle oder nicht, kam es zwischen der Rechten und den Parteien der Linken zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Hierbei erklärten die Führer der liberalen Gruppen, daß sie in dieser Frage sich nicht von den Socialisten trennen würden. Ferner wurde die Erklärung abgegeben, daß, sobald die Linke die Majorität habe, sie sofort den obligatorischen Unterricht, die Militärreform und die Arbeiter-versicherungsgesetze durchzuführen werde. Hierauf wurde mit 70 gegen 55 Stimmen beschloffen, den Antrag auf Verfassungsrevision nicht zur Diskussion zu stellen.

England.

Die Selbstlosigkeit eines Arbeiter-Abgeordneten.

London, 7. Mai. (Fig. Ver.) Der Arbeiter-Abgeordnete W. R. Cremer, ein altes Mitglied der „Internationalen“, erhielt vor einigen Monaten in Anerkennung seiner Verdienste um die Friedenspropaganda den Nobel-Preis im Betrage von 150 000 Mark. Cremer war früher Holzarbeiter und gründete die Holzarbeiter-Gewerkschaft. Von der „Internationalen“ erhielt er zwei Gedanken: Arbeiterpolitik und Völkerverbrüderung, denen er, trotz seiner Armut, in den letzten vierzig Jahren treu gedient hat. Der Nobel-Preis gab ihm die Möglichkeit, seinen Lebensabend sorgenlos zu genießen, aber Cremer zog es vor, arm zu bleiben und übergab vor wenigen Tagen die 150 000 Mark der englischen Liga für internationale Schiedsgerichte. Nur knüpfte er die Bedingung daran, daß zwei Drittel des Vorstandes der Liga aus Arbeitern bestehen sollen, „da die Arbeiter in nicht allzu ferner Zukunft die Herrscher Englands sein werden“. Cremers selbstlose That hat hier viel Aufsehen erregt.

Chamberlain und die Finanzpolitik.

London, 7. Mai. (Fig. Ver.) Am 18. d. Mts. wird im Unterhause eine interessante Debatte stattfinden. Der liberale Abgeordnete Mac wird folgenden Antrag begünstigen: „In Erwägung, daß Schatzmittel auf Vorrat das Volk belasten und dem Britischen Reiche Schaden werden, giebt das Unterhaus seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß einige Minister sich gegen eine solche Zollpolitik ausgesprochen haben.“ Dazu stellt Chamberlain folgenden Zusatzantrag: „Indem das Unterhaus Notiz nimmt von der Erklärung des Premierministers, daß eine Aenderung der Zollpolitik nötig sei und daß die Vornahme einer solchen Aenderung im jetzigen Parlamente nicht ratsam sei, spricht es sein fortgesetztes Vertrauen zur Regierung aus.“

Rußland.

Maifeier in Riga.

Aus Riga wird geschrieben: Um die Polizei in ihrer Wachsamkeit zu täuschen, beschloffen die hiesigen organisierten Arbeiter, diesmal die Maifeier am 24. April zu veranstalten. Schon um 11 Uhr früh versammelten sich eine Menge Arbeiter, etwa viertausend an der Zahl, auf dem Platz an der Paulskirche. Die Dächer der umliegenden Häuser waren von zahlreichen Zuschauern besetzt. Die Polizei ergriff sofort die üblichen Maßnahmen und sperrte den Eingang in alle anliegenden Straßen ab. Um einen blutigen Zusammenstoß mit der Polizei zu vermeiden, gaben nun die Leiter der Demonstration die Parole aus, sich zu zerstreuen und in einem andern Punkte der Stadt zu versammeln. Doch auch hier entwickelte die Polizei ihre ganze Findigkeit, um die Arbeiter zu einem gewaltigen Zusammenstoß zu provozieren. Sie verbarrikadierte einen Ausgang von dem Platz aus, wo die Demonstranten versammelt waren, mit Waggons der Trambahn, umzingelte die Menge, sonderte sie in vier Abdröck und — fing an, die Arbeiter mit Revolverkugeln zu traktieren und mit Säbelklingen zu bearbeiten. Wenn im Schlussergebnis nur eine Person verwundet und eine kontusioniert wurde, so ist das lediglich dem Umstande zu verdanken, daß die Polizisten, wie es sich herausgestellt hat, mit ganz untauglichen Revolvern ausgerüstet waren — auch ein Ergebnis der Diebereien in der höheren Militär- und Polizeiverwaltung, die diesmal wenigstens zum erstenmal zum Nutzen der revolutionären Bewegung gedient haben.

Es wird behauptet, daß die Schaulente bereits zwei Wochen vor der Maifeier im Attadieren der Volksmenge einbezogen wurden. Am Vorabend der Demonstration aber wurden die Offiziere um 2 Uhr nachts in die Kasernen konsigniert und die Mannschaften, Gewehr bei Fuß, bereit gehalten!

Trotz alledem ist es der Socialdemokratie gelungen, während der Demonstration eine große Menge Flugblätter zu verbreiten.

Ein Attentat auf Kronstadt?

Petersburg, 10. Mai. (Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) Von den Behörden ist ein mißlungener Versuch, die Festung Kronstadt in Brand zu setzen, entdeckt worden. Wenn die beabsichtigte Explosion erfolgt wäre, würden, wie angenommen wird, sämtliche in Kronstadt vorhandenen Vorräte von Explosivstoffen vernichtet worden sein. Ein Gerücht will wissen, daß der Brandstifter ein japanischer Agent ist, doch liegt hierfür keine Bestätigung vor. Es heißt, daß sämtliche im Kronstädter Laboratorium beschäftigten ausländischen Arbeiter entlassen wurden.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Räumung Nintschwang's.

Schanhailwan, 9. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Räumung Nintschwang's wird fortgesetzt. Die Russen versprechen eine Nachhut zurückzulassen, die ausreichend sei, um Minderungen zu verhüten.

Die russische Verteidigungslinie.

London, 10. Mai. „Morning Leader“ meldet, Liaojiang sei von den Russen als Winterquartier anzuweisen. Die meisten Morgenblätter kommentieren die Lage Russlands infolge der Räumung von Nintschwang und andern Punkten. Einige Blätter glauben, daß diese Räumung nicht die Konzentration einer Armee bezwecke und meinen, daß die Russen noch viel weiter in das Innere zurückweichen würden.

London, 10. Mai. Dem „Daily Chronicle“ wird aus Tokio, den 9. Mai, telegraphiert: Wie bisher berichtet wird, hat der Statthalter Alexejew befohlen, daß alle Chinesen Mulden verlassen. Chinesische Räuber haben die von Tschichiao nach Hailicheng führende Straße zerstört; die Russen bauen eine neue. Als dieselben Räuber versuchten, den Schienenweg nach Dalny zu unterbrechen, wurden sie ergriffen.

„Daily Telegraph“ erfährt aus Schanghai, den 9. Mai: Laut Meldungen aus Peking hat sich der Tataren-General Tjongtschi geweigert, Mulden zu räumen; er will bis zum letzten Augenblick auf seinem Posten bleiben.

Die japanischen Operationen gegen Port Arthur.

London, 10. Mai. „Daily Chronicle“ meldet aus Tokio: Nach der Einnahme von Dalny durch die Japaner wurde auch das Kabel abgebrochen, welches Port Arthur mit elektrischer Energie versieht. Hierdurch ist für die Russen ein bedeutender Schaden entstanden, weil das Kabel von der Kraftstation in Dalny aus die elektrischen Scheinwerfer speist. Man glaubt, daß ein eventueller Sturm auf Port Arthur mit sehr großen Verlusten für die japanischen Truppen verbunden sein würde.

Weitere Rüstungen Russlands.

Petersburg, 10. Mai. Ein kaiserlicher Ukas ordnet an, daß zur Vervollständigung der nach Ostasien zu entsendenden Truppenkörper aus den Militärbezirken Niw und Woslaw, sowie zur Verstärkung eines Eisenbahnbataillons und einiger Reserve-Truppenteile des kasanischen und sibirischen Militärbezirks Reservisten einiger Kreise der Gouvernements Koltawa, Kurl, Charlow, Njasan, Kaluga und Tula einberufen werden. Für einige Kreise ist gleichzeitig die Stellung von Pferden für die Truppen vorgeschrieben.

Partei-Nachrichten.

Vom Parteischiedsgericht. Wie das „Vollblatt für Anhalt“ mitteilt, hat das Parteischiedsgericht gegen Genossen Heine einstimmig entschieden, daß die Anklagen gegen diesen unbegründet waren. Gegen Genossen Göhre ist nach derselben Quelle die Anklage zurückgezogen worden.

Als Beitrag zur Organisationsfrage veröffentlicht die Breslauer „Vollwacht“ eine ausführliche Betrachtung über die Parteifinanzien, soweit sie in den Einnahmen der Hauptklasse zum Ausdruck kommen. Unter Hinweis auf die mehrfach ausgesprochenen Klagen des Parteiführers wird in mehreren Tabellen eine Uebersicht über die Einnahmen der Hauptklasse gegeben und damit der Nachweis geliefert, daß erstens in den letzten sechs Jahren der größere Teil der Einnahmen aus den Ueberschüssen der Parteigeschäfte stammt (nur das Wahljahr 1903 macht eine Ausnahme), daß die freiwilligen Beiträge der Parteigenossen seit 1891 (wiederum mit Ausnahme des Jahres 1903) mit geringen Schwankungen fast gleich geblieben sind und daß die freiwilligen Beiträge wiederum mit mehr als der Hälfte (1901 sogar zu 72 Proz.) aus Berlin und Hamburg stammen. Es wird aus dieser Betrachtung der Schluß gezogen, daß wir unbedingt feste Leistungen der Parteiorde an die Hauptklasse einführen müssen, wenn wir zu befriedigenden Verhältnissen kommen wollen. Die dankenswerte Darstellung verdient die Beachtung aller Parteigenossen.

Manfred Wittichs Denkmal wurde am Sonnabend feierlich übergeben. Genosse Lange hielt dabei die Gedächtnisrede. Ueber das Denkmal, das in der Nähe des Denkmals für Schönlanke steht, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

Das Denkmal ist eine Schöpfung unseres Parteigenossen May in Dresden und ein Kunstwerk im wahren Sinne des Wortes. Motiv und äußere Form ist dieselbe wie bei dem Schönlanke'schen Kunstwerk: ein Relief, bis zur unteren Hälfte von einer Vorbergsquirlen umrahmt. Der untere Teil zeigt uns eine Proletarin, die, an der Nähmaschine sitzend, den Blick der Morgenröte, dem lebenden Licht, zugewendet hat. Und darüber steht man die tiefstimmige Strophe des Nürnberger Meisterlingers Hans Sachs:

Wacht auf, es naht gen dem tag,
Ich hör' singen im grünen hag
Eine wunliche nachtigall;
Je sim durchlinget berg und tal.

Das Porträt Wittichs wird als vorzüglich gelungen bezeichnet.

140 000 Demonstranten für das allgemeine Wahlrecht in Schweden nahmen am ersten Mai an den dieser Forderung dienenden Demonstrationen teil. Hierbei sind jedoch nur diejenigen gezählt, die in Reich und Glied marschierten. Die Gesamtzahl betrug, die auf den Versammlungsplätzen den Reden der Vertreter der Sozialdemokratie lauschten und an der Manifestation in Schweden teilnahmen, wird auf mindestens 200 000 geschätzt.

Der erste Mai in Italien.

Rom, 8. Mai. Die weiteren Nachrichten aus den Provinzen bestätigen den ersten Eindruck, den wir bereits telegraphisch wiedergegeben haben: daß nämlich die diesjährige Manifestation in Italien alle bisherigen an Bedeutung übertrifft hat. Besonders hat das Fest in den kleineren Städten und auf dem Lande an Boden gewonnen, während vielleicht die größeren Städte kaum das Niveau früherer Jahre erreicht haben.

In den großen Centren hat man teils — wie in Turin und Florenz — durch Verbot des Umzugs den charakteristischen Teil der Demonstration unmöglich gemacht, in Rom fehlt überhaupt die Grundlage für eine imponierende Manifestation, ein organisiertes Proletariat, in Mailand machte sich der Zwiespalt im Parteilager lähmend fühlbar, in Neapel zog das industrielle in nächster Nähe gelegene Torre d'Annunziata, wo zur Zeit ein großer Ausstand besteht, die Arbeiterschaft ab. Große Festzüge und Demonstrationen haben von den großen Städten nur Venedig, Genua und Messina organisiert.

Dafür hat aber in all diesen Centren der Exuberanz am 1. Mai gerührt, den ganzen Tag über in Mailand, nachmittags in Rom, Turin, Florenz u. a. Auch wurden, was sonst nur am Weihnachtstage und am 15. August passierte, keine Zeitungen gedruckt, außer dem nur unorganisierte Arbeiter beschäftigenden „Popolo Romano“. In Rom und andern Städten unterließ auch das Baden des Brotes, so daß es am 2. Mai nur altes Brot gab.

Zu einer wahrhaft gewaltigen Demonstration gestaltete sich das Fest in Mantua. Alle Ortschaften der Umgegend hatten ihre Manifestationen in dieser Stadt versammelt zu einem über 2 Kilometer langen Zuge, dem 80 Fahnen und zwei Musikchöre voranschritten. Auf der Piazza del Castello sprach Ferri vor einer Menge, die selbst die bürgerlichen Blätter auf 25 000 Köpfe tagieren.

In Trapani, wo an dem Tage ein Genossenschaftskongress stattfand, schätzte man die Beteiligung an dem Umzuge auf 20 000 Personen. Große Umzüge fanden ferner statt in Brindisi (4000), Soranto, Rogio, Verona, Syrakus, Terni (5000), Alexandria, Carpi, Piombino und vielen andern Orten. Im ganzen liegen bis zur Stunde Nachrichten über 75 größere Demonstrationen mit Umzug und Volksversammlungen vor. Dabei sind alle kleineren Feste nicht einbezogen. Allein in der Provinz Parma z. B. fanden in 13 Ortschaften Versammlungen statt, im Kreis Novara in 7.

Au Unordnungen und blutigen Zusammenstößen hat es, wie wir schon telegraphisch berichteten, nicht gefehlt. In manchen Orten, so z. B. in Mantua, hatte man Takt und gesunden Menschenverstand genug, um die Polizei ganz zurückzuziehen. In Turin, Mailand, Bologna waren in dunkler provokatorischer Weise Polizisten und Carabinieri überall verteilt. In allen drei eben genannten Städten wurden die Versammlungen aufgelöst, es kam zu Verhaftungen, bei denen die Polizei sehr brutal vorging. In Turin und Mailand ließ man, vom Drängen der Menge eingeschüchert, die Verhafteten sofort wieder frei, in Bologna behielt man sie, zu Ehren der Giolittischen Freiheit, bis zum Abend. Zu einem ernstern Zwischenfall, der sehr ernst werden konnte, kam es in Civita Castellana. Ein Polizist ließ dem Manifestanten plötzlich den Weg versperren, indem er eine Compagnie Soldaten mit geschlossenem Bajonett vor ihm aufstellte, um die Auflösung der Demonstration und die Auslieferung einer roten Fahne zu erzwingen. Es heißt, er habe den anwesenden Offizier aufgefordert, den Soldaten Order zum Feuern zu geben. Der Offizier that das nicht; die Soldaten verhielten sich auch ruhig und waren es trotzdem drei Verwundete gab, so war es weniger, wie wir anfänglich berichtet haben, weil ein Bajonettangriff gemacht wurde, als weil sich die vorwärtsdrängende Menge durch die vorgeschrittenen Bajonette selbst verletzte. Die Nachricht wurde ungeheuer aufgebracht, so daß sofort eine Abteilung Carabinieri und zwei Compagnien in den Ort geschickt wurden, die aber gestern früh alles ruhig fanden.

Wie alle Jahre haben auch diesmal die sozialistischen Gemeinden dem Manifest den Charakter eines offiziellen Festes gegeben: In San Remo, Bordighera, Imola, Colle Val d'Elsa, Sestri Ponente und vielen andern lud ein Manifest des Stadtrates zur festlichen Begehung des Manifestes ein; das Rathaus war besetzt und die Stadtmusik spielte.

Wenn auch heute nicht alles so freundlich und zukunftsverheißend in unserer Bewegung ist, so marschieren sie doch vorwärts trotz alledem. Das hat die diesjährige Manifestation gezeigt.

Der Bäckerstreik ist beschlossen.

Die Arbeitgeber hintertrieben die Einigung.

Seit Wochen bemühte sich die Leitung der organisierten Bäcker-Gesellen Berlins, im Wege friedlicher Verhandlungen ein Uebereinkommen mit den Bäckermeistern herbeizuführen, durch das die bekannten jämmerlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bäckerarbeiter geregelt, die schreiendsten Missethate beseitigt und eine entsprechende Aufbesserung erzielt werden sollte.

So bescheiden aber auch die aufgestellten Forderungen sind, bei den Bäckermeistern fanden sie kein Gegenkommen.

Verhandlungen mit der Leitung des Verbandes wurden brüsk abgelehnt, und die Vorstände der Innungen fanden sich nur zu einer Besprechung mit den Gesellenausschüssen bereit, die aber kein andres Ergebnis hatten, als daß die Bäckermeister die Forderungen der Gesellen in der Hauptsache ablehnten, nur einige nebensächliche Forderungen als berechtigt erklärten, ohne daß jedoch eine Garantie für die Durchführung selbst dieser Nebenforderungen gegeben werden sollte. Das Verhalten der Innung war geradezu eine Verhöhnung des berechtigten, durchaus friedfertigen Vorgehens der Berliner Bäcker-Gesellen, und die schroffe, rückwärtslose Zurückweisung der im Verhandlung nachsuchenden Arbeiter ist schuld daran, daß die Berliner Bäcker-Gesellen, nachdem die Versuche friedlicher Tarifvereinbarung an dem Starrsinn der Meister gescheitert sind, auf den Weg des Kampfes gedrängt worden sind.

Gestern nachmittag fand in der „Neuen Welt“

die entscheidende Versammlung

statt, welche darüber zu beschließen hatte, ob die Bäcker-Gesellen das ablehne Verhalten der Meister ruhig hinnehmen, oder ob sie dasselbe mit dem Streik beantworten, und ihre berechtigten Forderungen erkämpfen wollen.

In hellen Scharen strömten die Arbeiter des Bäcker-Gewerbes dem Versammlungsorte zu, und lange vor Beginn der Verhandlungen war der große, mehr als 3000 Personen fassende Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Am Eingange gab jeder der Eintretenden einen Stimmgeld ab, durch den er sich entweder für oder gegen den Streik erklärte.

Nach Eröffnung der Versammlung erboteten die Mitglieder der beiden Bäcker-Innungen Bericht über die bekannten freundlichen Verhandlungsversuche mit den Innungsvorständen. Hierauf nahm der mit lebhaftem Beifall empfangene Verbandsvorsitzende Allmann-Hamburg das Wort. Unter Hinweis auf die bereits beendete Abstimmung führte der Redner aus, daß diese Versammlung nicht — wie die Innungsmeister in ihren Organen sagen — dazu dienen solle, die Bäcker-Gesellen für den Streik scharf zu machen. Die Innungsmeister seien allerdings in ihren eignen Reihen an die Scharfmacherei gewöhnt, bei den Arbeitern bedürfe es nach dem schroffen ablehnenden Verhalten der Meister des Scharfmachens und Gehens nicht mehr, jeder wisse, wie er in dieser Situation sich zu entscheiden hat. Mit Feind und Spott haben die Innungsmeister die Forderung der Gesellen zurückgewiesen, sie haben unsere Kollegen den Fehdehandschuh hingeworfen, und wir werden den Kampf, der nun unvermeidlich geworden ist, aufnehmen. Wir sind uns bewußt, daß der Kampf in Berlin ein außerordentlich schwerer sein wird, aber wir werden alles daran setzen, um als Sieger aus dem uns aufgeworfenen Kampfe hervorzugehen.

Die Bevölkerung Berlins wird unsern Streik unterstützen. Damit haben wir eine gewaltige Macht auf unserer Seite. Wenn nun jeder unsern Kollegen seine Pflicht thut, dann ist uns der Sieg gewiß!

Die Rede Allmanns wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Darauf gab Schneider das Resultat der Abstimmung bekannt, an der sich nur Verbandsmitglieder beteiligen durften.

Von 2317 abgegebenen Stimmgeldern sind 2250 für und nur 67 gegen den Streik.

Damit ist der Streik der Berliner Bäcker-Gesellen zur Thatsache geworden. Rummel gab Schneider einige

Verhaltensregeln für die Streikenden.

Dieselben haben sich täglich morgens von 8—9 Uhr und abends von 10—12 Uhr zur Kontrolle in den für sie bestimmten Lokalen einzufinden.

Am unmittelbaren Anschluß an die Verbandsoberversammlung, der schon eine Vertrauensmänner-Versammlung vorangegangen war, fand eine

öffentliche Versammlung

statt, an der außer den Verbandsmitgliedern noch eine größere Zahl unorganisierter Bäcker teilnahmen, welche die hinteren Räumlichkeiten des Saales und die Galerien dicht besetzten. — Auch seitens der Unorganisierten wurde eine Betelabstimmung vorgenommen.

Es erklärten sich 507 für und 35 gegen den Streik.

Ein während der Versammlung eingelaufenes

Telegramm der Hamburger Mitglieder, welches der Berliner Bewegung Erfolg wünscht, wurde mit Enthusiasmus aufgenommen.

Der Referent Hejschold besprach nochmals den seitherigen Verlauf der Bewegung und teilte unter anderem mit, daß auf die an die Bäckermeister gestellten Forderungen 126 Antworten erfolgt sind. Von diesen enthalten 13 Ablehnungen, die zum Teil von unanständigen, ja unsäglich unverschämten begleitet sind. 16 Meister wollen die Forderungen mit gewissen Einschränkungen bewilligen und

95 Betriebe, darunter die allergrößten, haben die Forderungen ohne Vorbehalt anerkannt.

Ein Großbetrieb, nämlich der von Stroh, hat nicht bewilligt.

Die Verlesung eines Teils der ablehnenden Antwortschriften der Bäckermeister gestaltete einen recht lehrreichen Einblick in die Denkwelt und die Umgangsformen mancher Bäckermeister. Die Schriftstücke strotzen meist von so unsäglichem, gemeinem und rohem Ausdrücken, daß es mit Rücksicht auf den Anstand unmöglich ist, diese auch nur teilweise wiedergeben. Die Bäckermeister, welche solche Unsitlichkeiten verüben, verschwiegen allerdings ihre Namen, aber es waren Vorlesungen getroffen, die eine Feststellung der Namen dieser Räuber ermöglichten. Die denkbar größte Gemeinheit leistete sich der Bäckermeister Bienecke in Panlow, Kaiser Friedrichstr. 67, der den Vogen mit den Forderungen der Gesellen mit Rot beschmiert zurücksandte.

Nach den geschilderten Umständen bedurfte es keiner Aufforderung mehr, den beschlossenen Streik aus sofort zu beginnen. Mit großer Begeisterung stimmte die Versammlung dem Vorschlage zu,

die Arbeit sogleich niederzulegen.

Während die Gesellen derjenigen Meister, welche die Forderungen bereits bewilligt haben, zur Arbeit gingen, blieben die übrigen im Versammlungssaal und überließen es ihren hartnäckigen Meistern, die Arbeit, so gut oder so schlecht es gehen mag, selber zu verrichten. Es war Vorsorge getroffen, daß Bewilligungen, die noch in letzter Stunde erfolgten, schnellstens an die Streikleitung gelangen, so daß auch den Meistern, die sich erst etwas spät darauf besaßen, daß es den Bäcker-Gesellen bitterer Ernst mit dem Streik ist, noch rechtzeitig die erforderlichen Arbeitskräfte zugesandt werden konnten. Während der Versammlung liefen denn auch noch eine Anzahl neuer Bewilligungen ein und konnte festgestellt werden, daß bis jetzt

mehr als 400 Gesellen unter den geforderten Bedingungen arbeiten. — In der Abstimmung über den Streik hatten sich noch viele später Erschienene beteiligt, so daß schließlich als Endergebnis

2863 Stimmen für und 102 gegen den Streik festgestellt werden konnten.

Die Stimmung der Streikenden ist eine äußerst zuversichtliche und Kampfesfrohe.

Die Konditionen

haben ihrem bereits vor vierzehn Tagen gefassten Beschluß entsprechend, soweit sie in Bäckerkreisen tätig sind, ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Ihre gestrige Versammlung, die bei Feuerstein stattfand, befaßte sich hauptsächlich mit der Regelung der Arbeitseinstellung. Heute früh sollen allen Arbeitgebern, die nicht bewilligt haben, die Forderungen nochmals vorgelegt werden. Wo sie dann nicht unterwürdig bewilligt werden, wird die Arbeit eingestellt. In jedem Fall, ob bewilligt oder nicht bewilligt, soll dem Bureau des Konditionenverbandes, Brunnensstraße 188, sofort Mitteilung gemacht werden. Täglich von 9—10 Uhr und von 4—5 Uhr findet daselbst die Streikkontrolle statt. — Am Freitagabend findet bei Feuerstein eine öffentliche Konditionenversammlung statt, wo über den Stand der Bewegung berichtet wird.

Bis gestern abend hatten 6 Arbeitgeber, darunter einige Großbetriebe, die Forderungen der Konditionen bewilligt. Versandt worden sind die Forderungen an ca. 700 Arbeitgeber, von denen einige recht regelhafte und gemeine Antworten geschickt haben. Eines dieser Schreiben beginnt z. B. mit den gewählten Worten: „Ihr könnt mit im R... leben“.

So manchem Meister, der die vergangene Nacht mutterfeilenallein am Badtrog stand, mag wohl die Erkenntnis gekommen sein, daß die Zeit vorbei ist, wo sich die Bäcker-Gesellen mit leeren Verheißungen abspeisen ließen. Bei einigem guten Willen auf Seiten der Meister konnte dieser Kampf vermieden werden. Nun er ohne Verstand der lange Zeit nur allzu geduldig geweinenen Bäckerarbeiter ausgebrochen ist, sieht die Sympathie der Arbeiterschaft Berlin ohne Rückhalt auf der Seite der kämpfenden Bäcker-Gesellen und wünscht ihnen, die zu den am meisten gedrückten Proletariatsgehören, einen vollen Erfolg. Zur Erreichung dieses Erfolges kann das konsumierende Publikum insofern beitragen, als es seinen Bedarf an Backwaren nur da einkauft, wo die berechtigten Forderungen der Bäcker-Gesellen bewilligt sind.

Wer heute seine Backware zu spät oder in schlechter Beschaffenheit erhält, der kann daraus rechnen, daß sie aus einer Bäckerei stammt, wo die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt sind.

Heute nachmittag findet wieder eine öffentliche Bäcker-Versammlung bei Keller in der Koppenstraße statt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verkauf deutscher Schiffe an Rußland.

Hamburg, 10. Mai. (W. G.) Die hiesigen Dampfer „Augusta Victoria“ und „Columbia“ wurden an russische Unterhändler verkauft.

Budapest, 10. Mai. (W. G.) Der Rücktritt des Finanzministers Lucas soll gleich nach Beendigung der Budgetdebatte im Abgeordnetenhause erfolgen.

Gesicht bei Liaojiang und weiterer Rückzug der Russen.

Schanhailwan, 10. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Hier eingegangene Nachrichten besagen, daß erste japanische Corps, das den auf dem Rückzug vom Jalu begriffenen Russen gefolgt sei, habe dieselben gestern zwanzig Meilen südlich von Liaojiang eingeholt. Es habe sich ein schweres Gesicht entsponnen, bei dem die Japaner Geschütze auf Hügel hinaufschleppten, die man für unübersteiglich hielt. Danach hätten die Russen den Rückzug nach Norden zu fortgesetzt. Eine Division des japanischen ersten Corps näherte sich jetzt Nintschwang, in welchem gegenwärtig nur eine ganz geringe Zahl Russen seien; japanische Vorposten seien bereits in einer Entfernung von sechs Meilen von der Stadt gesehen worden. Aus Nintschwang hier eingetretene Frauen bestätigten, daß der Platz von den Russen geräumt ist.

Düsseldorf, 10. Mai. (W. G.) Bei den Kanalarbeiten im Venraiser Hafen stürzte gestern ein Schacht ein und begrub 7 Arbeiter unter sich. 3 derselben wurden schwer, die übrigen leicht verletzt.

Franzenbad, 10. Mai. (W. G.) Heute ist der große Konzertsaal des Rathhauses völlig durch Feuersbrunst vernichtet worden.

Bayreuth, 10. Mai. (W. G.) In einem gestern nachmittag niedergelagerten Gewitter wurden in dem benachbarten Gerdorf 3 Kinder vom Blitze erschlagen.

Belgrad, 10. Mai. (W. T. G.) Der Korrespondent der Wiener „Zeit“ ist heute von hier ausgewiesen worden.

Reichstag.

18. Sitzung, Dienstag, den 10. Mai 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky. Die dritte Lesung des Etats wird fortgesetzt. Die Beratung beginnt mit dem Etat für das Reichsamt des Innern.

Abg. Trimborn (C.) teilt Berichtigend mit, daß die Besondere Vinnen-Schiffahrts-Verufsgenossenschaft in ihrer Dienstordnung die Pensionsverhältnisse und die Altersfürsorge ihrer Beamten geregelt habe. Seine gegenwärtige Angabe bei der ersten Lesung beruhe auf einer falschen Information.

Abg. Lipinski (Soc.):

Seit den Erhebungen über die Lage der Handlungsangestellten ist nichts für sie geschehen, auch nicht bei der Revision des Handelsgesetzbuches. Die an den Kaufmann-Ladenschluß geknüpften Beförderungen, die Schlagworte von Verteilung zum Dummeln, zum Diebstahl, vom Jugunderwerb der kleinen Geschäftsleute und so weiter haben sich sämtlich als unbegründet erwiesen. Die Bestimmung, daß die Ortsbehörden den Kaufmann-Ladenschluß verfügen können, war vielleicht ganz gut gemeint, ist aber praktisch angesichts des Widerstandes, der Unabhängigkeit der Behörden ganz wertlos. Sogar doch ein Führer des deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der sich stets als Sturmbod gegen die Sozialdemokratie hat brauchen lassen, sie seien seit Aufstellung dieser „socialdemokratischen“ Forderung schlimmer behandelt worden wie wir selbst. Ich möchte also die Bitte aussprechen, daß die Behörden mehr sociale Gefinnung betreiben.

Auch die Durchführung der Bestimmungen über den Achtuhr-Ladenschluß, die Mittagspausen, läßt viel zu wünschen übrig. Die hierfür angestellten Polizeimannschaften reichen nicht aus, der Selbsthilfe der Handlungsgehilfen, den von ihnen eingesetzten Schutzkommissionen sucht man auf jede mögliche Weise Schwierigkeiten zu machen. Die Ausnahmebestimmungen, die von der Ortsbehörde festgesetzt werden können, sind doch vom Reichstag nicht in dem Sinne beschlossen worden, daß sie auch an kleineren Orten unbedingt erschoßt werden müssen. All das trägt doch gewiß nicht dazu bei, die Wirksamkeit der vom Reichstag beschlossenen Schutzmaßnahmen zu erhöhen.

Die im September 1901 veranstalteten Erhebungen über die Arbeitszeit in Comptoiren um, hat gezeigt, wie dringend notwendig auch hier eine gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit ist. In einigen Geschäften wird gewohnheitsmäßig die Arbeit bis tief in die Nacht hinaus ausgedehnt. Viele Prinzipale würden froh sein, wenn allgemein eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit der Handlungsangestellten einträte.

Die Sonntagsruhe besteht thatsächlich an diesen Orten nicht. Denn die Arbeitszeit wird so ungenügend verteilt, daß die Geschäfte bis abends 8 Uhr festgehalten sind. Die Ermächtigung, die Sonntagsruhe durch Ortsstatut auszudehnen, ist kaum irgendwo benutzt worden.

Das hängt zum großen Teile damit zusammen, daß die Gehilfen keinerlei Vertretung gegenüber den Behörden haben und daß die Gewerkepolizei sich in diesen Fällen als ohnmächtig erweist. Eine weitere schlimme Beeinträchtigung der Handlungsgehilfen stellt die Konkurrenzkaufverträge dar; sie ist angesichts der oft unerhörten Ausbeutung in den Verträgen ein Ausnahmefest schlimmster Art.

Ferner verlangen die Gehilfen einen weiteren Ausbau aller Versicherungszweige, die namentlich durch die immer weitere Ausbreitung der Warenhäuser geboten erscheint.

Wir bitten Sie dringend, diese billigen Forderungen der Handlungsangestellten zu berücksichtigen und gesetzgeberische Maßnahmen zu ihren Gunsten zu ergreifen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Niepenhausen (L.): Die Maurer an einem Bahnhofsbaue stellen vier Tage vor Ablauf des Contractes plötzlich die Arbeit ein. Sie wußten, daß der Unternehmer den Bau bis zu einer bestimmten Zeit vollenden mußte. (Medner trägt nun mit domierender Stimme, die Arme über der Brust gekreuzt, den Fall vor, den er vor etwa vier Wochen bereits einmal mit denselben Worten erzählt hatte.) Sie verlangten nicht nur höheren Lohn, sie gingen viel weiter, sie verlangten Befreiung der Accordarbeit. Heiterkeit links. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr gut!) Das hat natürlich unwillkürlich zur Folge gehabt, daß immer weniger gearbeitet wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Arbeiten Sie im Accord?) Das geht Sie gar nichts an; ich behandle hier nur große politische Fragen. (Heiterkeit.) Was für Dinge Sie im Lande verbreiten, geht aus dem Mai-Ausruf der hannoverschen Sozialdemokraten hervor. Da heißt es, daß jeder Arbeiter im Zukunftsstaat im eignen Lustschiffe durch die Lüfte fahren wird, daß kein irdischer Genuß ihnen je ver sagt bleiben wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Meine Herren, wenn schon einzelne Redner glauben, die dritte Lesung des Etats des Reichsamtes des Innern zu längerem Vortrage benutzen zu müssen, so seien Sie doch wenigstens still. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. v. Niepenhausen (fort.): Wir stehen nicht auf dem Standpunkte besonderer Vorliebe für die gelbe und schwarze Rasse, den Herr Bebel gesten eingenommen hat.

Präsident Graf Ballestrem unterbrechend: Die schwarze und gelbe Rasse gehört nicht zum Reichsamt des Innern. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. v. Niepenhausen (fort.): Unsere Sympathien stehen auf Seiten Englands. Hiermit will ich schließen. (Zuruf links: Oh! oh! Schade, so schnell!) Aber Ihnen, meine Herren Sozialdemokraten, rufe ich zu, überlegen Sie sich, was Sie weiter thun, wenn Sie darauf hinarbeiten, contractbrüchige Verhältnisse zu schaffen. (Stürmische Heiterkeit. — Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dierksen (Sp.) bittet die Regierung, die Maßnahmen zur Unterdrückung des Mädchenhandels kräftig zu unterstützen und fragt an, ob zwei von der Reichsregierung besuchte Mittelstandskongresse in Stuttgart und Brüssel zu irgend welchen praktischen Ergebnissen geführt hätten.

Abg. Drejski (Pole) beklagt die zahlreichen ungenügend bestärkten Uebertretungen der Sonntagsruhe. Zudem werde der ganz schärf und bestimmt gefasste § 105a der Gewerbeordnung dazu benutzt, ohne jeden ausreichenden Grund Befreiungen von der Sonntagsruhe zu bewilligen. So genügen als Gründe „günstige Jahreszeit“, „gute Exportverhältnisse“ und in einem Falle sogar „die bevorstehende Anordnungsfeierlichkeit in London“. Selbst die Bestimmungen der Gewerbeordnung werden zu einer Politik der Rabulistik gegen die Polen benutzt. Selbst Witwen werden wirtschaftlich geschädigt, daß sie in die größte Not geraten. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden von der Behörde mit Mißgunst angesehen, während sie für die Kontrolle der sozialen Gesetzgebung sehr nötig sind. Die Gewerbegerichte müssen vermehrt werden.

Abg. Raden (C.) spricht Graf Posadowsky seinen Dank aus dafür, daß er vor 14 Tagen seine Hilfe zugesagt hat für die Versicherung der Privatbeamten. In der nächsten Gewerbezahlung sollen besondere Fragen gestellt werden zur Vorarbeit für diese Versicherung. Diese Versicherung wird eine ungemeine Bedeutung haben, denn diese zu versichernde Gruppe hat eine immer größere sociale Bedeutung. Sie ist sehr stark im Wachsen sowohl im Handel wie in der Industrie. Der Pensionsausgang dieser Privatbeamten verdient für seine geschichtliche Handhabung und Mäßigung

bei der Aufstellung seiner Forderungen den Beifall aller Mittelstands-Freunde. (Bravo! im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf die mannigfachen Beschwerden der Herren Vorredner erwidere ich zunächst, daß wir mit dem gegläubten Achtuhr-Ladenschluß zur Zeit noch nicht vorgehen können, weil die Einführung des Neunstundentages und noch genügend Material beschafft hat zur Kontrolle der gesamten Ladenschlußfrage. Wir müssen darum erst noch länger abwarten, in welcher Weise der Achtuhr-Ladenschluß sich bewährt hat. In Bezug auf den Mädchenhandel ist beim Berliner Polizeipräsidium eine Centralstation eingerichtet worden zur Kontrolle der von der Pariser Konferenz aufgestellten Forderungen. Wir sind an die verschiedenen Bundesstaaten herangetreten, daß sie sich mit dieser Centralstation in Verbindung setzen sollen. Zu den Verhandlungen des internationalen Kongresses für den Mittelstand in Brüssel sind wir nicht eingeladen worden, wir haben aber die Fragen, die dort angestellten Wünsche und Forderungen mit Interesse verfolgt und werden uns weitere Stellungnahme abhängig machen von der Festlegung des Programms, das diese Bewegung aufstellen wird. Bezüglich der Handwerkerversicherung sollen im Sommer dieses Jahres eine Anzahl Fragebogen versandt werden, die uns Material bringen sollen für die weitere Behandlung dieses Gegenstandes. Von dem Ausfall dieses Materials wird es abhängen, ob wir in die praktische Gesetzgebung der Handwerkerversicherung eintreten können. Jedenfalls wird in den nächsten Etat eine Summe eingesetzt werden, um die nötigen Vorarbeiten zu beschaffen. Die Klagen des Abg. Lipinski bezüglich der Sonntagsruhe müssen entschieden übertrieben sein. Im Gesetz ist für den Sonntag nur eine dreistündige Arbeitszeit vorgesehen für die Reinigung der Maschinen und ähnliche Nebenarbeiten. Wenn diese ausnahmsweise länger dauern, so sollen an jedem dritten Sonntage 36 Stunden vollständig frei sein, oder an jedem zweiten Sonntage soll eine größere Ruhezeit gewährt werden. Die Unternehmer, die diese Bestimmungen übertreten, müssen entschieden bestraft werden, und ich muß deshalb den Abgeordneten Lipinski erwidern, die betreffenden Unternehmer den vorgeschriebenen Instanzen nachhaft zu machen. Die Beschwerden des Abg. Drejski über die Zurücksetzung und un-gerechte Behandlung der Polen gehören zum größten Teil vor das Forum des preussischen Landtages. Soweit er Reichsangelegenheiten vorgebracht und ausgeführt hat, daß die polnischen Arbeiter bei der Jubiläumsvon Altersinvaliden- und Unfallrenten in ungeschicklicher Weise benachteiligt worden seien, so kann ich mir unmöglich denken, daß die Beschwerden des Herrn Abgeordneten begründet sind. In Westpreußen ist die dortige Versicherungsanstalt von meinen Beamten ausdrücklich kontrolliert worden. Da hat sich in keiner Weise herausgestellt, daß bei der Festsetzung der Renten irgendwelche Ungerechtigkeiten aus nationalen Interessen vorgekommen sind. In der Provinz Posen sind die betreffenden Versicherungsanstalten noch nicht kontrolliert, aber auch dort wird sich zeigen bei der nächsten Kontrolle, daß von einer Zurücksetzung der polnischen Arbeiter bei der Bemessung der Renten keine Rede sein kann. Aber eine große Gefahr für die ganze socialpolitische Gesetzgebung ist die Simulation, die manchmal von sehr unehrlichen Elementen geradezu gewerbsmäßig betrieben wird. So hat sich in Posen und Westpreußen in den Jahren 1897-1900 die Zahl der Renten mit ungeheurer Sprünge verdoppelt. Wie wenig das Reichs-Versicherungsamts geneigt ist, den Arbeitern ihre Rechte zu nehmen, geht daraus hervor, daß es auf die Verurteilung von Arbeitern bei Fristverjährungen keinen Gebrauch von ihrem formalen Recht zu machen, sondern einen neuen Bescheid zu erlangen, damit die Arbeiter Verurteilung einlegen können. (Bravo! rechts.) — Ueber die Zahl der Privatbeamten wird die Verurteilung Auskunft geben. Wir sind auch bereit, das von Ihren Organisationen gesammelte Material von Reichs wegen zu bearbeiten. Aber es handelt sich nur um statistische Arbeiten, über die wir eventuell eine Denkschrift vorlegen, nicht um gesetzgeberische Entscheidungen, die wir uns nach jeder Richtung hin vorbehalten müssen.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soc.): Ich will mich nicht des längeren auf die contractbrüchigen Verhältnisse des Herrn von Niepenhausen einlassen. (Stürmische, anhaltende Heiterkeit.) Daß er für die Accordarbeit eintritt, zeugt von seinem socialpolitischen Verständnis. Hauptächlich habe ich mich zum Wort gemeldet, um den Herrn Staatssekretär zu fragen, ob es wahr ist, daß auf Grund einer Eingabe des deutschen Arbeitgeber-Bundes für das Baugewerbe eine geheime, durch die Polizei-Organe geleitete Enquete darüber stattfindet, ob es sich empfiehlt, einen sofortigen Entlassungsgrund aus Prügeleien oder Beschimpfungen der Arbeiter untereinander zu machen. Die „Frankfurter Zeitung“, die diese Nachricht brachte, fügte hinzu, ob man dabei wohl auch die Arbeiter fragt? Bisher hat man sie nicht gefragt, und wir haben ja bei der Justizhausvorlage gesehen, was aus solchen Polizei-Enqueten herauskommt. Wir warnen die Regierung, dem Wunsch der Schamacher nachzugeben, die jetzt mit der Hungerpeitsche, der Drohung der Entlassung gegen die Arbeiter vorgehen wollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: An den Bundesrat werden unzählige Eingaben gerichtet. Darunter befand sich auch die vom Vorredner hier erwähnte. Natürlich haben wir alle diese Petitionen auf, um sie bei einer etwaigen Revision der Gewerbeordnung auf ihre Verordentlichung zu prüfen. Aber Erhebungen irgend-welcher Art darüber, wieviel Arbeiter sich in den deutschen Fabriken in den letzten Jahren geprügelt haben (Heiterkeit), haben wir nicht veranstaltet. Die ganze Geschichte ist eine absolute Ente.

Abg. Vaitmann (Antif.): Bei der zweiten Lesung des Etats behauptete Staatssekretär Graf Posadowsky, daß es nicht möglich sei, daß ein Handwerkermeister tausend Mark jährlich für die sociale Arbeiterversicherung ausgabe. Ich lege ihnen hier den Jahresabschluß eines Tischlermeisters vor, der achtzehn Wesseln und zwei Bekrüge beschaffte, tausend Mark jährlich Ausgaben für die Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen hatte und selbst nicht mehr als 4000 Mark jährlich verdiente. Ich würde mich freuen, wenn der Staatssekretär es über sich gewönne, zu erklären, daß er sich geirrt hat. Er könnte dann das Vertrauen wieder gewinnen, das er durch gewisse Aeußerungen im Handwerkerstand verloren hat.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Der Vorredner hat wieder auf die viel kolportierte Aeußerung angespielt, dem Handwerkerstand sei nicht zu helfen. Ich erkläre nochmals, daß ich nicht eine Silbe davon gesagt habe, sondern nur erklärt habe, daß an die Wiedereinführung des Versicherungsnachweises als öffentliche-rechtliche Einrichtung nicht zu denken sei. Auf diesem Standpunkt steht Preußen seit 20 Jahren. Im Bundesrat würde sich nie eine Mehrheit für den Versicherungsnachweis finden; und die meisten Handwerker haben sich längst damit abgefunden. Ueber die Belastung der Handwerker durch die sociale Gesetzgebung habe ich eingehende Erhebungen veranstaltet. Wenn mir ihre Resultate vorliegen, werde ich aus meinem Herzen keine Mordgrube machen. Ich finde es nur sehr merkwürdig, daß der Reichstag die Regierung immer zur Einführung neuer Versicherungszweige drängt und dann ständig über die socialpolitischen Kosten klagt. Bei der sozialen Versicherung geht es doch unmöglich so, wie in der Heimischen Dichtung: Einer muß es schließlich bezahlen. (Heiterkeit und Bravo!)

Abg. Horn-Sachsen (Soc) führt Beschwerde über die ungenügende Aufsicht der Glashütten durch die Gewerbebeamten. Die Sonntagsruhe, von der für die Glashütten so wie für nur ein kläglicher Teil übrig sei, müsse ausgedehnt werden und die Regierung könnte eine große Verhütung unter die Arbeiter dieses

Gewerbes tragen, wenn sie schon jetzt eine vorpfehlende Erklärung darüber abgeben wollte, daß sie bereit sei, die Sonntagsruhe auszudehnen. Ueber die Beschäftigung der Kinder in Glashütten habe die Regierung bei der zweiten Lesung des Etats vollkommen falsche Zahlenangaben gemacht, die ein völlig irriges Bild ergeben hätten. In einem einzigen Fabrikort seien mehr Kinder beschäftigt als nach Graf Posadowsky in der ganzen Glasindustrie. Dabei würden nicht einmal die Schutzbefreiungen für die Kinder innegehalten. Der Centralverband der Glasarbeiter habe eine Denkschrift darüber ausgearbeitet, die er der Regierung zur Verfügung stelle. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (C.) erklärt, daß auch seine Partei für Erweiterung der Sonntagsruhe eintrete.

Abg. Prinz zu Schwalbach-Garlsath (natl.) spricht der Regierung seine lebhafteste Anerkennung und Befriedigung über die Fortschritte der Gewerbe-Inspektion aus; er bittet nur, mehr weibliche Hilfskräfte als bisher einzusetzen.

Abg. Drejski (Pole) stellt dem Staatssekretär gegenüber alle seine Angaben über die Durchbrechung der Sonntagsruhe, über das mangelnde Entgegenkommen der Beamten gegenüber polnischen rentenberechtigten Arbeitern aufrecht. Besonders teilt er mit, daß italienische Arbeiter in Regierungsbezirk Düsseldorf 30 Sonntage hinter einander gearbeitet hätten, ferner daß auf dem Landratsamt in Preussisch-Stargard die Eingabe eines Arbeiters einfach unter-schlagen worden sei.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soc.): Ich danke dem Staatssekretär für seine Erklärung. Ich hatte meine Mitteilungen auf Grund einer Nachricht der sonst gut unterrichteten „Frankfurter Zeitung“ gemacht. Ich hoffe jedenfalls, daß auch, wenn in Zukunft eine Untersuchung angestellt wird, nicht einseitig nur die Unternehmer befragt werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ueber die Sonntagsruhe habe ich bereits erklärt, daß wir mit einer allgemeinen Prüfung beschäftigt sind und daß die Sonntagsruhe in den Glashütten Gegenstand eingehender Erhebungen sein wird. Wenn die vom Abgeordneten Horn mitgeteilten Verletzungen der Sonntagsruhe wirklich stattgefunden haben, so bitte ich, den zuständigen polizeilichen oder gewerblichen Aufsichtsbeamten Mitteilung zwecks Bestrafung zu machen. Herr Drejski hat behauptet, ein Beamter des Landratsamtes hätte eine Eingabe unterschlagen; das wäre ein Amtverbrechen, und ich würde Herrn Drejski dringend bitten, die Sache der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Ich muß es aber für außerordentlich bedenklich erklären, wenn Herr Drejski unter dem Schutze seiner Immunität so schwere Angriffe gegen einen bestimmten Beamten erhebt.

Abg. Drejski (Pole, mit Unruhe auf der Rechten empfangen): Ich kann keineswegs anerkennen, daß die Abgeordneten die Verpflichtung haben, den lokalen Behörden die einzelnen Fälle zwecks Bestrafung mitzuteilen. Ich habe das in einem besonderen Falle einmal gethan und bin sofort wegen Verleumdung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. (Lachen rechts.) Zufällig mußte in der Revisionsinstanz das Urteil aufgehoben werden und bei der erneuten Verhandlung beantragte der Staatsanwalt selbst Freisprechung und erklärte, das schwere Urteil sei nur in der Aufregung des Wahlkampfes zu stande gekommen. (Hört! hört! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich möchte auch nur sagen, daß in ganz besonders flagranten Fällen die Verpflichtung vorliegt, die Sache selbst oder durch Vertrauenspersonen in die Hand zu nehmen.

Abg. Drejski (Pole, mit langanhaltender Unruhe auf der Rechten empfangen): Ich kann den Herrn Staatssekretär beruhigen, der Fall wird von dem Betroffenen zur Anzeige gebracht, allerdings wird er sich zur Vorfrist einen Rechtsanwalt zur Hilfe nehmen müssen. (Heiterkeit links.)

Damit schließt die Generaldiskussion.

Bei dem Reichsfonds für Kunstzwecke liegt folgende Resolution der Abgeordneten Dr. Panknide (sf. Vg.), Dr. Müller-Meinungen (sf. Vp.), Graf Oriola (natl.), Henning (L.) vor: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsminister zu ersuchen, bei der Verteilung des Fonds zur Unterstützung der deutschen Kunst beide Central-organisationen der deutschen Kunstlergesellschaft zu berücksichtigen. Dazu beantragt Abg. Kirsch (C.) folgende Aenderung: statt der Worte beide Centralorganisationen der deutschen Kunstlergesellschaft zu berücksichtigen, so lesen: die verschiedenen Richtungen der deutschen Kunst auf dem Gebiete der Malerei und Sculptur nach berechtigten Grundfragen zu unterstützen.

Abg. Dr. Panknide (sf. Vg.): Ich will keine Wiederholung der Kunstdebatte vom 16. Februar heraufführen. Ich will nur das Facit aus jener Debatte ziehen. Auf der Ausstellung in St. Louis werden ja nun die klingenden Namen der deutschen Kunstlergesellschaft fehlen. Das ist nicht nur aus künstlerischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Grunde bedauerndwert, da es so immer schwerer wird, der Konkurrenz der französischen Kunst auf dem amerikanischen Markte zu begegnen. Aber das liegt hinter uns und ist nicht mehr zu ändern. Wir wollen nun für die Zukunft ähnliche unliebsame Vorgänge vermieden sehen. In jeder Debatte sind alle Parteien für die volle Freiheit der Kunst eingetreten, und die Kunstlergesellschaft ist, von Vereinzelt abgesehen, mit dieser Erklärung zufrieden gewesen. Wir haben jetzt die Konsequenz gezogen, um dem Reichstage Gelegenheit zu einem bindenden Beschluß zu geben. Wir wollen keine Bevorzugung und keine Benachteiligung der Seceffion. Wenn die Staatsregierung uns in diesem Sinne schon heute eine bindende Zusage machen kann, um so besser. Ich bitte Sie, die Resolution anzunehmen. Ich wäre auch mit der Aenderung des Centrums einverstanden und würde mich freuen, wenn die Regierung recht bald in dieser Richtung praktisch vorgeht. (Bravo! links.)

Abg. Kirsch (C.): Der Fonds gilt nur für deutsche Kunstausstellungen im Auslande. Es muß da die Möglichkeit sein, auch mal ein großes Kunstwerk, das keiner der centralisierten Richtungen angehört, hinauszuschicken. Dies zu ermöglichen ist der Zweck meines Antrages.

Abg. Dr. Krenndt (Sp.): Ich habe gewiß keine secessionistischen Neigungen, aber ich halte es doch für eine zu schwere Strafe für die Seceffion, daß das Staatliche Bild aus dem Reichstage jetzt nach St. Louis geschickt ist. Sehr erwünscht wäre es mir, wenn das Wartburgbild aus der Bibliothek des Reichstages, das alles weniger als ein Kunstwerk ist, entfernt würde.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Was den Antrag Panknide betrifft, so bemerke ich: In Frankreich bestehen zwei Künstlerorganisationen, beide aber haben in St. Louis gemeinschaftlich ausgestellt als Vertreter der französischen Kunst. Es wäre, scheint mir, ein bedenklicher Zustand, wenn die deutsche Kunst bei ausländischen Kunst-Ausstellungen durch zwei verschiedene Richtungen vertreten wäre; alle unsere Bestrebungen müssen vielmehr dahin gehen, daß sich die deutschen Künstler wieder einigen. Wenn darauf hingewiesen ist, daß das Staatliche Gemälde nach St. Louis geschickt ist, so bemerke ich, daß es dem Reiche doch ziemlich teuer gewesen ist, und da der Reichstag abgelehnt hat, daß es hier aufgehängt wird, so habe ich den Versuch gemacht, ob ich nicht einen andern Käufer finden könnte. Aller Bemühungen ungewachtet ist das nicht gelungen (Heiterkeit im Centrum) und so dürfte ich mir, vielleicht ist es möglich, daß man in America dem Bilde freundlicheres Verständnis entgegenbringt. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Südekum (Soc.): Die ganze Misere der Unterstützung von Staatswegen, die die Kunst in Deutschland findet, offenbart sich in der Notwendigkeit, daß überhaupt ein solcher Antrag, wie der des Herrn Panknide und des Herrn Kirsch, gestellt werden muß. (Sehr richtig!)

Infs.) In Deutschland muß eben alles offenbar Richtungen oder Organisationen haben, auch die Kunst, die das ganz und gar nicht befragt. Der Antrag mag Zeugnis ablegen von den guten Herzen der Antragsteller, aber von einem Verständnis dafür, was der Kunst dienlich ist, zeigt er nichts. Dem auch er schabloniert genau so wie die Regierung schabloniert hat. Es ist in ihm die Rede von beiden Centralorganisationen. Was machen denn aber die Künstler, die keiner angehören? Herr Kirch hat den gründlichen Fehlern des Antrages Bachnide dadurch wenigstens ein klein wenig abgeholfen, daß er nur noch von verschiedenen Richtungen statt von den Centralorganisationen spricht. Aber auch diese verschiedenen Richtungen sind immer noch zu spezialisiert. Herr Arendt gab uns den besten Beweis dafür, um was es sich eigentlich am 16. Februar gedreht hat. Er sprach davon, es habe nach außen den Eindruck gemacht, als ob im Reichstag die secessionistische Richtung protegiert werde. Von mir aus wenigstens kann ich sagen, daß ich weder die eine, noch die andre Richtung protegiere, sondern mir kommt es darauf an, die Freiheit der künstlerischen Persönlichkeit zu garantieren. Ob jemand secessionistisch oder anders malt, hat für die künstlerische Qualität seiner Werke gar keine Bedeutung. Wir wenden uns nur gegen die offizielle Begünstigung der Nachwuchs- und Werner-Kunst. Auch die Seceffion teilt sich in so viele Richtungen wie die Persönlichkeiten in ihren Reihen zählt. Herr Dr. Arendt sagte, die Kunst sei nicht für die Künstler da, sondern die Künstler für die Kunst. Ich möchte wissen, was er sich darunter eigentlich gedacht haben mag. (Weiterkeit links.) Es existiert für ihn scheinbar irgendwo eine Kunst, und dafür sind die Künstler da. Er weiß nicht, daß die Kunst nichts ist als eine Emanation der Künstler, weil Kunst und Künstler innerlich ihrem Wesen nach nicht einmal begrifflich zu trennen sind. Von diesem Standpunkte aus können wir natürlich für die Resolution Bachnide nicht stimmen, höchstens für die des Herrn Kirch. Graf Posadowsky sagte sehr richtig: von Fall zu Fall soll man urteilen. Das ist in der That der richtige Weg, nur ist selbsterhellend, daß die Praxis bisher das gerade Gegenteil gezeigt hat. (Sehr richtig! links.) Da ja nur eine bestimmte Richtung protegiert wurde. Noch zwei Worte zu dem Nachklang, den unsere Debatte vom 16. Februar gefunden hat. Anton v. Werner hat sich in einer großen Broschüre mit der Debatte beschäftigt, er hat sich darüber aufgehalten, daß ich die Frage aufgeworfen habe: Wer ist Anton v. Werner? Er sollte froh sein, daß ich diese Frage nicht auch beantwortet habe. (Große Heiterkeit links.) Er hat in melancholischem Anklage an die Worte von „noch io sono pittore“ gesagt: „Ich bin ein Maler und werde es bleiben“. Es hätte zur Verhütung des wirklich kunstliebenden Publikums mehr beigetragen, wenn er den Satz noch etwas fortgesetzt und gesagt hätte: ich bin ein Maler und werde es bleiben lassen! (Große Heiterkeit links. Oh! — Oh! rechts.)

Abg. Henning (L.) erklärt, daß er den Antrag unterschrieben habe, obwohl er nicht auf dem Boden der secessionistischen Kunstströmung stehe. Es sei aber zu verlangen, daß die Regierung beide Richtungen gleichmäßig berücksichtige.

Abg. Dr. Bachnide (fr. Bg.): Es muß den Miß unter der Künstlerkunst nur erweitern, wenn die Regierung künstlich zwischen den einzelnen Richtungen unterscheidet. Wollen wir diese Streitigkeiten unter den Künstlern beseitigen und ein inniges Zusammenwirken herbeiführen, dann müssen wir darauf hinarbeiten, daß nicht von oben herab eine Richtung begünstigt und die andre zurückgesetzt wird. Wenn ich in meinem Antrag von den beiden Centralorganisationen spreche, so mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse. Wir haben eben nur zwei centralisierte Repräsentationen der deutschen Künstler. Da in der Debatte aber eine größere Neigung für die dehnbarere Fassung aufgetreten ist, wie sie das Amendement Kirch aufweist, so ziehe ich den Teil meines Antrages, der durch dieses Amendement ersetzt wird, zu dessen Gunsten zurück. (Zustimmung.)

Hierauf wird die Resolution Bachnide mit dem Amendement Kirch angenommen. (Vielfache Rufe: Einstimmig!)

Präsident Graf Ballestrem konstatiert, daß der Beschluß mit außerordentlich großer Majorität angenommen worden ist. (Beifall.) Bei einem weiteren Kapitel des Etats dankt

Abg. v. Böhlendorff (L.) im Auftrage der Interessenten dem Staatssekretär für die sachgemäße und gerechte Verwendung des Fonds zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Auslande und zur Förderung technischer und wissenschaftlicher Vervollkommenungen auf landwirtschaftlichem Gebiet.

Redner bedauert aber, daß von den 7 Millionen, die dem Reichsamt des Innern zur Verfügung stehen, zur Unterfütterung wirtschaftlicher Zwecke nur 75 000 M. der Landwirtschaft zugute kommen.

Abg. Kauter (Pole) wünscht Ausdehnung der Kompetenz der Reichs-Schulkommission. Man hält gemeinhin die mecklenburgischen Schulverhältnisse für rückständig, aber sie seien denen in anderen Staaten z. B. Preußen noch weit voraus. Früher sind preussische Volksschulen nach dem Auslande berufen, weil die preussischen Volksschulen Muster-schulen gewesen sind. Heute ist das Gegenteil der Fall. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse in den polnischen Landesteilen. Wir haben heute eine Volksschule ohne Volkssprache.

Abg. Scheidemann (Soz.): In der zweiten Lesung wies ich auf die fortschreitende Verschmutzung der deutschen Flüsse und die daraus entstehende Gefahr für die Volksgesundheit hin. Ich hatte auch die Genehmigung, daß der Staatssekretär die Verhältnisse anerkannte und Maßregeln zu ihrer Beseitigung ankündigte. Ich bezog mich besonders auf die Wupper und den Rhein. — Mir ist nur von einem Verein von Interessenten eine Verzichtung zugegangen, die behauptet, daß meine Darstellung hinsichtlich der Wupper unrichtig sei. Aber die Herren haben sich auf falsche Zeitungsberichte verlassen. Was sie mir mitgeteilt haben, bestätigt nur, was ich ausgeführt habe. Und ich glaube, daß ich der Wupper keine bessere Ehrenrettung geben kann, als wenn ich die Reichsregierung bitte, recht bald diese Verhältnisse zu beseitigen.

Der Rest des Etats des Reichsamts des Innern wird debattelos genehmigt.

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom Dienstag, den 10. Mai 1904, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Hammerstein, später Frhr. v. Rheinbaben.

Zunächst werden in dritter Lesung unbedeutend angenommen:

1. Das Gesetz betreffend Ausdehnung einiger Bestimmungen des Berggesetzes auf die Gewinnung von Erdöl.

2. Der Nachtragsetat von 3 Millionen zur Unterfütterung der Eisenbahnarbeiter-Giltslassen.

3. Das Gesetz betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Bochum.

Es folgt die erste Lesung des schon von Herrenhaufe angenommenen An siedelungs-gesetzes (betreffend die Gründung neuer An siedelungen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Polen, Schlesien, Sachsen und Westfalen).

Abg. v. Conrad (fr.)

Bestreitet, daß die Tätigkeit der An siedelungs-kommission zur Vermehrung des polnischen Grundbesitzes geführt habe, erklärt, eine allmähliche Vermehrung der deutschen Bauernstellen für wünschenswert, ohne deshalb prinzipieller Gegner des Großgrundbesitzes zu sein, und steht in dem vorliegenden Gesetzentwurf ein nützliches Mittel zur Erreichung dieses Zweckes.

Abg. Glagel (natl.)

erklärt das prinzipielle Einverständnis seiner Fraktion mit dem Gesetzentwurf und beantragt zwecks Beratung der Einzelheiten Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern.

Die schwerste Gefahr erkennt Redner in der drohenden Entvölkerung des Ostens; er verlangt Bereitstellung von Mitteln im Etat, die zur Vorbereitung der Gründung neuer Gemeinden dienen sollen. Er behält sich entsprechende Anträge für die zweite Lesung vor.

Abg. Hören (L.):

Selten oder nie haben wir gegen eine Vorlage so schwere und ernste Bedenken gehabt. Durch den § 13 b, der in Polen und Westpreußen jede An siedelung untersagt, so lange nicht eine Bescheinigung des Regierungspräsidenten vorliegt, daß die An siedelung mit den Zielen des An siedelungs-gesetzes nicht in Widerspruch steht, charakterisiert sich das Gesetz als die weitestgehende Vorlage gegen die Polen. (Sehr wahr! im Centrum und bei den Polen.) Im Herrenhaufe hat kein Redner nicht die schwersten Bedenken gehabt, daß es den Polen unmöglich gemacht werden soll, Grundbesitz zu erwerben. — Die Vorredner sind auf die verfassungsrechtlichen Bedenken gar nicht eingegangen. Wir aber lehnen gerade deshalb den Entwurf ab, weil wir glauben, daß er im Widerspruch steht mit der preussischen Verfassung und der Reichsgesetzgebung, und schädlich sein wird für das Wohl des gesamten Volkes. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Ich hoffe, daß Sie uns so wenig wie der Minorität des Herrenhaufes vorwerfen werden, daß wir dem Gesetz aus Mangel an nationalem Eifer und Vorliebe für das Großpolenland widersprechen. Aber selbst der Referent der Herrenhaus-Kommission erklärte diesen Paragraphen für eine ungerechtfertigte Härte, deren Folgen weder für das deutsche noch für das polnische Volk erfreulich sein könnten. (Hör! hör! bei den Polen.) Wenn man sich nicht an den Wortlaut klammert, sondern auf den Sinn der Verfassung sieht, so bestätigt alles, was zur Entschuldigung vorgebracht wird, nur den Vornur der Verfassungswidrigkeit. Durch das Gesetz soll es den Polen unmöglich gemacht werden, in ihrer Heimat Grund und Boden zu erwerben. Denn jede polnische An siedelung widerspricht den Zwecken des An siedelungs-gesetzes! Wie stimmt das mit dem Artikel 4 der preussischen Verfassung, daß alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind, wie mit Artikel 3 der Reichsverfassung, daß kein Deutscher in der Befugnis, Grundbesitz zu erwerben, durch die Obrigkeit beschränkt werden darf, und daß er sich überall niederlassen kann, wo er nicht der Gemeinde zur Last fällt. Man sagt, daß der Erwerb von Grundbesitz den Polen gar nicht beschränkt werde; sie sollten sich nur nicht ansiedeln dürfen, d. h.: man erlaubt ihnen, sich zu Tisch zu setzen, aber sie dürfen nicht mitessen. (Heiterkeit.) So halbherzige Interpretationen müßten das ganze Haus veranlassen, einmütig die ganze Vorlage abzulehnen. (Lebhafte Beifall bei den Polen.) Gegen die polnischen Volksbanken kann man doch deutsche errichten; dazu braucht man doch dieses Gesetz nicht. Aber, so erklärt die Regierung, die Reichsgesetzgebung erlaube Auflösung von Genossenschaften nur dann, wenn diese ungesetzliche Handlungen begingen. Damit giebt sie also zu, daß die polnischen Volksbanken nichts Un-gesetzliches thun! Vor allem aber ist das eine Umgehung des Reichsrechts, hinten herum zu nehmen, was die Reichsverfassung gegeben hat.

Wir verwerfen den Gesetzentwurf aber auch wegen der ungerechtfertigten Härte. Der Minister hat ihn als schneidiges Schwert gerahmt. Ich lenne noch ein schneidigeres: Die polnische Bevölkerung ist innerhalb des preussischen Staatsgebietes rechtlos! (Stürmischer Beifall und Händellachen bei den Polen.)

Was aber kann die Folge des Gesetzes sein? Ein Teil der vom Lande vertriebenen Bauern wird in der Stadt als erdrückender Konkurrenz der deutschen Handwerker auftreten. Der andre größere Teil aber wird ins Industrie- und Handelsgebiet hinabstürzen, und aus Erbitterung über seine elende Lage zur Socialdemokratie kommen. Wir können um so weniger dem Gesetz zustimmen, als es tatsächlich unsere Glaubensgenossen zu Starren Andersgläubiger vertreibt. (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

Minister Frhr. v. Hammerstein:

Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn der Vorredner den Grund nicht so voll genommen hätte. (Minutenlange Unterbrechung bei den Polen und beim Centrum. Pfuirufe.) Meine Herren! Wenn der Redner so scharf ist, nehme ich ihn zurück. (Bravo!) Aber der Vorredner hat von halbherzigen Interpretationen gesprochen. Wenn ein Jurist in hohem Amte die Ausführungen höherer juristischer Beamter (Widerspruch bei den Polen) so nennt, so ist das auch nicht richtig. Ich meinerseits habe eine ganz andre juristische Auffassung. (Stürmische Heiterkeit bei den Polen.) Artikel 3 der Reichsverfassung sagt nur, daß jeder Deutsche berechtigt ist, Grundbesitz zu erwerben, sagt aber nicht, auf welche Weise der Wohnsitz zu erwerben sei. (Lachen bei den Polen.) Die Bestimmung, die vorliegt, beschränkt auch in keiner Weise das Recht, Grundbesitz zu erwerben. (Lautes Lachen bei den Polen.) Nach den Deduktionen des Vorredners dürfte sich ja überhaupt kein Gesetz auf einzelne Gebenden oder Berufsweige beschränken. Uebrigens bestimmt § 111 des Einführungs-gesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, daß die landes-gesetzlichen Vorschriften unberührt bleiben, die im öffentlichen Interesse das Eigentum beschränken. Ich erlaube an, daß dieses Gesetz eine gewisse Beschränkung des Eigentums mit sich führt. Aber das öffentliche Interesse verlangt das gebietet. Hat denn jemand das Recht, sich mitten auf dem Pariser Platz anzusiedeln! (Lachen bei den Polen.) Das An siedelungs-gesetz sagt auch nicht ein Wort gegen die Polen; es ist nur zur Stärkung des Deutschthums geschaffen. Auch nach diesem Gesetz soll die Gründung von polnischen Kolonien gar nicht verboten, sie soll nur unter eine gewisse Kontrolle gestellt und dort unterfagt werden, wo sie allgemeinen Interessen des Deutschthums zuwiderläuft. Es soll verhindert werden, daß die ungesunde Konkurrenz der Polen die Preise der Güter in den östlichen Provinzen noch höher treibt und das Deutschthum dadurch noch weiter schädigt. Wir verlangen Opfer von den Polen, aber sie müssen sie bringen im Interesse der Gesamtheit, der sie angehören, des preussischen Staates. Sie müssen lernen, sich unter den preussischen Staat zu beugen. Ihr Hauptmittel gegen die Deutschen ist der Boykott. Sie verlangen zum Beispiel von der Kergelammer in Polen, daß alle Kertze für standesunwürdig erklärt werden, die jemals von der Regierung eine Unterstützung angenommen haben. (Sehr wahr! bei den Polen.) Das ist geradezu eine Unverschämtheit! (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Redner verliest dann mehrere von einem Rational-Komitee in An sisch-Polen verbreitete Aufrufe, die auffordern, das Parantum zu kürzen und den größeren Haß gegen das Preussentum zurückzudrängen. Einer dieser Aufrufe schließt mit den Worten: Vorwärts zur Erringung der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! — Redner fährt dann fort: In Chicago wird der Kern einer polnischen Armee ausgebildet, um als Offiziere und Unteroffiziere bei dem künftigen Aufstand zu dienen. (Lautes Lachen bei den Polen.) Sie lachen darüber, aber Sie wissen selbst ganz genau, daß es wahr ist. Gewiß sind alles Phantasien, aber sie sind gefährlich. Ich gebe zu, daß das Gesetz indirekt ein Kampfgesetz gegen die Polen ist, aber wir müssen nach dem Grundtag verfahren: Videoant consules, no quid detrimenti capiat res publica. (Lebhafte Beifall rechts. Rufen bei den Polen.)

Abg. Dr. v. Starzynski (Pole):

Der Titel des Gesetzes müßte lauten: Gesetz betreffend Er-schwerung resp. vollständige Verhinderung der privaten An siedelungen in den polnischen Provinzen unter Gewährung eines Ankaufs- und An siedelungs-monopols für die An siedelungs-kommission. Das ist keine Karodie, sondern nennt nur das Kind beim richtigen Namen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Das Gesetz ist ein historisches Dokument dafür, in welche logischen und moralischen Widersprüche man verwickelt wird, wenn man ein Gesetz konstruieren will, das dem Grundsatz justitia fundamentum regnorum direkt widerspricht. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die Landwirtschaft kann in Polen nur bestehen, wenn die großen Güter parzelliert werden. Daher sind die Großgrundbesitzer angewiesen auf parsame anspruchlose und ehrliche Bauern, ganz gleich ob es Polen oder Deutsche sind. Dieses große Parzellierungswerk kann nicht gelöst werden durch einseitige Bevorzugung der königlich preussischen An siedelungs-kommission. Durch dieses Gesetz will man die Polen verhindern, eine Scholle da zu erwerben, wo die Weibene ihrer Eltern und Ureltern liegen. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Wenn Sie dies Gesetz annehmen, so beweisen Sie damit, daß Sie die Ideale der Gerechtigkeit und des Wohlwollens unter den einzelnen Nationen eben nur als Ideale betrachten und in der Praxis brutale Gewalt anwenden. Wir lassen uns nicht schreden. (Bravo! bei den Polen.)

Landwirtschaftsminister v. Rodzielski:

Ich habe bereits im Herrenhaufe erklärt, daß eine wesentliche Erschwerung für die Begründung neuer An siedelungen in dem vom Herrenhaufe beschlossenen § 17 liegt, wonach in jedem An siedelungs-falle Kirchen- und Schulvorstände zu hören sind. Wir werden uns ja darüber in der Kommission noch verständigen müssen. Nachdem der Staat das große Parzellierungswerk in den Ostprovinzen begonnen hat, ist er natürlich ein Konkurrent für die Parzellierungsbanken geworden. Diese Banken sind bisher rein geschäftlich vorgegangen und haben sich um das Schicksal des einzelnen An siedlers nicht im geringsten gekümmert, ihnen vielmehr die unwürdigsten Bedingungen gestellt. Wir müssen verlangen, daß die Banken, ehe sie besteteln, erst ordentliche Verhältnisse schaffen. Die Polen haben die An siedler zu ihren Feinden gemacht (Unruhe bei den Polen) und ihre materielle Abhängigkeit politisch ausgenutzt. Die Kontrakte der An siedelungs-banken sind häufig sehr rigoros. In einem Falle wurden 1200 Mark pro Hektar verlangt. (Hör! hör!) Ich bin bereit, Ihnen die einzelnen Kontrakte zur Verfügung zu stellen. In den Kontrakten findet sich durchgängig niedrige Anzahlung, hohe Verzinsung des Restausgeldes, Verlust aller aufgewendeten Mühe. Der einzige Zweck des Gesetzes ist, dieser ungesunden Parzellierung entgegenzutreten, durch welche die Leute in Hörigkeit kommen von politischen Parteien. Ich wäre gern bereit, das Gesetz auf alle Provinzen auszudehnen. Es handelt sich in der That um ein Ausnahmegesetz, aber Sie werden zustimmen müssen, daß es berechtigt ist. Der Tag ist leider noch sehr fern, wo die Polen ihre Aspirationen auf die Trennung von Preußen aufgeben werden. Mögen die Herren heute noch für die Polen stimmen, es kommt für Sie alle der Tag (Heiterkeit), wo Sie einsehen werden, daß mit dieser Staatsaktion, die die Polen aufstellen, ein deutsches Preußen nie und nimmer zu erhalten ist. Ich gebe offen zu, daß es sich um ein Ausnahmegesetz handelt.

Mögen die Polen ebenso offen aussprechen, daß sie sich nur im Interesse des Polentums ansiedeln wollen. Aber Sie gehen herum wie die Rabe um den heißen Brei. Im Inneren Ihres Herzens kennen Sie nur den Ruf: Los von Preußen, frei, ein Reich! — Ich weiß nicht, wo die Grenzen sein sollen (Heiterkeit). — Ich hoffe auf die Unterstützung des hohen Hauses, damit wir thatsächlich tätig sind, das Deutschthum in den Ostmarken allezeit hoch zu halten. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Veltsohn (fr. Bg.):

Wir haben verschiedene Bedenken gegen die Vorlage, die in der Kommission zu prüfen sein werden. Die Bestimmungen des § 13 a sind für uns unannehmbar. Das Umwesen der An siedelungs-banken, soweit es besteht, zu belämpfen, sind wir bereit, aber nicht durch Ausnahmegesetze. Daß es sich hier um ein Ausnahmegesetz handelt, wird jetzt allseitig zugegeben, und für Ausnahmegesetze sind wir nicht zu haben. Der Erfolg des Gesetzes ist außerdem nach jeder Richtung hin Unvorsicht. Den Polen ist es nicht verwehrt, von dem deutschen Erwerb das Gut zu kaufen. Die Konsequenz wird auch sein, daß die Polen noch mehr wie bisher in die Städte eindringen, und in diesen liegt der Sitz der Kultur. Durch ein solches Ausnahmegesetz wird der polnische Agitation, die wir alle verurteilen, nur neue Nahrung zugeführt. Ich bin sonst ein sehr ruhiger Mensch; wenn ich heute etwas lebhafter geworden bin, so können Sie daraus entnehmen, für wie schädlich ich diese Bestimmung halte. Ich kann Ihnen nur zurufen: Lehnen Sie den § 13 b ab! (Bravo! links.)

Präsident v. Kröcher schlägt vor, die Debatte abzubrechen und die Sitzung zu vertagen.

Personlich bemerkt

Abg. Hören (L.): Der Herr Minister Freiherr v. Hammerstein hat seine Rede damit begonnen, daß er erklärte, ich habe den Mund sehr voll genommen. Obgleich es bisher den Gepflogenheiten der Herren Minister nicht entsprach, einem Abgeordneten, der in Erfüllung seiner parlamentarischen Pflichten einen abweichenden Standpunkt einnimmt, vorzuwerfen, daß er den Mund sehr voll nimmt, so hat es mich doch beim Minister Frhr. v. Hammerstein nicht gewundert, daß er auch heute wieder diese Gepflogenheit un-beträchtigt lich. Was mich betrifft, so würde mich, wenn ich auch von seiner Rede den Eindruck gewonnen hätte, daß er den Mund sehr voll genommen hat —

Präsident v. Kröcher: Was Sie jetzt sagen, ist nicht persönlich.

Abg. Hören (fortfahrend) — mein Tagesspühl hindern, auszusprechen, daß der Minister den Mund voll genommen habe. Der Minister hat mir dann weiter vorgeworfen, daß ich als Staatsbeamter den Mund vollgenommen habe. Ist er wirklich parlamentarisch so un-erfahren, daß er noch nicht weiß, daß wir hier nicht als Staats-beamte, sondern als Abgeordnete sprechen?

Präsident v. Kröcher: Auch diese Bemerkung ist im Rahmen einer persönlichen Bemerkung unzulässig.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung, erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Dienstbezüge der Kreis-Ärzte, kleinerer Vorlagen.)

Schluß gegen 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. Die Kommission prüfte zunächst die Wahl des Abg. Meier-Jobst (fr. Bg.) Wahlkreis Lippe-Deimold. In der Stichwahl erhielt Meier-Jobst 8672 Stimmen, Veder (Soz.) 4190. Ein gegen die Wahl gerichteter socialdemokratischer Protest behauptete, die Auslegung und endgültige Vollziehung der Wahlerlisten sei nicht, wie § 3 des Reglements zum Wahlgesetz dies vorschreibe, von den Gemeindebehörden, sondern durch die städtischen Verwaltungsämter erfolgt. Das Aktenmaterial ist in dieser Beziehung unvollständig und ergibt keinen Aufschluß. Die Kommission beschließt daher, zunächst das fehlende Aktenmaterial, sowie eine Auskunft von der Lippeischen Regierung über die Kompetenz der Gemeindebehörden beziehungsweise deren Funktionen mit Bezug auf § 3 des Reglements zum Wahlgesetz einzufordern. Die Beratung über die Wahl wird bis zum Eingang des Materials ausgesetzt.

Dann trat die Kommission in die Prüfung der Wahl des Abg. Horn (natl.), Wahlkreis Goslar-Zellerfeld, ein. In der Stichwahl erhielt Horn 11 450, Leinert (Soz.) 9170 Stimmen. Ein gegen die Wahl gerichteter Protest ging am 11. Dezember beim Reichstage ein, behauptete im allgemeinen, es seien Wähler versamlungen verboten worden; ferner betonte er, es sei Mißbrauch des amtlichen Einflusses, ungesetzliche Wahlkontrolle, Ausweisung von Wählern aus Wahllokalen vorgekommen und rügte mangelhafte Wahllisten. Für das Vereismaterial für diese allgemeinen Behauptungen kündigte der Protest einen Nachtragsprotest an, der aber erst am 11. Januar 1904 beim Reichstage einging.

Nach längerer Debatte über die prinzipielle Frage, ob solche Nachträge als Ergänzungen anzusehen seien, war die Kommission der Meinung, daß Ergänzungen nur auf positive Protestangaben Bezug haben dürften. Der Nachtragsprotest vom 11. Januar enthalte aber positive Angaben, die im Hauptprotest nicht enthalten seien; daher hätte dieser Protest bis spätestens am 13. Dezember 1903 beim Reichstage eingehen müssen. Da der spätere Eingang nicht den Bestimmungen des § 4 der Geschäftsordnung des Reichstags entspreche, lehne es die Kommission ab, den Protest als zu Recht bestehend anzusehen. Der erste Protest ist nicht genügend substantiiert, deshalb wurde die Wahl Horns darauf für gültig erklärt. Nächste Sitzung Mittwoch, 11. Mai.

Die Reklause-gesetz-Kommission erledigte am Dienstag ihre Arbeiten. Die Kommission stellte sich einmütig auf den Boden der Vorlage, die eine schärfere Belämpfung der immer bedrohlicher werdenden Reklause-gesetz vorzieht. Der einzige strittige Punkt von

größerer Bedeutung betrifft die Frage der Entschädigung für die im Interesse der Seuchenbekämpfung vernichteten Reispflanzen und erlassenen Anbauverbote. Die Vorlage will den Bundesstaaten die Möglichkeit offen lassen, eventuell die Gemeinden oder Interessentenverbände zur Entschädigung heranzuziehen. Dem entgegen war die Mehrheit der Kommission der Ansicht, daß bei der schweren Existenzerschütterung, die die Reblausseuche für die betroffenen Bezirke bedeute, die Gesamtheit helfend eintreten müsse. Prinzipiell kann man diesem Standpunkt zustimmen, soweit es sich dabei um wirtschaftlich schwache Existenzen handelt. Gegenüber einem Antrage des Centrums aber, der innerhalb der verschiedenen Arten der Entschädigungen komplizierte Unterscheidungen trifft und nur für einen Teil derselben die Landesstaaten reichsübergreifend verpflichtet will, ist die Regierungsvorlage entschieden vorzuziehen. Die den Einzelstaaten die Regelung der ganzen im Detail sehr schwierigen Entschädigungsfrage überläßt. Aus diesem Grunde haben unsere Vertreter den von der Mehrheit angenommenen Centrumsantrag abgelehnt.

Rechen-Kommission. Im Abgeordnetenhaus tagte heute die Kommission zur Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen gegen das Stilllegen von Kohlenbergwerken. Der Oberberghauptmann gab ein Bild der Verhältnisse, welche zum Aufgeben des Abbaues verschiedener Rechen geführt haben. Unverständlich sei ihm das Aufgeben der Reche „Eiberg“, welche unter durchaus günstigen Verhältnissen gearbeitet hat. Die Einstellung der Arbeit sei bisher noch nicht erfolgt, sie werde aber in etwa zwei Jahren erwartet und voraussichtlich eine Schädigung der verschiedenen Interessenten nach sich ziehen. Mit Ausnahme von „Eiberg“ handele es sich um Gruben, die nicht unter günstigen Verhältnissen gearbeitet haben. Nicht das, was geschehen sei, sondern was in der Zukunft zu erwarten sei, gebe Anlaß zur Verurteilung. Wenn das Stilllegen von Rechen nicht weiter um sich greife, werde von einer bedeutenden Schädigung keine Rede sein können, jedenfalls werde die entstandene Aufregung und Enttäuschung die gute Folge haben, daß man in Zukunft mit dem Stilllegen von Rechen vorsichtiger vorgehen werde.

Ein Mitglied der Kommission wünscht die Anschauung des Ministeriums des Innern zu kennen über den Einfluß der Arbeitseinstellung auf die Gemeinden. Ein Vertreter des betr. Ministeriums sagt eine schriftliche Darlegung des Materials zu. Ein andres Mitglied der Kommission wünscht ebenfalls eine Darlegung der voraussichtlichen Gestaltung der Verhältnisse und der Schritte, welche die Regierung in dortiger Gegend zu thun gedenkt. Der Minister erklärt, es sei jetzt noch verfrüht, an ernste Maßnahmen zu denken, sollte sich das aber als nötig erweisen, so werde die Regierung nicht zögern, mit den Bestimmungen des Berggesetzes zu brechen und neue Bestimmungen zu treffen.

Ein Mitglied schlug vor, vor der Weiterberatung zunächst die von der Regierung in Aussicht gestellten Materialien abzuwarten. Dementsprechend wurde beschlossen. Die nächste Sitzung soll nach Pfingsten stattfinden.

Aus Industrie und Handel.

Das Ende der Berliner Bank.

Die Übernahme der Berliner Bank durch die Deutsche Bank wird fast von der gesamten Presse als eine Transaktion bezeichnet, die sowohl im Interesse der Deutschen Bank als der Aktionäre der Berliner Bank liegt. Die Deutsche Bank gewinnt eine nicht unbeträchtliche Erweiterung ihres Kundenkreises und dringt in die Schichten des Berliner mittleren Handels ein, in welchem sie bisher nur wenig Boden besaß, während für die Berliner Bank der Anschluß an die Deutsche Bank eine Lösung so mancher Schwierigkeiten bedeutet, die sich seit dem Ausbruch der Krise entwickelt hatten und ein gedeihliches Wirken des Instituts gegenüber den sich immer mehr ausdehnenden, alle profitableren Geschäfte an sich ziehenden Riesenbanken erschwerten. Dazu kam in letzter Zeit noch die Helios-Affaire, die dem Renommee der Berliner Bank einen weiteren harten Schlag verfehrte.

Entstanden ist die Berliner Bank im Jahre 1889, als nach der Depression der Jahre 1886/87 sich die geschäftliche Lage wieder günstiger gestaltete. Die Gründung erfolgte damals unter Übernahme der Berliner Handelsbank, einer kleinen Genossenschaftsbank mit einem Kapital von einer Million Mark. Die Berliner Bank begann ihre Tätigkeit mit einem Aktienkapital von fünf Millionen Mark, und die Futuroelle der damaligen Prosperität brachte sie schnell empor, so daß sie bereits im Jahre 1891 ihr Aktienkapital auf 7 1/2 Millionen Mark erhöhen konnte. Die nachfolgenden Jahre des wirtschaftlichen Niederganges blieben auch auf sie nicht ohne Einfluß, schädigten sie aber doch im ganzen nur wenig, da sie sich hauptsächlich im Anschluß an die Traditionen der Handelsbank der Pflege des Kreditgeschäfts in den mittleren und kleineren Handelstreifen gewidmet hatte. Und als dann die letzte Aufschwungsperiode in sonnigem Glanze aufstieg, verspürte auch sie erneute Lust, sich zu reden und dehnen, um an dem herabfallenden Goldsegen teilzunehmen. Im Jahre 1897 erfolgte die Erhöhung des Aktienkapitals auf 20, 1898 auf 30 und im nächsten Jahre auf 42 Millionen Mark. Aber die Kapitalerhöhungen waren zu schnell auf einander gefolgt, die Verwaltung hatte allzu optimistisch auf die Fortdauer der Hochkonjunktur gerechnet. Als in 1900 die Krise hereinbrach, da zeigte sich, daß die Bank doch nicht genügend sicheres Terrain für die sich überfüllenden Kapitalvermehrungen zu erobern vermocht hatte; sie hatte sich vielmehr stark an risikanten industriellen Unternehmungen beteiligt. Die Folge war, daß sie schwere Schläge durch die Krise erlitt. In 1901 mußte sie 1 352 044 M., in 1902 788 084 M. und in 1903 594 121 M. für außerordentliche Abschreibungen aufwenden, und die Dividende, die in den Jahren 1898 und 1899 auf je 7 Proz. gestiegen war, ging in 1900 auf 5 Proz. und in 1901 auf 2 Proz. zurück, während sie sich in 1902 auf 3 1/2 Proz. und in 1903 auf 4 Proz. stellte.

Weniger zufrieden mit dem Übergang an die Deutsche Bank als die Aktionäre dürften die ungefähr 300 Angestellten der Berliner Bank sein; denn die Verwaltung hat es unterlassen, die Bedingung zu stellen, daß sie von der Deutschen Bank übernommen werden. Einen Teil wird wohl die Deutsche Bank in ihren Betrieb übernehmen, zumal ein großer Teil der Depositenklassen der Berliner Bank erhalten bleiben soll; die große Mehrzahl der Beamten aber wird sich anderwärts Unterlust suchen müssen. Dieses Abtreten der Berliner Bank weist ein trübes Licht auf die Verwaltung, um so mehr, als sie mit sehr geringen Opfern den Angestellten weitere Beschäftigung hätte sichern können, im eignen pekuniären Interesse aber darauf verzichtete. Die „Morgenpost“ erfährt nämlich (allen Anschein nach aus den Kreisen der Bankbeamten selbst), daß die Verhandlungen mit der Kommerz- und Diskontobank schon so gut wie perfekt waren, als die Deutsche Bank ein höheres Gebot machte und den Zuschlag erhielt. Die Kommerzbank wollte nicht die Auflösung der Berliner Bank, sondern hatte sich sogar verpflichtet, sämtliche Beamte zu übernehmen. Aber der Aufsichtsrat konnte diese Offerte, die auf 90 Proz. lautete, so mäßig sie für die Angestellten gewesen wäre, nicht annehmen. Denn — man höre und staune — die im Aufsichtsrat vertretenen Großaktionäre hätten infolgeamt 1,85 Proz. weniger, d. h. auf das ganze Aktienkapital 777 000 M. weniger erhalten. Für diese Silberlinge wurden die Angestellten dem traurigen Lose preisgegeben.

Sie gelebt, so geendet.

Zur Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie. Die Tagung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie hier in Berlin und die am Sonntag vom Finanzminister v. Rheinbaben vorgenommene Ein-

weisung des neuen Instituts für Zuckerindustrie“ in der Arcuerstraße giebt Veranlassung zu der Frage, wie sich seit dem Inkrafttreten der Brüsseler Konvention die Produktion, sowie die Ein- und Ausfuhrverhältnisse der deutschen Zuckerindustrie entwickelt haben. Ist auch die Zeit, die seit dem September vorigen Jahres verlossen ist, noch zu kurz, um schon jetzt ein Urteil über die Wirkungen der Konvention zu erlassen, so liefert doch der bisherige Entwicklungsverlauf immerhin einen Anhalt dafür, wie sich voraussichtlich die nächste Zukunft der deutschen Zuckerindustrie gestalten wird.

Nach der Statistik hat zwar die Ausfuhr abgenommen, dafür aber der Verbrauch des deutschen Inlandsmarktes nicht unbeträchtlich zugenommen, so daß sich als Endresultat eine ansehnliche Produktionssteigerung der deutschen Zuckerindustrie seit dem Inkrafttreten der Konvention ergibt. Auf Rohzucker reduziert betrug die Gesamtanfuhr vom September/März 1903/04 = 4 880 061 Doppelcentner gegen 5 400 130 Doppelcentner im gleichen Zeitraum 1902/03, so daß die Ausfuhr um 520 069 Doppelcentner abgenommen hat. Dagegen war der Verbrauch für September/März 1903/04 in Rohzuckerwert 6 694 349 Doppelcentner gegen 4 826 319 Doppelcentner, die in den gleichen Monaten 1902/03 abgeliefert worden sind. Der Verbrauch hat also um 1 868 030 Doppelcentner zugenommen, so daß der Fehlbetrag der Ausfuhr durch den Mehrverbrauch im Inlande voll gedeckt wird. Zieht man die Verminderung der Ausfuhr von dem vermehrten Verbrauch ab, so ergibt sich noch immer eine Mehrverwendung von 1 386 961 Doppelcentner.

In welcher Weise sich der Konsum der deutschen Bevölkerung gehoben hat, zeigt folgende Berechnung. Mitte des Jahres 1902 stellte sich, unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Vermehrung der Bevölkerung des deutschen Zollgebiets auf 57,93 Millionen Personen, die in der Zeit vom September 1902 bis Ende März 1903 4 826 319 Doppelcentner Zucker verbraucht oder pro Kopf 8,33 Kilogramm. Mitte 1903 betrug die Bevölkerung 58,78 Millionen Menschen, der Konsum von September 1903 bis März 1904 6 694 349 Doppelcentner, der Verbrauch pro Kopf in diesem Zeitraum also 11,38 Kilogramm. Die genaue wirtliche Zunahme des Konsums weist diese Rechnung nicht nach; sie liefert nur ein annähernd richtiges Resultat, zeigt aber doch, wie sehr der Zuckerkonsum durch den eingetretenen Preisfall gefördert worden ist.

Seehandlung. Fast zugleich mit dem Beschluß der Deutschen Bank, ihr Aktienkapital auf 180 Millionen Mark zu erhöhen, ist dem preussischen Abgeordnetenhaus eine Regierungsvorlage zugegangen, die eine Erhöhung des Grundkapitals der königlichen Seehandlungsgesellschaft um 65 Millionen Mark, also auf beinahe 100 Millionen Mark fordert. Schon bei der Beratung des diesjährigen Etats des Finanzministeriums im Abgeordnetenhaus hatte Herr v. Rheinbaben einen solchen Antrag angekündigt und im Voraus damit motiviert, daß die Erhöhung des Kapitals zu dem Zwecke erfolge, die Seehandlung in den Stand zu setzen, regulierend auf die Kurse der Staatsanleihen einzuwirken.

Die jetzt eingelaufene Gesetzesvorlage hat folgenden Wortlaut: § 1. Das eigne Kapital der Seehandlung wird um 65 Millionen Mark erhöht. § 2. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Verwirklichung des Erhöhungskapitals Staatsschuldverschreibungen auszugeben. An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergehend Schapanweisungen ausgegeben werden. Der Fälligkeitstermin ist in den Schapanweisungen anzugeben. Der Finanzminister wird ermächtigt, die Mittel zur Einlösung dieser Schapanweisungen durch Ausgabe von neuen Schapanweisungen und von Schuldverschreibungen im erforderlichen Ueberschuß zu beschaffen. Die Schapanweisungen können wiederholt ausgeben werden. Schapanweisungen oder Schuldverschreibungen, die zur Einlösung von fällig werdenden Schapanweisungen bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsanleihen auf Anordnung des Finanzministers 14 Tage vor dem Fälligkeitstermin zur Verfügung zu halten. Die Verzinsung der neuen Schuldverschreibungen darf nicht vor dem Zeitpunkt beginnen, mit dem die Verzinsung der einzulösenden Schapanweisungen aufhört. Wenn, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuß, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kursen die Schapanweisungen und die Schuldverschreibungen verausgabt werden sollen, bestimmt der Finanzminister.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Von der Lohnbewegung der Steinbildhauer. In einer gut besuchten Steinbildhauer-Versammlung, die am Montag im Gewerkschaftshause tagte, erstattete die Lohnkommission Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit den Chefs. Unfaßbar konnte der Bericht noch nicht sein. Einige Bildhauermeister haben teils die Forderungen anerkannt, teils die Anerkennung in Aussicht gestellt mit der Maßgabe, erst sehen zu wollen, wie die Verhandlungen mit der Steinmetz-Junung ausgingen. Der Bildhauer Rüdels, der zum Teil schon höhere Löhne zahlt, wehrt sich zunächst noch gegen die Anerkennung des Minimallohns von 7,50 M. Eine Unterredung mit dem Junungsvorsitzenden, Herrn Dittmer, ergab noch kein Resultat. Die Junung will diese Woche erst eine Versammlung abhalten. Herr Dittmer stellte der Kommission anheim, zunächst einmal mit den einzelnen Steinmetzmeistern zu verhandeln. Herr Dittmer selber machte Bedenken namentlich gegen die allgemeine Durchführung des Siedenbuh-Verfahrens geltend, obwohl dieser nur auf zwei Steinmetzplätzen noch nicht eingeführt ist und aus der allgemeinen Durchführung den Meistern keinerlei Kosten daraus erwachsen würden. Auch der Durchführung einer allg. e. n. e. n. Löhnerhöhung steht er abwehrend gegenüber. Das letzte Wort meinte er, brauche aber noch nicht gesprochen sein. — Verhandlungen mit weiteren Unternehmern schweben noch. Die Lohnkommission schlägt vor, noch eine Woche zu warten, bevor endgültige Beschlüsse gefaßt werden, damit den Gehilfen nicht vorläufiges Borgehen vorgeworfen werden könne. Man möge der Kommission erst weitere Verhandlungen ermöglichen.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung ist dafür, der Kommission das volle Vertrauen zu schenken und im Sinne derselben zu beschließen, die letzte Frist auf den nächsten Montag festzusetzen. Montag sollen in der Versammlung bestimmte Beschlüsse gefaßt werden.“

Achtung! Schuhbinder und verwandte Berufsgenossen!

Wie bekannt sind unsre Kollegen in Dänemark längere Zeit von den dortigen Unternehmern ausgesperrt; ein Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen. Die Unternehmer versuchen jetzt in Deutschland und auch hier in Berlin Streikbrecher anzuwerben. Die Firma Armin Kraß, Alexandrinenstraße 95/96, hat die Vermittlerrolle übernommen.

Die Kollegen werden wissen, daß derartigen Angeboten nicht stattgegeben werden kann. Sorge jeder dafür, daß sich kein Kollege als Streikbrecher nach Dänemark anwerben läßt! Haltet den Zugang fern!

Etwas in den Werkstufen gesammelte Gelder wolle man zur weiteren Uebernüttelung auf unterm Bureau, Engel-Ufer 15, abliefern.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Schuhbinderverbandes.

Deutsches Reich.

Der Streik im Brauerei-Gewerbe zu Hamburg

umfaßt etwa 1400 Personen. Schon seit längerer Zeit unterhandelten die Brauerei-Arbeiter mit dem Brauerei-Ring um eine zeitgemäße Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Ringbrauereien verhielten sich jedoch ablehnend und machten gegenüber den Forderungen der Arbeiter sogar ein Angebot, das gegen die jetzigen Verhältnisse eine Verschlechterung bedeutete. Um des lieben Friedens willen reduzierten nun die Arbeiter ihre Forderungen, fanden aber trotzdem bei den Brauereien, denen der Tarif in der neuen Form am Montag früh einzeln vorgelegt wurde, kein

Entgegenkommen. Nur die Brauerei Postelmann in Elmblättel, wo 21 Personen in Betracht kommen, bewilligte die Forderungen.

Verlangt wird eine effektive Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden in einer Arbeitsperiode von 11 1/2 Stunden täglich, für Ställeute eine 10stündige Arbeitszeit, für Kutscher eine Ueberzeit-Vergütung, wenn ihre Tour die Dauer von 12 Stunden überschreitet. An Löhnen sollen erhalten: Brauer: Einheitslohn von 32 M. pro Woche. — Ripper: Einheitslohn von 32 M. pro Woche. — Hilfsarbeiter und Ställeute, Anfangslohn 24 M. pro Woche, nach einem Vierteljahr 25 M., nach einem Jahr 26 M. pro Woche. Der Lohn für sechs Arbeitstage. — Flaschenbier-Arbeiter: Anfangslohn 20 M. pro Woche, halbjährlich 1 M. mehr bis zum Höchstlohn von 24 M. — Malzmeister, Heizer: Einheitslohn von 30 M. pro Woche. — Flaschenbierkutscher: Wochenlohn 30 M. (inklusive Gehrgeld). — Kaffeebierkutscher: Wochenlohn 28 M. und 2 M. Gehrgeld pro Tag. Bei sämtlichen vorgenannten Kategorien ist dieses der Minimallohn für sechs Wochentage. — Der vorgelegte Vertrag enthält dann noch eine Reihe von Specialbestimmungen und sollte Gültigkeit haben bis zum 31. März 1907.

In einigen Brauereien stößt der Betrieb völlig, da auch die Malzmeister und Heizer ihre Posten verlassen. In der Bavaria-Brauerei streikt sogar der Portier, der durch Angestellte der Nach- und Schließgesellschaft ersetzt wurde. Bierreisende, Dienstmädchen und Comptoirpersonal werden mit Flaschenbier beschäftigt und die Herren Kaufleute fahren auch Bier aus. — Da die Herren Kaufleute sich im Fahren so ungeschickt erwiesen, daß deswegen bereits Sistierungen erfolgen mußten, werden sie den Karren der Ringbrauereien scharflich aus dem Dreck herausbelonnen!

Eine Bergarbeiter-Konferenz für das Ruhrgebiet ist auf den Himmelfahrtstag nach Essen einberufen. Zur Beratung steht: Die Stilllegungen der Ruhrgruben und die Bergleute. Diese Konferenz wird zweifellos sehr stark besucht werden und auch für die Öffentlichkeit interessant sein, da dort Hochleute über die behauptete „Unrentabilität“ der Rechen und die Notwendigkeit der hohen Kohlenpreise sprechen. — In Siegel wird am Sonntag eine Bürgerversammlung für das ganze südliche Ruhrgebiet tagen zwecks Gründung eines Abwehr- und Schutzverbandes.

Zur Bauarbeiter-Bewegung in Nürnberg-Büch. In Büch sind die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband des Bau-gewerbes wegen der früher schon mitgeteilten Forderungen ge-schleitet. Die Unternehmer wollen sich nicht an einen bestimmten Lohnsatz binden und die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit nicht zugestehen, weil sonst auch andere Berufe solche Forderungen stellen würden. Sie stellen eine kleine Löhnerhöhung in Aussicht, die sie nach Guldänen festlegen wollen; ferner wollen sie vom nächsten Oktober oder 1. Januar 1906 die 58stündige Arbeitszeit einführen. Eine Versammlung der Maurer und Steinhauer lehnte dies einstimmig ab, so daß es wohl zum Kampfe kommen wird. Einzelne Unternehmer haben die Forderungen ohne weiteres bewilligt.

Ein Maurerstreik ist in Schweinfurt ausgebrochen und in Wahrenth stehen die Sülkateure in einer Lohnbewegung.

Die Brauer der Rißingerischen Brauerei in Erlangen traten in den Ausstand.

Ausland.

Zwischen den Coiffeur-Principalen und den Gehilfen in Bern sind Vereinbarungen festgelegt worden, wonach die Principale den Gehilfen 24 Stunden an Sonntagen und zwar für das ganze Jahr bewilligen. Außerdem wird jedem Gehilfen ein freier Tag pro Woche gewährt.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Am Palais des Gouverneurs der Provinz Antwerpen fand am Sonnabend die bereits erwähnte Zusammenkunft der Kammervertreter der Stadt Antwerpen statt. Es nahmen daran teil: vier katholische Abgeordnete, ein liberaler und der sozialdemokratische Abgeordnete Yarbagnie; außerdem waren vier Vertreter der Arbeiter- und drei der Arbeitgeber: Bartels, Komer und de Man, anwesend. Nach ungefähr vierstündiger Beratung legten die Abgeordneten den Vertretern der Parteien ihre Vorschläge vor, die darauf hinausgingen, daß 300 Lehrlinge direkt zugelassen werden und in den folgenden Jahren die Zahl der Lehrlinge durch eine gemeinsame Kommission festgesetzt wird, ferner, daß vom 1. Januar 1906 der Reumstundentag eingeführt wird und schließlich, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden und der Diamantarbeiter-Verband solche Arbeitsniederlegungen nicht unterstützt, die etwa dadurch entstehen, daß Organisierte nicht mit Unorganisierten zusammenarbeiten wollen. Die Vertreter der Parteien werden diese Vorschläge am Mittwoch den Verhandlungen ihrer Organisationen unterbreiten. Am Donnerstag findet eine neue Zusammenkunft der Abgeordneten statt, die sich mit der Antwort der Parteien befassen soll. — Die Zahl der Mühlen, an denen unter Verbandsbedingungen gearbeitet wird, wurde Ende voriger Woche für Antwerpen auf 1623 angegeben.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Delegiertenversammlung des schweizerischen Arbeiterinnenvereins, die am Sonntag in Zürich tagte, sprach sich durch Annahme einer Resolution für die Freigabe des Sonnabendnachmittags aus. Ein anderer Beschluß verlangt die Anstellung weiblicher Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren. Ferner wurde noch beschlossen, Hand in Hand mit den bürgerlichen Frauen das Stimmrecht für Kirche und Schule zu fordern. Endlich wurde der Beschluß gefaßt, daß der Arbeiterinnen-Centralverband dem allgemeinen Gewerkschaftsbund beitrete.

Marktpreise von Berlin am 9. Mai 1904

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis	
*Weizen, gut D.-Gr.	17,30	17,28	Maize, neue D.-Gr.	7,00
" mittel	17,25	17,24	" alt	6,80
" gering	17,22	17,20	" alt	6,60
*Roggen, gut	13,00	—	Schweinefleisch	1,60
" mittel	—	—	" alt	1,50
" gering	—	—	" alt	1,40
†Gerste, gut	14,20	13,10	Butter	2,60
" mittel	13,00	11,90	" alt	2,40
" gering	11,80	10,80	" alt	2,20
†Hafer, gut	14,80	13,90	Hale	2,80
" mittel	13,80	12,90	" alt	2,60
" gering	12,80	11,90	" alt	2,40
Richtstroh	—	—	" alt	2,20
Neu	—	—	" alt	2,00
Erbsen	40,00	28,00	" alt	1,80
Speisebohnen	50,00	26,00	" alt	1,60
Linsen	60,00	25,00	" alt	1,40

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 10. Mai 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Emmende	757	SW	4	bedeckt	8	Saparanda	755	SW	2	Schnee	1
Hamburg	756	SW	5	Regen	7	Petersburg	750	SW	3	bedeckt	6
Berlin	759	SW	3	Regen	7	" " "	—	—	—	—	
Frankf. a. M.	762	SW	3	bedeckt	9	Aberdeen	761	SW	3	bedeckt	6
München	765	SW	3	halb bb.	9	Paris	760	SW	3	bedeckt	12
Wien	766	SW	3	milteil.	11						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 11. Mai 1904.

Etwas mürmer, vielstark heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, den 11. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus, Ramon.
Neues Operntheater, D'Allo, der Moor von Benedig.
Deutsches. Der Warrer von Reichfeld.
Berliner. Der jüngste Leutnant.
Lefling, Rabenstreich.
Wetten, Utopie.
Central. Der Sonnenvogel.
Belle-Alliance. Kamrad Lehmann.
Neues. Kabale und Liebe.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Lumpacivagabundus.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt).
Gauline.
Kleines. Fräulein Julie.
Residenz. Die 300 Tage.
Trionon. Das elfte Gebot. Hieraus: Der Dieb.
Carl Veith. Mutterlegen.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Durch Klippen und Wälder.
Berliner Herzen.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten.
Gebirg. Herrnsfeld. Gastspiel der Legation.
Der Dorfparter.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vossage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenztraße 48/49.
Um 4 Uhr: Aus dem Haushalt der freien Natur.
Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Invalidentheater 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Kabale und Liebe.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr: Gastsp. Paola Worm:
Der Sonnenvogel.
Operette in 3 Akten v. G. Holländer.
Morgen und folgende Tage: **Der Sonnenvogel.**
Sonntag, Montag 8 Uhr habe
Frei: **Der Sonnenvogel.**

Residenz-Theater

Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gouault
und R. Garbay.
Deutsch von Alfred Hofm.

Belle-Alliance-Theater.

(Jean Stern und Alfred Schönfeld.)
Im Theater 7 1/2 Uhr:
Kamrad Lehmann.
Große militärische Ausstattungsgasse
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Im Garten:
Kur dreimaliges Gastspiel der

Marine-Jugend-Kapelle

in Original Kieler Matrosen-Uniform.
Himmelfahrtstag Anfang 5 Uhr.
Freitag, Sonnabend Anfang 6 Uhr.
Entrée 20 Pf., reserv. Platz 40 Pf.
Saisonkart. u. Duzenbeste a. d. Kaffe.

Apollo-Theater.

Abends 7 Uhr:
Gartenkonzert.
Abends 8 Uhr:
Das neue Mai-Specialitäten-Programm.
8 1/2 Uhr:

Liebesgötter.

2. Bild: **Pans Liebesnacht.**
Grosses Ballet.
Im dritten Bild:
Der Götterzug
und die
Sensations-Apotheose:
„Im Tempel der Glückseligkeit“.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue
in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Casino-Theater.

Lehringstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2
8 Uhr: Durch Klippen und Wälder.
8 1/2 Uhr: Korn und Bohlen als Mimiker.
Santana - Los Aleros.
9 1/2 Uhr: Berliner Herzen.
Himmelfahrtstag 4 Uhr: Bärlische
Bewandte etc.
Schlussvorstellung: Montag, den
16. Mai.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Fräulein Julie.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtsyl.**

Urania.

Taubenzstr. 48/49.
Um 4 Uhr im Theater (kl. Preise):
Aus dem Haushalt der freien Natur.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidentheater 57/62.

P. CASTAN'S
PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Die zusammengewachsenen
Schwwestern.
Der Weltfriede.
Kassandra, das delphische Orakel?

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr - Anfang
der Abendvorstellung 8 Uhr.
Das glänzende Mai-Programm:
Paul Corradini
Tanz-Komiker.
John Siems
Karten- und Münzen-Manipulator.
14 erstklassige Nummern.

Trionon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich-
und Unterstadtstrasse.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Herauf: **Der Dieb.**
Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Grosse Franzfurterstr. 132.
Mutterlegen.
Schauspiel in 5 Akten von Friedrich.
Anfang 8 Uhr. Morg. nachm. 3 Uhr:
Der Totschläger. Abends: **Kauf.**
Im Garten: Große Spezialitäten-
Vorstellung. 4 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute geschlossen!
Donnerstag (Himmelfahrtstag):
Der Nasenstüber.
Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 73, Ecke Alexanderstrasse.
Täglich: **Witzreden v. Carl Stephan,**
die festsche Ranon, Herrn. Drenkel,
Gefasin, Lederer, G. u. G. Bernhardt,
Rote Brandt, Paul Revée. Neu!
Die Tante und Polzin. Voffe mit
Gesang in 1 Akt. Nach der Vorstell.:
Wittmo, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**
Auf. Wochent. 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Sanssouci.
Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche
Sänger.
Nach jeder Solree:
Tanz.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
Norddeutsche Humoristen
und Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Wittmoabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen
v. Johann Kestner. Musik v. R. Müller.
Donnerstagabend 8 Uhr:
College Grampton.
Freitagabend 8 Uhr:
Haus Rosenhagen.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstadt-Theater).
Wittmoabend 8 Uhr:
Pauline.
Berliner Komödie in drei Akten von
Georg Dirschfeld.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Pension Schöller.
Freitagabend 8 Uhr:
Pension Schöller.

Brauerei Friedrichshain
früher Lippa (Defonem: E. Niemann), am Königsthor.
Grösster Konzert-Saal und Garten Berlins.
Heute sowie nur noch einige Tage:
Konzert von
Johann Strauss aus Wien
Dirigiert von F. und I. österreichischen Hofkapellmeister
mit seiner gesamten Kapelle. 50000
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Referent: Platz 1. Markt.

Achtung, Bäckerstreik!

Bürger! Arbeiter! und besonders Ihr Hausfrauen!
Unterstützt die streikenden Bäckerei-Arbeiter in ihrem schmerzhaften Kampfe zur Eringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen! Kaufft nur Brot aus den Bäckereien, in denen unsere bescheidenen Forderungen erfüllt werden!

- Folgende Bäckereien sind geregelt und werden in diesen die geforderten Bedingungen erfüllt:
- Berliner Genossenschafts-Bäckerei, Neue Poststr. 18.
 - Neue Berl. Genossenschafts-Bäckerei, Dammstr. 18.
 - Paul Müller, Marienburgerstr. 48.
 - Ernst Pfeiffer, Babelsbergstr. 24.
 - Johann Thiel, Franzstr. 45.
 - Alb. Wolff, Graupstr. 28.
 - Max Lorenz, Rheinsbergerstr. 28.
 - Gossmar, Swinemünderstr. 80.
 - Fr. Ribbenstahl, Böttcherstr. 25.
 - Oswald Grossmann, Swinemünderstr. 27.
 - M. Mannel, Swinemünderstr. 27.
 - M. Hölzelbarth, Fehrbellinerstr. 27.
 - do. Boppel-Weiler 14.
 - F. Mittelbach, Schönholzerstr. 5.
 - F. Baake, Ruppinerstr. 8.
 - Dollma, Heinersdorferstr. 12.
 - H. Schmidt, Prinzenallee 53.
 - A. Danzelik, Wilhelmshöfenerstr. 16.
 - W. Starosta, Koppenstr. 49.
 - Paul Heinzelmann, Mühlenerstr. 25.
 - fr. 30.
 - H. Proell, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 20.
 - Otto Minuth, Steinf. 18.
 - G. Schulz, Charlottenburg, Gauerstr. 17.
 - W. Köpcke, Friedrichsberg, Scharrnweberstr. 37.
 - P. Torgefer, Charlottenburg, Querf. 40.
 - Georg Scholl, Charlottenburg, Goethestr. 25.
 - H. Bauengörstel, Reinickendorf, Pöppelstr. 51.
 - A. Höbner, Schwedterstr. 52.
 - Wilhelms-Brotfabrik, Hindenburgstr. 32.
 - Jakob Berklick, Brunnenstr. 161.
 - G. Heinig, Bräuerstr. 14a.
 - K. Kell, Wartenstr. 9.
 - E. Engel, Neu-Weihensee, Gultau-Abd. 7.
 - Robert Seyffer, Bantow, Schönholzerstr. 7.
 - J. Küffner, Amalienstr. 7.
 - Oskar Hanka, NO., Grefenwallberstr. 12.
 - Fritz Hanka, N., Gamanerstr. 1a.
 - do. Samariterstr. 11.
 - A. Zapp, Friedrich-Wilhelmstr. 20.
 - J. Czawonka, Dunderstr. 2.
 - B. Sehnert, Bräuerstr. 38.
 - O. Kohers, Neue Poststr. 28.
 - A. Genowick, Blumenthalstr. 6.
 - A. Voigtländer, Witzdorf, Berlinerstr. 20.
 - R. Richter, Rixdorf, Ruelbedstr. 68.
 - C. Schönherr, Oberbergerstr. 46.
 - R. Sanftleben, Rixdorf, Steinmetzstr. 39.
 - L. Schwanz, Ziegel, Schöperstr. 59.
 - O. Möhrke, Charlottenburg, Leibnizstr. 39.
 - A. Fach, Clausstr. 10.
 - A. Matthe, Wilhelmshöfenerstr. 17.
 - Rabatt-Sparverein Süd-Ost, Kottbuserstr. 114.
 - W. Polez, SW., Bergmannstr. 14a.
 - F. Bartel, NW., Jagowstr. 10.
 - H. Hoff, NO., Wäbingerstr. 68.
 - Gedr. Hagen Nachfolg., Dallborferstr. 16.
 - F. Jonscher, N., Schulstr. 37.
 - K. Graul, N., Anklamerstr. 36.
 - G. Seidel, N., Kramlerstr. 24.
 - M. Herrmann, Bronnauer Allee 203.
 - O. Schapow, SW., Ziegelstr. 71.
 - R. Hoffmann, Schöneberg, Bismarckstr. 3.
 - H. Heise, Breitenbergerstr. 8.
 - F. Kirshagen, Angermünderstr. 3.
 - Brotfabrik „Vorwärts“, Kopenickstr. 3.
 - P. Friedrichs, Friedrichsberg, Wartenbergstr. 2.
 - H. Hshage, Neu-Weihensee, Straßburgerstr. 20.
 - R. Preuss, SW., Fiedrichstr. 14.
 - Neue Berliner Genossenschaft, N., Bernauerstr. 47a.
 - E. Siepke, O., Lützowstr. 91.
 - H. Knattes, Steglitz, Schödenstr. 11.
 - L. Müggelstr., Neu-Weihensee, Gultau-Abd. 158.
 - Willi Seemann, N., Marienburgerstr. 7.
 - A. Mantel, SO., Goldensteinstr. 37.
 - St. Pulinski, SO., Raldenfeinstr. 20.
 - O. Lehmann, SW., Teltowstr. 38a.
 - J. Wagner, Schöneberg, Siegfriedstr. 4.
 - Fr. Tomplin, Schöneberg, Hofenriedbergstr. 21.

Wir appellieren an das Rechtsgedühl des konsumierenden Publikums und bitten, nur Brot und Backwaren aus den Bäckereien, Milchgeschäften und sonstigen Wiederverkäufern zu beziehen, wo die mit unserem Verbands-Stempel versehenen Plakate anhängen (weiss mit rotem Rand).

Den Landbrotbäckern und Frühstücksbrotbäckern verlange man die Legitimationskarte (rot) ab. Die Herren Bäckermeister und Wiederverkäufer, deren Ware von Bäckern, die zu neuen Bedingungen arbeiten, hergestellt wird, erhalten Plakate für ihre Geschäfte und Legitimationskarten für die Brotstücker und Frühstücksbrotbäcker in unserem unterzeichneten Bureau.

Die Streikleitung.
Bureau: „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12.
Sprachzeit von morgens 10 bis abends 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Heute Wittmo, den 11. Mai 1904:
Keine Vorstellung.
Morgen Himmelfahrtstag:
Grosse Gartenvorstellung.
Der Demuziant.
Vollständ. mit Gesang in 2 Bildern
von D. Müller.
Auftraten erstklassiger Spezialitäten.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Morgen am Himmelfahrtstag:
Gr. Extra-Vorstellung.
Konzert, Theater, Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Eintritt 30, num. Platz 50 Pf.
Siehe Säulenanschlag.

WINTERGARTEN
Tortajada Spanische Sängerin
und Tänzerin.
De Vry's Phantasmagorien.
Hansi Reichsberg Operetten-
sängerin.
Snoeurs Salonne Trapes-
künstlerinnen.
Gebrüder Schwarz Parodisten.
Kiears Motin Equilibrist. Scene.
De Nohry Pariser Sängerin.
Die Blumsekönigin Tansdivertissem.
Die Werperts Akrobaten.
Robinson Baker-Trio Springer.
Paul Conchas Der Armos-
Herkules.
Biograph.
Pas de deux. Sgra. Cavini u. Sgr.
Cerutti.

Gewinn-
Lose kgl. preussischer Lotterie
zahlt sofort aus
J. Rosenberg,
Bank- u. Lotteriegeschäft,
Kommandantenstr. 51.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Wittmoabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen
v. Johann Kestner. Musik v. R. Müller.
Donnerstagabend 8 Uhr:
College Grampton.
Freitagabend 8 Uhr:
Haus Rosenhagen.

Brauerei Friedrichshain
früher Lippa (Defonem: E. Niemann), am Königsthor.
Grösster Konzert-Saal und Garten Berlins.
Heute sowie nur noch einige Tage:
Konzert von
Johann Strauss aus Wien
Dirigiert von F. und I. österreichischen Hofkapellmeister
mit seiner gesamten Kapelle. 50000
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Referent: Platz 1. Markt.

Frühels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Wittmo, den 11. Mai:
Führmann, Horst,
Walde-Sänger.
Nach der Vorst.: Frei-Tanz.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Bons sind gültig.

Reichshallen
Stettiner Sänger
Zum Schlag: Neu!
Cirkus Lenz und
Cirkus Busch.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Wissen Sie's schon
das Arconafahrer.
Die besten a. billigssten sind.
Wo es die 50-100 Mk. sparen, so
sparen Sie Ernst Machnow's Arconaf-
er! Wählen Sie jährlich in Leihgä-
gen: viele 100 Mk. verdienen, so
empfehlen und verkaufen Sie im Kreis
Ihrer Freunde und Bekannten Ernst
Machnow's Arconafahrer. Ver-
langen Sie zu Ihrer Orientierung an
neuen reich illustriert Hauptkatalog
für Wiederverkäufer. Derselbe wird
Ihnen gratis und franko zugesandt.
Ernst Machnow, Berlin N.
Arconaplatz 1.

Nathan Wand,
129 Stallstr. 129.
Die schönsten 51182
Herrn-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu,
sowie speciel
Monats-Garderobe
von Kavaliereu getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speciel Bau anzüge sind in
großer Auswahl stets zu stammend
billigen Preisen zu haben.

Wer billigst
1 Rolle v. 10 Pf. an
in jedem Genre,
wie hochlegant,
modern stilvoll,
kaufen will, ver-
lange den Gratis-
katalog von
Chr. Hartmann,
Tapeten-
Versand-
haus
Ganders-
heim

Achtung, Vereine!
F. Scholz's Festsäle
mit Garten u. gr. Theaterbühne
74 Gr. Frankfurterstr. 74
empfehl. sich d. Vereinen zu Sommer-
festen, Theater-Vorstell. u. andr. Ver-
gnügungen. Besch. Sonnabende frei.
Sonntag: Gr. Ball. Anfang 4 Uhr.

Sportwagen
ausfallend billig, direkt
aus Fabrik. Sportwagen
zum Liegen einstellbar,
möglichst Kinderwagen.
Luxussportwagen edelster
Rohrgehäusebau und
einstachele Sportkarren.
J. Trethar, Grimes 134
grösste, alt. Kinderwagenfabrik Sachsens.
Wähle: Barockbau mit 10% Rabatt oder
Teilzahlung beim Katalogverlangen.

Steyppdecken
kauft man am preis-
wertesten nur direkt
in der Fabrik 73 West-
strasse 73, wo auch alle
Steyppdecken aufgearbeitet werden.
S. Strohmandel, Berlin 14.
Zuhilfenahme Preisverzeichn. gratis.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Strasse 2.
Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Guckelblumen
etc. werden fein u. preiswert geliefert.
Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrinenstrasse 1a.
Kranz u. Bildmangelschleifen,
Kranz u. Festlichkeiten, Bouquets,
Tafelgewächse jeder Art etc. preiswert.

Orts-Krankenkasse
für das Gewerbe der Tischler und
Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.
Donnerstag, den 19. Mai 1904,
abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus (Saal 7),
Engel-Ufer 15:
General-Versammlung
der Vertreter der Kassemitglieder
und der Arbeitgeber.
Tages-Ordnung:
1. Statutenänderung.
2. Bericht.
3. Vorlage des Vorstandes über
Regulierung der Gehälter der Beamten.
Der Vorstand.
12115

Central-Verband der Maurer
Deutschlands. Zweigverein
Berlin.
Unsern Kollegen zur Nachricht,
dass am Sonntag, den 8. d. Mis.,
unser Verbandskollege
Wilhelm Böttcher
im Alter von 59 Jahren an
Nierenleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Wittmo, den 11. d. Mis., nachmittags
4 Uhr von der Leichenhalle des
Rixdofers der Kreuzgemeinde in
Rixdorf, Feldstrasse, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung aller
Kollegen ersucht 143/9
Die Verbandsleitung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass unser
lieber Bruder, Schwager und
Onkel, der Kamerad
Julius Häusler
im Alter von 48 Jahren nach
kurzem, schwerem Leiden am
8. Mai verstorben ist. Die Beerdig-
ung findet am Wittmo, den
11. Mai, nachmittags 6 Uhr, von
der Leichenhalle des Rixdofers in
Charlottenburg, Rixdofen-
brunnen Weg, aus statt. 119
Im Namen der trauernden Familie
bleibenden **Berndt Häusler.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Den Genossen hiermit zur
Nachricht, dass unser Mitglied, der
Kamerad
Julius Häusler
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Wittmo, den 11. Mai, nach-
mittags 6 Uhr, von der Halle des
Neuen Rixdofers aus statt.
250/8 Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Vorband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Stimmgeber
Adolf Kossmann
am 7. d. Mis. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 12. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Kreuz-Rixdofers in
Rixdorf aus statt.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Schlichter
Karl Standtke
am 8. d. Mis. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Wittmo, den 11. Mai, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in
den Kiefern in Spandau aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
115/8 Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zahlstelle Charlottenburg.
Am Sonntag, den 8. d. Mis.,
verstarb ein Herbauteilgenosse
unser Mitglied 143/10
Julius Häusler
im Alter von 47 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Wittmo, den 11. d. Mis., nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichen-
halle des Rixdofers, Charlot-
tenburg, Rixdofenbrunnen Weg,
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung aller
Kollegen ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse
der Zimmerer Deutschlands.
E. G. Nr. 2, Hamburg.
Örtliche Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Stimmerer
Fritz Auer
am 8. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstagabend 12 Uhr von der
Leichenhalle des St. Johannes-
Rixdofers, Wäbingerstr., aus statt.
Am Wege bei jung Bittel
250/8 Der Vorstand.

Verein der Zimmerer Berlins
und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 8. d. Mis.,
verstarb unser langjähriges Mit-
glied
Fritz Auer
(Zahlstelle Moabit).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 12. d. Mis., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Johannes-Rix-
dofers in Wäbingerstr. aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
257/8 Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer
Deutschlands. Zweigverein
Berlin.
Unsern Kollegen zur Nachricht,
dass am Sonntag, den 8. d. Mis.,
unser Verbandskollege
Wilhelm Böttcher
im Alter von 59 Jahren an
Nierenleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Wittmo, den 11. d. Mis., nachmittags
4 Uhr von der Leichenhalle des
Rixdofers der Kreuzgemeinde in
Rixdorf, Feldstrasse, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung aller
Kollegen ersucht 143/9
Die Verbandsleitung.

Kredit. - 10 Mark -
liefern Anzüge
Paletots
nach Maß.
Der Kasse auch billige Preise.
Schnelldienst.
J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.
Paradiesgarten Birkenwerder
am Untermühlensee.
Empfehle meine herrlich an Wald
und Wasser gelegenen Lokalitäten.
Bergebe auch Sonntags und Feiert-
tage meine Kasse an Service und
Gefälligkeiten. 19006*
H. Gädke.
Telephon: Amt Birkenerwerder Nr. 61.

Die Vertrauensämter der Berliner Socialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

- 1. Wahlkreis: Georg Doppel, Rosenthalerstr. 50, III. Georg Wehnacht, Grünstr. 21 part.
2. Wahlkreis: Herm. Werner, Mittenwalderstr. 30 part. Ernst Schneider, Fürbringerstr. 21, Hof links III.
3. Wahlkreis: Franz Hoch, Admiralstr. 7, vorn IV. Aug. Bohl, Raungrstr. 30, vorn IV.
4. Wahlkreis (Südost): Rich. Hadelbusch, Wrangelstr. 59, Quergeb. IV.
5. Wahlkreis: Leopold Piepmann, Liniensstr. 242 I. Leo Bucht, Viekmannstr. 13, vorn II.
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Fischer, Waldstr. 8. (Wedding und Oranienburger Vorstadt): Eugen Ernst, Ackerstr. 62, II.
(Nosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen): Adam Wittendorf, Fehrbellinerstr. 25. (Schönhauser Vorstadt): Karl Mars, Kastanien-Allee 96.
Nieder-Barnim: Georg Freiwaldt, Pantow, Morastr. 93.
Zeltow-Beeskow: Paul Girsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 8. Emil Voeste, Nirdorf, Kopsstr. 28.
Für die Frauen Berlins: Frau W. Zeuge, Gr. Frankfurterstr. 183. Frau Lu. Waterloo-Ufer 9, Laden. Frau Wausche, Nostoderstr. 43, Quergebäude I. Frau Wulff, Nostoderstr. 9, Hof parterre. Ottilie Waader, Wäckerstr. 49, Hof II.
Nieder-Barnim: Frau Jung, Ober-Schöneweide, Frischenstr. 10.
Zeltow-Beeskow: Frau Marie Thiel, Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstr. 17.

B. Presiskommission:

- 1. Wahlkreis: Fritz Kubat, Jakobikirchstr. 2. Rich. Strehl, Swinemünderstr. 118 I.
2. Wahlkreis: Julius Meyer, Urbanstr. 181, vorn IV.
3. Wahlkreis: Adolf Wujcik, Oranienstr. 177, vorn III bei Denk. Karl Gehrmann, Raungrstr. 22.
4. Wahlkreis (Osten): Otto Wächner, Andreasstr. 75, vorn IV.
4. Wahlkreis (Südosten): Karl Bermuth, Sorauerstr. 21.
5. Wahlkreis: Billy Friedländer, Effasserstr. 25 II. Otto Weis, Greifswalderstr. 45 IV.
6. Wahlkreis: Richard Mose, Fürstenbergstr. 5/7. Hans Weber, Koblenburgerstr. 40.
Nieder-Barnim: Oswald Grauer, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 197.
Emil Schumann, Weihensee, Lehderstr. 5.
Zeltow-Beeskow: Fritz Hoppe, Nirdorf, Berlinerstr. 14. Karl Boyheimer, Groß-Lichterfelde-Randow, Siemensstr. 31.

C. Lokalkommission:

- 1. Wahlkreis: Jakob Ege, Mohstr. 23. Karl Woldi, Kanonenstr. 18.
2. Wahlkreis: Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15. Albert Eisenhauer, Kottbuser Damm 89/87.
3. Wahlkreis: Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, vorn IV. Karl Heise, Joesstr. 11, Hof IV.
4. Wahlkreis (Osten): Fritz Zimmermann, Bornsdorferstr. 47. Theodor Kahn, Bornsdorferstr. 58.
4. Wahlkreis (Südosten): Wilh. Sedler, Lausigerstr. 14 III. Wilh. Hauschildt, Falkenleinstr. 6 I.
5. Wahlkreis: Friedrich Hausch, Windstr. 12. Julius Stange, Kastanien-Allee 28.
6. Wahlkreis: Adalbert Schily, Weisfelstr. 25. (Moabit.) Richard Thiel, Chausseest. 68/69, (für Oranienburger Vorstadt und Wedding).
Fürstenberg, Pulverstr. 16 (für Nosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen).
Wenzel, Schlemannstr. 43, (für Schönhauser Vorstadt).
Nieder-Barnim: Robert Riel, Rummelsburg, Kanstr. 22.
Zeltow-Beeskow: Herm. Schliebig, Weig. Jahnsstr. 3.
Alle Zusendungen in Lokalangelegenheiten sind an Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstr. 66, vorn IV, zu richten.

D. Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:

- 1. Wahlkreis: Albin Schuster, Straßmannstr. 2.
2. Wahlkreis: Fritz Linke, Reichenbergerstr. 123.
3. Wahlkreis: Karl Dimmick, Luisen-Aller 11.
4. Wahlkreis (Osten): Jean Janzen, Landsberger Allee 143, linker Seitenflügel IV.
4. Wahlkreis (Südosten): Karl Scholz, Wrangelstr. 110.
5. Wahlkreis: Georg Davidsohn, Heimerdorferstr. 8 IV.
6. Wahlkreis: Gustav Laurent, Polstr. 45.
Paul Dobrolaw, Oberbergerstr. 27.
Nieder-Barnim: H. Taubmann, Neu-Weihensee, Effastr. 15.
Zeltow-Beeskow: Karl Fischer, Schöneberg, Goltzenstr. 36.

E. Vorsitzende der Wahlvereine:

- 1. Wahlkreis: Gustav Seiler, Reichenbergerstr. 72a.
2. Wahlkreis: Herm. Werner, Mittenwalderstr. 30.
3. Wahlkreis: Stephan Fröh, Oranienstr. 157, IV.
4. Wahlkreis (Osten): Paul Pittin, Warschauerstr. 61, v. part.
4. Wahlkreis (Südosten): Paul Hoffmann, Doppelnerstr. 21.
5. Wahlkreis: Leo Bucht, Viekmannstr. 13, vorn II.
6. Wahlkreis: Wilh. Freyhaller, Gartenplatz 1.
Central-Wahlverein für Zeltow-Beeskow: Paul Girsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

5. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Leipzig, 9. Mai 1904.

Vormittags-Sitzung.

Auf Antrag der Mandatsprüfungskommission werden sämtliche Mandate für gültig erklärt, wobei jedoch die agitatorischen Maßnahmen der Zahlstelle Erfurt zu Gunsten des dortigen Delegierten beurteilt werden. An Stelle des erkrankten Exner wird Leopold Berlin mit 38 gegen 28 Stimmen als Erfahmann zugelassen. Der Antrag Leipzig, die Stellungnahme zur Kaiserfeier auf die Tagesordnung zu setzen, wird mit 39 gegen 35 Stimmen angenommen und ferner einstimmig der Antrag Raitz-München, als Punkt 5: „Unser Laktul bei Streiks“ zu behandeln und zwar in geschlossener Sitzung. Zur Erleichterung der Geschäftsordnung wird auch eine neungliedrige Kommission zur Vorberatung der Anträge gewählt, welche letztere schon in der Vorlage die Zahl von 817 erreichten. Der Vorsitzende teilt mit, daß der Vorstand an mehrere ausländische Bruderorganisationen eine Einladung zum Besuche des Verbandstages gerichtet habe, die seitens des dänischen Holzarbeiter-Verbandes durch eine brüderlich gehaltene Antwort quittiert sei, in welcher die herzlichsten Glückwünsche zum segensreichen Besuche der Verhandlungen ausgesprochen werden. Daran anschließend begrüßt er die bereits gestern namhaft gemachten Delegierten der fremdländischen Bruderorganisationen auf das freundlichste. Die Erklärungen danken dafür in längerer Ausführungen, in denen sie auch die Organisationsverhältnisse der eigenen Länder schildern. Raitz-Stuttgart meint, die Ausführungen der Gäste erinnerten an die Zeiten des Sozialistengesetzes, wo es nur ein Mittel zum

Kampfe gab; das zähe Ausscharren nach dem einmal gesteckten Ziel! Daß die Zahl der ausländischen Streikbrecher erfreulich zurückgegangen, sei mit Recht als schöner Erfolg der Organisationsarbeit zu bezeichnen und er hoffe, daß diese zähe Ausscharrung von endlichem Erfolge gekrönt sein möge. Sodann gedenkt Redner der Toten des Verbandes, die kämpfend ihre Pflicht gethan, und speziell widmet er dem kürzlich verstorbenen Vorsitzenden der Presiskommission, Jakob-Hamburg, einen warmen Nachruf.

Zu Ehren des Verbliebenen erhebt sich der Verbandstag von den Sigen. In Stelle des erkrankten Redaktors Reinhardt ist Röske-Hamburg erschienen.

Nachmittags-Sitzung.

Raitz-Stuttgart giebt nunmehr der Vorstandsbericht, wobei er auf die gedruckt vorliegenden Mitteilungen verweist. Danach sind die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung von 33 im Jahre 1902 auf 232 im Jahre 1903 gestiegen, die Zahl der Angriffstreiks von 16 auf 111, während die Abwehrstreiks von 108 auf 98 sanken. An den 285 ohne Arbeitseinstellung erlebigen Fällen waren 12 225 Kollegen aus 817 Betrieben beteiligt, an den 127 Angriffstreiks 4868, an den 204 Abwehrstreiks 4841 Kollegen. Verloren gingen 31 Angriff- und 82 Abwehrstreiks, erfolgreich waren 78 Angriff- und 91 Abwehrstreiks, die andren hatten einen teilweisen Erfolg. Die Angriffstreiks brachten 2010 Kollegen eine durchschnittliche Arbeitszeitverlängerung von durchschnittlich 4,7 Wochenstunden und für 6407 eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8,8 Proz. Daneben wurden natürlich auch sonstige Forderungen verschiedener Art durchgesetzt. Die Gesamtkosten aller Streiks betragen 491 294,28 M. Der Verband zählte 1901 67 341 Mitglieder in 501 Zahlstellen, 1903 83 662 in 629 Zahlstellen, darunter 511 weibliche. Wegen Streikvergehens wurden 197 Mitglieder angeklagt und 68 mit Strafmandaten bedacht. 108 Angeklagte wurden jedoch freigesprochen und die andren insgesamt mit 65 Monaten, 53 Wochen und 96 Tagen Gefängnis, 27 Wochen Haft und 1104 M. Geldstrafe belegt. 10 Strafmandate wurden aufgehoben bzw. zurückgezogen. Die Kosten für Rechtschutz betragen 1902 7415, 1903 10 500 M. Die Gesamtkosten für Statistik belaufen sich auf 17 008 M. Redner betont und weist nach, daß die alte Klage, der Vorstand verläßt die bei Streiks nicht genügend die kleineren Zahlstellen, total unbegründet ist. Auch beim Kasseler Streik habe der Vorstand abgemahnt, leider vergebens. Man soll lieber den Streik rechtzeitig abbrechen, als der Verbandskasse unnötige Kosten auflaufen. Die schwersten Lohnkämpfe stehen uns noch bevor, die Arbeitgeber bilden mehr und mehr eine kompakte Masse und sind besser organisiert wie früher. Miete und Lebensmittelpreise sind bedeutend gestiegen, die Gesehung sucht und sieht weitere Fesseln anzulegen und die Gesehung stellt heute an jeden Einzelnen höhere Anforderungen als früher. Die Unternehmer aber stellen sich auf den Standpunkt: wir wollen Herr im Hause sein! Man muß es ihnen im Gegenteil klar machen, daß der Arbeitsvertrag ein Gegenseitigkeitsverhältnis bedingt, das auch dem Arbeiter Rechte einräumt. Jedes Einzelglied des Verbandes ist daher kräftig und widerstandsfähig zu gestalten. Auch die Beschlüsse des Verbandstages müssen in Zukunft besser respektiert werden und es kommt hoffentlich nicht mehr zu dem beschämenden Schauspiel solcher Protestbewegung, wie sie nach Mainz zum Schaden des Verbandes infanter wurde und sein Ansehen schwächte. Eine ähnliche Erscheinung ist in Unternehmernkreisen ganz unmöglich!

Wohne-Stuttgart verweist gleichfalls bei Erstattung des Kasselerberichts zunächst auf die gedruckte Vorlage. Danach werden in der Berichtszeit als Einnahme zusätzlich des Bestandes von 274 568,54 M. aufgeführt 1 387 830,13 M., als Ausgabe inklusive eines Bestandes von 734 449,03 M. fungierte natürlich die gleiche Summen in der Hauptkasse. Die Einnahmen und Ausgaben der Zahlstellen bilanzieren mit 2 445 284,61 M. inklusive eines übernommenen Bestandes von 58 855,04 M. und eines hinterlassenen Bestandes von 92 885,54 M. Der Gesamtabschluss stellt sich wie folgt:

Table with 2 columns: Description and Amount. Gesamt-Einnahme inkl. Bestand vom 31. Dez. 1901 M. 2 175 153,04. Ausgabe 1. Jan. 1904 1 681 442,05. Somit Rehr-Einnahme M. 493 710,99.

Dazu erklärt Redner, daß gegenüber den vor zwei Jahren in Wertpapieren angelegten 129 000 M. bei Rechnungsabschluss 567 000 M. und zur Zeit gar 707 800 M. in mündelsicheren Papieren angelegt sind, während bei 188 000 M. vorhanden sind, wovon das meiste auf der Bank. Hoffentlich werden in Zukunft die Ausgaben sich verringern, so daß die Million bald voll wird. (Heiterkeit.)

Schmidt-Verein erstattet sodann den Bericht des Ausschusses. Er verbreitet sich zunächst über die Oppositionsbewegung gegen die Beschlüsse des Mainzer Verbandstages, und zwar betreffs der Gehaltsregulierung der Beamten, der Diätenfestsetzung für die Delegierten sowie der Beitragserhöhung. Bezüglich der letzten Frage ist sogar die Thatsache zu verzeichnen, daß einzelne Vorstandmitglieder gegen die Verbandstags-Beschlüsse konspirierten. (Es handelt sich um die unbesoldeten fünf Beisitzer.) Wo kommen wir dabei aber hin? Durch die Holzarbeiter-Zeitung wurde der Ausschuss aufgefordert, diese Vorstandmitglieder abzusehen. Das ging aber nicht, denn damit wäre der Ausschuss wahrscheinlich vom Regen in die Traufe gekommen. Die Stuttgarter Kollegen hätten sicherlich fünf andre von der gleichen Farbe gewählt. Das war nicht der erste Schwabenstreik! Ebenso unberechtigt war die Opposition gegen die Gehaltsregulierung. Man denke: die besoldeten Vorstandmitglieder beziehen nur 1,01 Proz. der Einnahmen, bei 83 000 Mitgliedern trägt das einzelne zu diesen Gehältern ganze 2 Pfennige bei! Und deshalb wird Peter und Morbio geschrien! Mit den Gau- und Lokalbeamten werden 6,22 Proz. der Einnahmen für Gehälter aufgewandt, also nur wenig mehr, als dieser Posten für Krankenlaffen beträgt, die keine Agitation zu treiben und für Organisationsbestrebungen nichts aufzuwenden brauchen! Was diese Arbeit aber dem Verbands genützt hat, läßt sich ziffermäßig nicht nachweisen. Es ist erfreulich, daß eine große Reihe von Zahlstellen sich dieser obiosen Protestbewegung nicht angeschlossen hat. Die Vorstandsmitglieder müssen künftig allerorts den Mut besitzen, derartigen Nachschüssen von vornherein durch Auflärung und Belehrung entgegenzutreten und sich nicht vom Strome treiben zu lassen. Es ist alles zurückzuweisen, was Unzufriedenheit und Uneinigkeit schafft! (Beifall.)

Raitz-Hamburg erstattet den Bericht der Presiskommission, in welchem gleichfalls die Folgeerscheinungen der Protestbewegung sich widerspiegeln. Seit dem vorigen Verbandstage sind eine ganze Reihe Beschwerden wegen der Protestbewegung eingegangen. Als erste fungierte eine solche der Stuttgarter „Protestkommission“. Eine solche Institution, an deren Spitze übrigens die opponierenden Vorstandmitglieder standen, war weder dem Redakteur noch dem Ausschuss bekannt. Bei einem von diesen Vorstandmitgliedern unterzeichneten Artikel, der Aufnahme fand, hatte Röske in einer Anmerkung von ungezogenem „Wibbes“ gesprochen. Das wurde vom Ausschuss beurteilt, desgleichen eine Erklärung Röskes, die so gehalten war, daß die Genannten sich abermals verzeht hätten. Endlich wurde dieser Zwischenfall geschildert. Andere Beschwerden betrafen gleichfalls die Protestbewegung. Eine solche des stollegen Bergmann-Breslau wurde als unbegründet erachtet. Die Auflage der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist 1903 auf 71 300 und gegenwärtig auf 90 500 gestiegen. 1902 wurden von den Leberhäusern 6000 und 1903 10 000 M. der Verbandskasse zugeführt. Hoffentlich wird das 100 000 bald voll!

Die Diskussion über die Lohnbewegung wird zu der geschlossenen Sitzung zurückgestellt und die einzelnen Punkte des Vorstandsberichts gesondert diskutiert. Dabei kommen naturgemäß eine ganze Reihe von Wünschen und häufig genug auch Äußerungen zum Vortrage, die sich diametral

gegenüber stehen, je nachdem der jeweilige Redner einer großen oder kleinen Zahlstelle angehört.

Im ganzen sieht man den Nutzen der besoldeten Beamten ein und versteht auch die einzelnen Maßnahmen des Vorstandes trotz mancher Kritik im einzelnen. Speziell wünscht man die moralische Erhebung des dunklen Rheinland-Westfalens.

Beschlüsse werden nicht gefaßt.

Soziales.

Der Unterverbandstag der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten

wurde am Sonnabend und Sonntag in Rathenow abgehalten. Auch dieser Unterverband gehört zu denjenigen, die nach der Tagung von Kreuznach dem Allgemeinen Verbande den Rücken gelehrt haben. Seitdem scheint sich der äußere Anblick, den die Tagungen bieten, in doppelter Richtung verändert haben. Zunächst fehlen die Vertreter der Behörden, die sonst den Unterverband mit freundlichen Worten begrüßten; der Bürgermeister von Rathenow erwiderte dem Geschäftsführer des dortigen Konsumvereins, der ihn zur Tagung einlad, er könne nicht erscheinen, weil nach den Vorgängen von Kreuznach unumstößlich feststehe, daß es sich um socialdemokratische Vereine handele. Die Bemerkung zeigt, daß dem Herrn das Verhältnis für das Wesen und die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine sowohl wie für die socialdemokratische Bewegung völlig abgeht.

Die andre Aenderung, die sich schon im äußeren Anblick der Tagung kundgiebt, ist die Wiederpiegelung des frischeren Lebens, das nach der Trennung von der unnatürlichen Verbindung mit den Kreditvereinen ganz offensichtlich in den Konsumvereinen und ihren Unterverbänden pulsiert. Zur Zeit der Trennung gehörten dem Unterverbände 28 Vereine an, von denen 12 bis 16 auf den Unterverbandslagen erschienen. Keun dieser Vereine traten aus dem Unterverbände aus, um auch ferner noch Statisten des Herrn Dr. Krüger und seiner Kreditvereine abgeben zu können; trotzdem zählte der Unterverband am 31. März d. J. bereits 41 Vereine und seitdem sind drei weitere hinzugekommen. Auf dem Verbandstage waren 25 Vereine durch 50 Delegierte vertreten. Der Centralverband war durch seinen Vorsitzenden, Herrn Kadeßod, die Großkaufhausgesellschaft durch den Geschäftsführer Lorenz-Hamburg vertreten. Auch war der Sekretär des Centralverbandes, Kaufmann-Hamburg, auswendig.

Von 86 dem Verbands angehörigen Vereinen lagen der Verbandsleitung nähere Geschäftsberichte vor. Diese Vereine haben etwa 60 000 Mitglieder. In 141 Verkaufsstellen und 7 Central-lagern wurde bei einem Personal von 350 Personen ein Umsatz von über 9 1/2 Millionen Mark erzielt, wozu noch 890 000 M. im Lieferantengeschäft kommen, das allerdings dem in Händlerkreisen üblichen Rabattsystem verwandt und dem Wesen eines genossenschaftlichen Betriebes durchaus entgegengesetzt ist; die Genossenschaftlichen suchen denn auch mit wenigen Ausnahmen diesen Geschäftszweig beständig einzuschränken.

Den Mitgliedern konnten von dem erzielten Geschäftsgewinn 780 000 M. als sogen. Dividende zurückvergütet werden. In Prozent-sätzen des Umsatzes war dieselbe sehr verschieden, sie betrug sich von 2 1/2 Proz. (Berlin und Kolberg) bis zu 11 Proz. (Dahme und Forst). Zum Teil hat dies in besonderem örtlichen Schwierigkeiten resp. günstigen Umständen seinen Grund, zum Teil auch in örtlich verschiedenen Gewohnheiten der Mitglieder, die an einem Orte gute Ware bei möglichst billigem Preise haben wollen, an einem andren lieber einen kleinen Aufschlag bezahlen, um zu Weihnächten einen Sparspennig zu haben.

In der Eigenproduktion werden 49 Personen beschäftigt, und zwar wird in Brandenburg Wäsefabrikation und eine Wäderei betrieben, auch Kotibus und Forst haben Wädereibetrieb, und Bernau hat Destillationsbetrieb.

Am ersten Tage, Sonnabend, berichteten die einzelnen Vereine über ihre Entwicklung; unter den hierbei angeregten Fragen kam auch zur Sprache, daß in einzelnen Vereinen ein nicht zu billigen Ausbeutungssystem gegen die Angestellten herrsche, indem der Verein sich um das Verhältnis der Lagerhalter dem übrigen Personal gegenüber nicht kümmere, die Lagerhalter also geradezu zu Sachwaltern der Verkäufer und Verkäuferinnen erziehe. Es wurde beschlossen, im nächsten Jahre die Aussprache über diesen Gegenstand zu einem besonderen Punkt der Tagesordnung zu machen und man gab der Hoffnung Ausdruck, vielleicht zu gleichmäßigen Normen für alle Vereine kommen zu können.

Am zweiten Tage, Sonntag, stand ein Vortrag von Herrn Kaufmann, dem Sekretär des Centralverbandes „Ueber genossenschaftliche Agitation und Presse“ auf der Tagesordnung. Die leitenden Gesichtspunkte des Vortrages, daß die Genossenschaftsbewegung als Massenbewegung die andauernde Agitation notwendig habe, die auch als Gegengewicht gegen die beherrschenden Anseindungen notwendig sei, fanden allgemeine Zustimmung. In einer Resolution wurde das in Hamburg erscheinende „Frauen-Genossenschaftsblatt“ sowie die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ einer stärkeren Beachtung empfohlen.

Der Richterstatler der Einkaufskommission, Breslauer-Nirdorf, rügte die Mance (geschäftliche Gewohnheiten) der Zuckerfabriken, stels 3 bis 4 Prozent Windergehalt zu geben. Der anwesende Geschäftsführer der Großkaufhaus-Gesellschaft, Lorenz, konnte nur wenig Hoffnung auf Heberwindung dieser Mance (wir möchten es eher Betrag nennen) machen, da die Organisation des Konsums leider noch in den Anfängen stehe.

Vom Geschäftsführer der Konsum-Genossenschaft Berlin u. H., Müller, wurde auf den großen Butterfälschungs-Prozess hingewiesen, der am 16. Mai vor dem Landgericht I in Berlin beginnt wird; wenn man bedenke, was für kolossale Mengen von Surrogaten zu sogenannter echter Naturbutter verarbeitet würden, werde man sich über die billigen Preise mancher Händler nicht wundern können.

Eine längere Diskussion rief der Antrag des Rabatt-Sparvereins „Berlin Süd-Ost“ um Aufnahme in den Unterverband und damit um Aufnahme in den Centralverband deutscher Konsumvereine hervor. Der Vorstand des Unterverbandes hat das bereits im Juni 1903 gestellte Aufnahmegeß abfällig beschieden, weil er glaubt, der Verein beruhe auf dem bwerflichen, das Publikum täuschenden Grundsatze des sogenannten kaufmännischen Rabatts, der dem auf realen Geschäftsgewinn gerichteten Grundsatze der Konsumvereine direkt entgegengeßetzt sei. Der als Gast anwesende Vertreter des Vereins, Herr Kunze, führte aus, man möge sich an den Namen nicht stoßen, in Wirklichkeit sei der Verein jetzt bereits ein Konsumverein, der bereits 26 eigne Verkaufsstellen habe und das Lieferantengeschäft beständig weiter zurückdränge. Gerade im Interesse eines einträchtigen Zusammenwirkens mit den übrigen Berliner Konsumvereinen, das seit einiger Zeit mit gutem Erfolge eingeleitet sei, läge die Aufnahme in den Verband.

Beifürwortet wurde die Aufnahme vom Berliner Konsumverein und vom Konsumverein „Nirdorf“, bekämpft dagegen aus prinzipiellen Gründen von dem Centralverbands-Vorsitzenden Kadeßod und Dr. Vorchardt-Charlottenburg, aus geschäftlichen Gründen auch von Herrn Kaufmann. Nach Schluß der Debatte wurde einstimmig folgende von Vorchardt-Charlottenburg beantragte Resolution angenommen:

„Der Unterverbandstag empfiehlt dem Rabatt-Sparverein Südb, seine von ihm behauptete konsumgenossenschaftliche Thätigkeit auch in seinem Statut als Hauptzweck der Vereinsthätigkeit zum Ausdruck zu bringen. Seiner Aufnahme in den Unterverband würde dann nichts im Wege stehen.“

Der vom Verbandsvorstand aufgestellte Kostenaufschlag für das Jahr 1904—1905 beträgt 1475,15 M.; derselbe wurde genehmigt.

Die Verhandlung wurde einstimmig wiedergewählt, und zwar erster Vorsitzender R e u d e - Brandenburg, zweiter Vorsitzender R a l l e r - Berlin, Schriftführer G u t h - Brandenburg. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Berlin bestimmt.

Die Anzeigepflicht der Ärzte bei Typhus.

Ein Hospitalarzt A. war in zweiter Instanz wegen Uebersetzung einer Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Arnberg zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er nicht binnen 24 Stunden von einem Typhusfall der Polizei Anzeige gemacht hatte. — Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache noch einmal in die Vorinstanz zurück. Zur Begründung wurde ausgeführt: Die Polizeiverordnung sei nicht gültig. Sie betrage sich neben dem und zum Teil gegen das Sanitätsreglement vom 8. August 1835, welches Gesetzeskraft habe und deswegen der Polizeiverordnung vorgehe. Es werde nun zu prüfen sein, in wie weit dies Reglement vom 8. August 1835 anwendbar sei. Sein § 9 bestimme unter anderem: „Die Medizinalpersonen sind gehalten, von in ihrer Praxis vorkommenden“ Fällen von Typhus u. dgl. baldige Anzeige zu machen. Das Kammergericht habe vor Jahren entschieden, daß die Worte: „in ihrer Praxis vorkommende Fälle“ sich auf die Behandlung im Hospital (Krankenhaus) nicht bezögen. Damals habe man angenommen, die Anzeige solle den Zweck haben, zu bestimmen, ob der Typhuskranke in ein Hospital kommen solle oder nicht. Der Senat sei aber jetzt nach nachmaliger Prüfung anderer Ansicht geworden. Es liege kein logischer und auch kein grammatikalischer Grund vor, jene Bestimmung nur auf die private Praxis zu beziehen. Sie treffe nach der jetzt gewonnenen Auffassung des Senats auch auf die Praxis im Krankenhaus zu. Gerade das Reglement spreche (im § 95) davon, daß in Krankenhäusern, Armenhäusern, Gefängnissen usw. eine Typhusepidemie mehr als sonst zu befürchten sei, und weist die Polizeibehörden und Sanitätskommissionen an, hierauf besonders Obacht zu haben. Wollte man die frühere Auffassung des Senats beibehalten, so würde ja gerade der Segen des Reglements hinsichtlich der Krankenhäuser verhindert werden können. Nachdem nun die Anwendbarkeit des § 9 auch für die Praxis in Krankenhäusern feststehe, habe das Landgericht nachzuprüfen, ob Dr. A. im fraglichen Hospital eine verantwortliche Stellung einnehme.

Eine Lehrer-Befallung in Mecklenburg.

Die „Mecklenburgische Volkszeitung“ veröffentlicht folgenden „Dienstschein“ eines mecklenburgischen Gutslehrers: „Kraft dieses bestellt die unterzeichnete Gutsobrigkeit den Seminaristen Richard Schabow zum Schullehrer und Küster zu Jahren bei Penzlin unter folgenden Bedingungen: Der Schullehrer Schabow ist seinem Vorgesetzten überall Ehrerbietung und Gehorsam schuldig und hat sich eines unadeligen Wandels zu befleißigen, in Lauterkeit und Wahrheit, daß es in seinem Hause christlich zugehe und er durch sein ganzes Verhalten, Tun und Leben von Christo Zeugnis gebe. Insbesondere hat er in Unterweisung und Unterricht der Kinder Fleiß und Treue zu beweisen, eingedenk, daß er von seinem ganzen Werke einst Rechenschaft geben soll auf den Tag des Gerichts. Er soll sich selber fleißig im Gebet üben, daß er auch die ihm anvertrauten Kinder möge recht beten lehren, daß auch die Kinder durch ihn Gottes Wort lernen.“

In der Schule soll er es an der rechten christlichen Zucht nicht fehlen lassen, lohnen und strafen mit Geduld und Sanftmut, damit er also der Kinder Herzen gewinne; den Unterricht täglich mit Gesang und Gebet beginnen und beschließen und die einzelnen Unterrichtsstunden noch sorgfältiger Vorbereitung gewissenhaft abhalten, das ganze Verhalten der Kinder in der Schule und auch, soweit ihm thunlich, außerhalb derselben durch christliche Zucht fördern.

Der Schullehrer Schabow verspricht gewissenhafte Erfüllung aller seiner mit dem Amt eines Schullehrers verbundenen Pflichten. Es wird ihm dagegen als jährliches Einkommen zugesichert:

1. Freie Station.
2. Statt freier Wäsche jährlich 30 M.
3. Vorgehalt 400 M.
4. Für den Küsterdienst 50 M.
5. Für kirchliche Bemühungen 4,50 M.
6. Für Transportkosten 1,25 M.
7. Ablösung der Stollgebühren 10,45 M.
8. Die zufälligen Küstergehälter, Begräbnislosten u. nach bestehender Ordnung.
9. Frei Arzt und Arzneikosten gegen die ortsübliche Bescheinigung (NB. ohne Krankenhaus!).

Eine Kündigung dieses Vertrages bleibt zu den gesetzlichen Terminen vorbehalten.

Jahren, 1. April 1908. von Krennstorff, Rittmeister der Reserve.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Wahlvereine sämtlicher Berliner Wahlkreise halten am Mittwoch, den 11. Mai in den bekannten Lokalen ihre Zahlabende ab.

Fünfter Wahlkreis. Flugblatt-Verbreitung Donnerstags früh 8 Uhr von folgenden Lokalen aus: Rausch, Wilsstr. 12; Scholz, Georgenkirchstr. 49; Knösigk, Hirtensir. 10; Pfeffer, Rosenhaldenstr. 67; Wirth, Auguststr. 51; Wittchow, Al. Hamburgerstr. 27, Eingang Wassertrasse; Behr (Schlig), Luisenstr. 26. Wir bitten alle Genossen, pünktlich zu erscheinen, damit die Arbeit schnell erledigt werde. Der Vorstand.

Im Wahlverein zu Friedenau beginnt am Freitagabend 7 1/2 Uhr bei Schellhase, in der Ahornstraße zu Steglitz, der Vortragskursus über das Erfurter Parteiprogramm. Referent ist Genosse Max Grundwald. Heute, Mittwochabend, ist eine Flugblatt-Verbreitung. Die Parteigenossen werden ersucht, abends 7 1/2 Uhr volgzähig bei Grube zu erscheinen.

Wilmersdorf. Heute, Mittwochabend, findet in Salamons (früher Wittes) Volksgarten, Berlinerstr. 40, die Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht und Abrechnung des Vorstandes, Abrechnung vom 2. Quartal, sowie wichtige Vereinsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Nirsdorf. Heute, Mittwochabend, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale des Herrn Gröpler, Bergstraße 147 statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: „Berichterstattung unserer Stadiberordneten“ und „Ausstellung zweier Kandidaten zur bevorstehenden Stadtverordneten-Ergebniswahl der dritten Abteilung“. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Punkte erwarten wir zahlreichen Besuch der Mitglieder. Auch haben zu dieser Versammlung Gäste Zutritt. Der Vorstand.

Treptow - Baumshulsenweg. Am Himmelfahrtstage veranstaltet der Wahlverein und der Gesangsverein „Liedesfreundschaft“ eine Herrenpartie nach Ermer-Grünheide. Abmarsch früh 7 Uhr vom Lokal Christ, Parienthalerstraße. Frühstück in Ermer, Restaurant Seflar, Königsstr. 57.

Treptow. Heute, Mittwoch, ist bei Schmidt, Kieffholzstr. 22, Bezirksversammlung. Genosse F. Hofmann spricht über die Lektüre des Volkes. Die Laubentloster in Treptow und östlich vom Nirsdorfer Kanal, welche den „Vorwärts“ zugestellt haben wollen, werden auf die Parteipetition von Robert Voigt, Treptow, Eisenstr. 37, vorn III., aufmerksam gemacht.

Lokales.

Die Hoffnung auf bessere Zeiten.

Die städtische Armenpflege wartet einstweilen noch immer auf die Entlastung, die ihr aus der allmählichen Besserung der Erwerbsverhältnisse erblähen soll. In den Jahren 1901 und 1902 war die Finanzprüfung der Berliner Armenpflege in außerordentlicher Weise gestiegen, weil Arbeitsmangel und Wohnungsnot mehr Familien als sonst in Not und Elend gebracht hatten. Damals hieß es in freisinnig-kommunalen Kreisen, es sei nicht nötig, daß die Stadt — wie die Sozialdemokraten in der Stadtverordneten-Versammlung es verlangten — mit außerordentlichen Mitteln eingreife. Die Wortführer des Freisinnigen begnügten sich mit der tröstlichen Versicherung, daß auf die schlechte Zeit auch mal wieder eine bessere folgen werde, bis dahin aber reicht man mit einem höheren mehr Armenpflege vollkommen aus. Die notwendige Erhöhung des Armenrats wurde zwar unangenehm empfunden, aber auch von ihr hofften die freisinnigen Sozialpolitiker anster Kommune, daß sie bald zum Stillstand kommen werde.

Die Ausstellung des Armenrats für 1904 hat bekanntlich wieder einmal jene Hoffnung zu schanden gemacht: die Ausgaben dieses Etats sind aufs neue und wiederum recht erheblich gestiegen. Jetzt liegt auch über die Armenpflege-Tätigkeit im „Etatjahr 1903“ (das am 31. März 1904 zu Ende gegangen ist) eine vorläufige Statistik vor und man kann daraus ersehen, warum für das „Etatjahr 1904“ noch nicht darauf gerechnet werden durfte, daß die städtische Armenpflege weniger als in den vorhergehenden Jahren in Anspruch genommen werde. In dem eben verfloßenen Etatjahr ist die Zunahme der Zahl der unterstärksten Personen noch so bedeutend gewesen, daß noch gar keine Besserung abzusehen ist. Im März 1903 hatten 33 154 Armenempfänger eine laufende Unterstützung bezogen, im März 1904 waren es bereits wieder 33 983. Um die Pflegekosten, für die von der Armenverwaltung an die verwitweten Mütter eine laufende Unterstützung gezahlt wird, steht es ähnlich. Im März 1903 wurde für 11 083 Kinder ein Pflegegeld gewährt, im März 1904 für 11 340. Die Gesamtzahl der durch die städtische Armenpflege laufend unterstützten Personen stellte sich im März vorigen Jahres erst auf 44 237, im März dieses Jahres aber auf 45 323. Der Anteil dieser Unterstützten an der Gesamtbevölkerung Berlins, berechnet für je 100 000 Personen der Bevölkerungszahl des März vorigen bzw. dieses Jahres, stieg von 2290 auf 2311.

Das sieht nicht nach Stillstand aus. Die Nachwehen solcher Rokkandajahre pflegen eben doch viel weniger rasch zu schwinden, als freisinnig-kommunale Sozialpolitik glauben machen will.

Städtetag in Berlin. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner trat am Dienstag im Herrenhause der Vorstand des preussischen Städtetages zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen verschiedene allgemein interessierende Fragen. Es wurde beschlossen, die Tagung des nächsten Städtetages in Berlin für November oder Dezember 1904 in Aussicht zu nehmen und auf die Tagesordnung zu setzen: 1. Das Flüchtlingsgesetz und die hiermit in Verbindung stehenden Bestimmungen des Enteignungsgesetzes. 2. Die Rechte der Städte an ihren Schulen und 3. die steigende finanzielle Belastung der Gemeinden und die Beschaffung der zu deren Deckung erforderlichen Mittel.

Unter Philipp, das ehemalige Militär-Arrestgebäude, wird jetzt endlich abgerissen. Am gestrigen Tage ist mit der Niederlegung der Hofgebäude des Grundstückes Lindenstr. 30, Ecke der Ritterstraße, begonnen worden. Vorläufig wird jedoch nur die Hälfte des alten Arrestgebäudes niedergelegt, soweit dasselbe in den Besitz der Reichspost übergegangen ist. Die Abrissarbeiten sollen bis Ende Juni beendet und alsdann soll sofort mit dem Neubau für das Post-Verwaltungsgebäude begonnen werden. Die andre Hälfte des Grundstückes, Lindenstr. 31, ist im Besitz des Militär-Fiskus geblieben. Die Räume dieses, an der Ecke der Feilnerstraße befindlichen Hauses werden jetzt umgebaut und zu Dienstwohnungen für königl. Beamte umgestaltet. Auch die auf dem Hofe befindlichen Pferdehallen bleiben zur Unterbringung von Militär-Dienstpferden erhalten.

Zur Reichstags-Wahl in Frankfurt-Lebus. Der Ausfall der Wahl am Freitag, den 13. Mai, hängt wesentlich davon ab, ob die zahlreichen Wähler aus diesem Kreise, die in Berlin beschäftigt sind, ihrer Wahlpflicht genügen. Hier muß vor allem heute die Agitation einsehen; und jeder Bauarbeiter und Bauhandwerker, der mit einem Kollegen aus Frankfurt-Lebus auf dem Bau beschäftigt ist, hat die Pflicht, diesen Wähler eindringlich darauf hinzuweisen, daß es von seiner einzigen Stimme abhängen kann, ob der Wahlkreis in den nächsten vier Jahren reaktionär oder sozialdemokratisch vertreten sein wird. Um den hier beschäftigten Wählern aus dem erwähnten Wahlkreis die Beteiligung an der Wahl möglichst zu erleichtern, hat unser Parteigenosse Karl Dimmid an die Eisenbahn-Direktion Berlin das Gesuch gerichtet, den Arbeiter-Rückfahrkarten auch für den Wahltag Geltung zu verleihen. Dies Gesuch ist in folgendem Antwortschreiben der Eisenbahndirektion bewilligt worden:

Aus Anlaß der Reichstags-Wahl im Kreise Frankfurt-Lebus am 13. Mai dürfen die Arbeiter-Rückfahrkarten für die Strecken Berlin Stadtbahn-Dahmsdorf, Mündelberg-Gohorn, Gufow, Trebnitz und Werbig zur Rückfahrt nach dem Wohnort am 13. Mai benutzt werden. Ebenso haben wir angeordnet, daß neue Arbeiter-Rückfahrkarten ausgegeben werden dürfen: a) am 13. Mai vom Arbeitsort nach dem Wohnort, b) am 13. oder 14. Mai zur Fahrt vom Wohnort nach dem Arbeitsort. Die unter a genannten Arbeiter-Rückfahrkarten berechtigen zur Rückfahrt nach dem Arbeitsort am 13. oder 14. Mai. Arbeiter-Wochenkarten liegen für oben genannte Strecken nicht auf. Bei etwaiger Stichwahl wollen Sie uns den betr. Termin gefälligst angeben, damit wir Gleiches veranlassen können.

Es kommen etwa 1000 Wähler in Betracht. Daraus ist zu erkennen, wie wichtig deren Beteiligung ist; möge niemand das von ihm verlangte Opfer scheuen!

Ueber den unerwartet plötzlichen Tod von Jenny Groß macht der „Berliner Börsen-Courier“ folgende Mitteilungen: Bis vor wenig Tagen hat sie am Residenz-Theater in Dresden gastiert, dem sie seit einer Reihe von Jahren ein Frühlingsgast gewesen. Umstrahlt vom Blick eines großen Erfolges, nahm sie vor einer Woche vom Dresdener Publikum Abschied und kehrte nach Berlin zurück. Um eines älteren Leidens willen mußte sie sich einer Operation unterziehen, und dieser Operation oder ihren Folgen ist sie in der Klinik des Professors Landau schnell erlegen. Der operierende Arzt hat der Heimgegangenen über die Schwierigkeit und den großen Ernst der Operation keinerlei Zweifel gelassen. Jenny Groß wünschte, daß sie ihr Leben einsetzte, um ein gesünderes Leben zu gewinnen. Am vorigen Mittwoch, dem Tage, ehe sie sich in die Klinik begab, schrieb sie bis in die späte Nacht hinein ihre lechtwilligen Anordnungen nieder, die sie versiegelt und mit der Aufschrift hinterließ, der Brief sei nach ihrem Tode zu eröffnen. In tiefer Bewegung und fast einer Ohnmacht nahe, nahm sie am Morgen darauf von ihrem Hause Abschied. In die Klinik folgte ihr ihre Schwester, die ihr von Kindheit an die unzertrennliche Begleiterin gewesen. Gleich nach der Operation haben die Ärzte wohl schon gewünscht, daß die Erhaltung des bedrohten Lebens sehr schwer sein würde. Am Sonntag früh kurz vor 10 Uhr ist Jenny Groß für immer entschlumert. Montagabend nach 9 Uhr wurde die Leiche in die Gedwigskirche übergeführt, wo morgen vormittag 1/2 11 Uhr die Trauerfeier stattfinden wird. Auf Wunsch der Heimgegangenen wird die Leiche nach Wien übergeführt, wo sie auf dem Centralfriedhof beflattet werden soll.

Die Subkommission der städtischen Verkehrsdeputation hatte gestern abend eine längere Sitzung, in der man über die Einleitung der geplanten städtischen Straßenbahnen beriet. Vor allem handelte es sich um die Befestigung der Linie der Nord-Süd-

bahn. Da aber vorläufig die Besprechungen nur einen vorberreitenden Charakter trugen, so wird man mit deren Beendigung warten, bis die Verkehrsdeputation in ihrer Gesamtheit sich mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Das dürfte noch einige Wochen dauern; aber jedenfalls wird man noch vor Beginn der Ferien der Stadtverordneten näheres über die Beschlässe der Verkehrsdeputation erfahren.

Polizeilich aufgelöst wurde die gestrige Versammlung, in der Graf Büdler über das Thema: „Auf zum Sturm“ sprechen sollte. Der Saal des städtischen Establishments in der Kopenstraße war dicht gefüllt; eine große Anzahl von Besuchern konnte nicht mehr Einlaß erhalten. Graf Büdler hatte erst einige Minuten gesprochen und u. a. gesagt: „Im Kampfe gegen das Inwendige für Volk und Vaterland müsse man mit der Energie und der Widerstandsfähigkeit von Löwen und Tigern ausgerüstet sein, die ihre Jungen verteidigen“, als der überwachende Polizeioffizier die Versammlung für aufgelöst erklärte.

Umfangreichen Butterfälschungen ist man hier auf die Spur gekommen. Gegen 30 Butter- und Schmalzhändler ist schon Anklage erhoben worden. In den meisten Fällen, wo frische Butter mit alter Standbutter gewerksmäßig im großen vermischt und als frische Mollereibutter verkauft worden war, ist die Fälschung wohl nachgewiesen worden, aber keine Anklage erfolgt. Dagegen ist in vielen Fällen, wo die Butter mit Margarine, Palmöl, Vegetabilien, Ruchbutter, Ruffin, Calmabutter, Schmalz und Kollumrubutter vermischt und als „reine“ Butter und „Pratensmaltz“ in den Handel gebracht worden ist, die Anklage aufrechterhalten worden. Die Fälschung ist, da die Fette nur halb so teuer sind als Butter, recht lohnend und wurde gleich im großen betrieben. Zum Teil wurden dazu Antriebsmaschinen benutzt. Angeklagt sind u. a. die Butterhändler Jakob, Johann und Theodor Dubinsky mit ihren Frauen, ferner G. Buttigereit, E. Pulins, Siegfried Koch, W. Stolp, Fr. Bessolad, Th. Kay, D. Krause, K. Partenheimer, J. Lejng, Ernst Vogel, P. Landmann, A. Schöla, Th. Drabich, R. Schröder, J. Träger, O. Träger, G. Mey, E. May, J. Fortia, R. Morpha, P. Schulte und A. Müller. Hoffentlich gelingt es endlich auch eine Handhabung zu finden, um denen ihr Handwerk zu legen, die besonders im Winter frische Butter mit alter minderwertiger Standbutter vermischt und als „frische Mollereibutter“ verkaufen. Solche Mischbutter hält sich nur kurze Zeit, und manche Hausfrau wird sich schon gewundert haben, wenn die Butter, die sie erst tags vorher frisch gekauft und selbst gefolgt hatte, plötzlich alt schmeckte, so daß sie kaum als Kochbutter mehr zu verwenden war.

„Verlorene Kinder im Zoologischen Garten.“ Wie die Leitung des Zoologischen Gartens mitteilt, hat sie das früher übliche Ausblafen von Affen, die ihren Eltern abhanden gekommen, verboten, weil es bei der Größe des Gartens in der Regel sich als zwecklos erwiesen hatte? Dagegen wurde in der Garderobe neben dem Tiergarten-Gang eine „Aufbewahrungsstelle für die Kleinen“ geschaffen. Eine zuverlässige Frau nimmt die Kinder dort in Empfang, stellt ihren Kummer mit Bonbons und behält sie so lange, bis sie wieder abgeholt werden. Das Vorhandensein dieser Einrichtung ist durch Anschläge an den Eingängen bekannt gemacht; auch hat jeder Beamte des Gartens eine entsprechende Anweisung. — Wer also künftig im „Zoo“ ein Kind verliert, muß es in dem erwähnten „Depot“ suchen.

Ein frohes Wiedersehen. Der Schneider Karl Mund suchte seit einiger Zeit die Bier- und Kaffeehäuser in der Friedrichstadt mit einem Felsenselber heim. In der Nacht zum Sonntag wurde er beim Diebstahl eines Heberziehers in einem Café ertappt; sein Gefährt entkam. Bei dem Verhör vor der Kriminalpolizei sah er sich plötzlich einem Mädchen gegenüber, das ihn erstaunt anredete: „Da sind Sie ja!“ Er war sehr erschrocken und verriet dadurch, daß er das Mädchen kannte. Er hatte sie vor einem Vierteljahr in der Friedrichstraße angehalten und behauptet, daß ein Ring, den sie trug, gestohlen sei und daß er als Kriminalkommissar das Recht habe, ihn zu beschlagnahmen. Das Mädchen gab den Ring heraus, machte aber später doch Anzeige.

Das Polizeipräsidium erneuert folgende Warnung: „Eisalkohol Getränke, wie sie in der heißen Jahreszeit vielfach zum Verkauf gestellt werden, sind geeignet, ernste Verdauungsstörungen hervor-zurufen. Es wird daher vor ihrem Genuß gewarnt. Getränke sollten nicht kälter als höchstens 10 Grad Celsius sein. Speiseeis sollte aus denselben Gründen namentlich von Kindern nur mit Vorsicht und in kleinen Mengen genossen werden.“ — Ebenso erneuert das Polizeipräsidium seine Warnung vor giftigen Pilzen. — Eine Warnung vor dem Kauf von gekochten Krebsen, die mit Beginn der Krebszeit wieder von herumziehenden Händlern feilgeboten werden, erlassen die Polizeiverwaltungen der Vororte. Es ist wiederholt festgestellt worden, daß in Verletzung begriffene Krebse früher auf den Straßen verkauft wurden. Der Genuß solcher Tiere kann lebensgefährliche Erkrankungen zur Folge haben.

Mit 15 Jahren in den Tod. In der Jungfernhöhe hat sich ein 15 Jahre alter, aus Greifswald gebürtiger Handlungslehrling Volkmar Vietmann erschossen, der seit fünf Wochen bei einem Kolonialwarenhandler in der Lutherstraße zu Charlottenburg lernte. Der junge Mann, der Sohn eines Beamten, war sehr aufgeweckt, fleißig und gewissenhaft. Was ihn in den Tod getrieben hat, wissen weder seine Eltern, noch sein Lehrer. Von diesem ging er am Sonntagmorgen 2 Uhr weg, um einen Ausflug zu machen. Ueber dessen Ziel sagte er ebenso wenig wie über seine Begleitung. Am Montagmorgen fanden ihn Arbeiter tot in der Jungfernhöhe liegen. Neben ihm lag der Revolver, mit dem er sich erschossen hatte.

Am Friedhofe erschossen hat sich der Kaufmann Julius Buchold aus der Friedbergstr. 27 zu Charlottenburg. Buchold kaufte am 1. Juli v. J. die medianische Stickerie von Louis Hesel in der Mohrenstr. 43, die seit sechs Jahren besteht, und beschäftigte darin außer seinen beiden Töchtern noch sechs andre Mädchen und zwei Schneider. Es scheint, daß die Stickerie, die für Damenkonfektionäre arbeitete, nicht recht gehen wollte. Buchold zeigte schon länger ein sehr gedrücktes Wesen, das man nur auf geschäftliche Sorgen zurückführen kann. Am Montagmorgen verließ er seine Wohnung in der Friedbergstraße mit dem Bemerkten, daß er nach dem Geschäft gehen wolle. Als er aber nicht dorthin kam und auch nach der Wohnung nicht wieder zurückkehrte, suchte man ihn und fand ihn gestern in der Nähe des jüdischen Friedhofes bei der Laubentloster „Talen“ als Leiche wieder. Neben ihm lag ein Revolver, aus dem er sich mehrere Kugeln in die rechte Schläfe geschossen hatte.

Beim Turnen ist der 11 Jahre alte Schüler Erich Pohl aus der Postoderstraße 12 schwer verunglückt. Während der Turnstunde in der 222. Gemeindeschule in der Postoderstraße fiel er vom Red und brach sich den rechten Oberschenkel. Er wurde in das Noabiter Krankenhaus gebracht.

Folgerschwere Explosion. In der Sprengstoffabrik von A. Alde in Adow hat sich ein schwerer Unfall zugetragen. Der Arbeiter Hellwig wurde durch die Explosion einer Sprengkapsel schwer verletzt; aufeinander sind beide Augen gefährdet; sein Gesicht ist verbrannt; die Brust aufgerissen und drei Finger der linken Hand wurden zerschmettert. Der Verunglückte, dessen Behandlung sich im Spandauer Krankenhaus als unmöglich erwies, wurde nach der hiesigen königlichen Klinik geschafft.

Ein Zusammenstoß eines Straßenbahnzuges mit einem Mörtelwagen der Firma Alfred Weidner in Charlottenburg ereignete sich gestern vormittag in der Berlinerstraße in Charlottenburg. Der Mörtelwagen wollte in den Thorweg des Hauses 183 der genannten Straße einfahren, als ein Straßenbahnzug der Linie R (Charlottenburg-Dönhoffplatz) vorbeifuhr. In diesem Augenblick riß der Führer die Pferde zurück, und der schwere Lastwagen rollte wieder auf den Fahrdamm. Hierbei stieß die Hinterräder mit solcher Gewalt gegen die Hinterplattform des Straßenbahn-Anhängers, daß die Perronwand vollständig abgerissen wurde. Der auf dem Perron befindliche Fahrmeister Wolf erlitt eine Quetschung der rechten Hand und Verletzungen am Rücken. Der Aufscher des Mörtelwagens, Gerlach, särgte vom Tod und trug leichte Verletzungen davon.

Im Herrnsfeld-Theater spielt jetzt das „Zegernseer Bauerntheater“. Die Künstler — Künstlerinnen, die an dieser Bühne mitwirken, sind zum Teil von früheren Berliner Gastspielen her bekannt; ihr Vorzug ist, daß sie hohle Deklamationen verabscheuen und so natürlich wie ihnen der Schnalld gewachsen ist, sprechen. Auch das Stück, das die Zegernseer spielen, kann sich unter Weibern sehen lassen. Es heißt „Der Dorfscharrer“ und handelt u. a. von einem zänkischen Ehepaar, das sich partout scheiden lassen will. Der Scharrer hat auch so, als ob es ihm mit der Erfüllung dieses Wunsches ernst wäre; da man sich aber über die Teilung der drei Kinder nicht einigen kann, erscheint den Scheidungslustigen ein Vorschlag des geistlichen Herrn plausibel, wonach mit der Trennung der Ehe gewartet werden soll, bis übers Jahr ein vierter Sprößling zur Welt gekommen ist. Nun will es das Malheur, daß zur gegebenen Zeit gleich noch ein fünftes Kind geboren wird und so das alte Dilemma bestehen bleibt. Da beschließen Mann und Weib, denn doch lieber auch in Zukunft gemeinsam ihr Kreuz zu tragen. Selbstverständlich giebt es in der Bauernkomödie Schnadahüpfeln, Schupplattler, Zitherpiel und Bauernmuffel als Beilage. Was wäre wohl auch anders eine oberbairische Bauernkomödie denkbar?

Der neue Botanische Garten in Dahlem bei Steglitz ist am Himmelfahrtstage nicht geöffnet, dagegen aber am Sonntag, den 15. d. Mts., sowie am zweiten Pfingstfesttage. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß Kinder unter zehn Jahren nicht eingeführt werden dürfen. Auch wird daran erinnert, daß an den Wochentagen Lehrer mit je 20 Schülern den Garten, ohne vorher Erlaubnis einzuholen, besuchen können. Der Name des Lehrers, der Anzahl sowie der Klasse ist vor dem Eintritt dem Gartenbauamt mitzuteilen.

Am Himmelfahrtstage, Donnerstag, den 12. Mai, nachm. 5 Uhr, spricht Direktor Archenhold auf der Trepow-Sternwarte über „Die Wohnbarkeit der Welten“, abends 7 Uhr über „Aufsindung der Sternbilder“. Mit dem großen Fernrohr werden während der ganzen Woche am Tage Sonnenflecke, abends Doppelstern, Sternhaufen, bei besonders klarem Wetter der neue Komet gezeigt.

Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung hat am Montag in der bekannten Angelegenheit der Unterführung der Hauptstraße und Erschließung des Südgeländes weitgehende Beschlüsse gefaßt. Nach dem Eisenbahngesetz vom Jahre 1885 soll nämlich der Fiskus das Recht besitzen, die Anlage von vorgehenden Schienenwegen über öffentliche Straßen beliebig zu verordnen. Nach längerer Debatte wurde dem Magistratsvorschlag zugestimmt, wonach die Unterführung der Hauptstraße an der Ringbahn eine Breite von 27 Meter erhält. Außerdem soll die öffentliche Fußgängerlinie der Holbeinstraße geradlinig bis zur Hauptstraße durchgeführt werden und die Abfuhrdurchführung und Verlängerung der Straße P des nördlichen Geländes zum Aufschluß des Südgeländes erfolgen.

Einem Ausschuss überwiesen wurde ein auch von unseren Werten unterstützter Antrag: „Den Magistrat zu ersuchen, außer den 10 Proz. Freischulern noch aus der Zahl derjenigen hiesigen Gemeindeglieder, welche ganz besonders von ihren Lehrern und Rektoren empfohlen werden, alljährlich bis höchstens 20 Schüler als Freischüler der Mittelschule zu überweisen.“

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Schöneberg haben mit Unterstützung einiger bürgerlicher Vertreter folgenden Antrag eingereicht:

Der Magistrat wird ersucht, der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten, die die Lage der in den städtischen Betrieben oder sonstigen städtischen Arbeiten beschäftigten Arbeiter gemäß den Einrichtungen anderer Städte regelt: 1. Errichtung einer Pensionskasse, 2. einer Wiltens- und Waisenversicherung, 3. Auszahlung der zwischen Krankengeld und Lohn liegenden Differenzsumme, 4. Gewährung von Sommerurlaub.

Zur Renovierung des Ratskellers wurden wiederum 1500 M. bewilligt, nachdem eine solche erst vor einigen Jahren stattgefunden hatte. Der Wächter hat sich bereit erklärt, 1000 M. pro Jahr mehr Miete, also 3000 M., zu zahlen. Da mit dieser Verdingung das Pachtverhältnis auf weitere fünf Jahre verlängert wird, scheinen die bisherigen Verhandlungen über einen Verkauf des Rathhauses erledigt zu sein.

Zur Ermittlung des geeignetsten Systems automobiler Pöschfahrzeuge wurden für eine Versuchsreihe nach den Städten Köln und Hannover 781,50 M. bewilligt.

Ein Zusammenstoß auf dem Pankower Rangierbahnhof, bei dem ein Beamter verletzt wurde, erfolgte gestern nacht zwischen einer verkehrenden und einer mehrere Güterwagen ziehenden Lokomotive. In einer Weiche stießen die beiden Maschinen mit solcher Gewalt aufeinander, daß sie seitwärts aus den Gleisen sprangen. Von dem Personal erlitt ein Geizler durch den ausströmenden heißen Dampf Brandwunden; die übrigen Beamten konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der Güterverkehr war mehrere Stunden hindurch unterbrochen. Arbeiter, die mit einem Hilfszuge vom Stettiner Bahnhof aus an die Unfallstelle beordert wurden, räumten die Gemeinschaft mit den Mannschaften der Bahnmehlfabrik Paulow die Gleise, die erst am frühen Morgen wieder frei gemacht werden konnten. Die beiden Maschinen mußten außer Dienst gestellt werden.

Rixdorf. Vermutlich das Opfer einer Personendiebstahl wurde abends in der Lessingstraße der Maurer Richard Brehm aus der Prinz-Handwerkerstr. 65. Er wurde von mehreren unbekannten Männern überfallen und mit Messern gestochen, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die Täter entkamen. — Ein Selbstmordversuch wurde in einem Hause der Schönweiderstraße in früher Morgenstunden von einem 17jährigen Burschen gegen eine verheiratete Frau, die Backwaren austrägt, verübt. Nur dem Umstande, daß schließlich Leute hinzulamen, hatte es die Frau zu verdanken, daß sie nicht das Opfer des jugendlichen Wüßlings wurde. Der junge Mensch will bei Verübung der That total betrunken gewesen sein.

Wilmersdorf. In Gewerbegerichtssachen erteilt Stukkarer D. Gladigow, Wilhelmstraße 100, bereitwillig Auskunft.

Für die ausgeschriebene Stelle eines besoldeten Schöffen in Wilmersdorf haben sich 60 Bewerber, Richter, Gerichts- und Regierungsschaffener, Bürgermeister, Stadträte u. gemeldet, von denen die drei Stadträte Weinreich-Rixdorf, Rohde-Werkeburg und Peters-Rosen in die engere Wahl kamen. Die endgültige Wahl wird noch in diesem Monat erfolgen; gleichzeitig muß einer der sechs besoldeten Schöffen abgelöst werden, da nach dem bestehenden Ortsstatut in der Gemeindevertretung nur sechs Schöffen vorhanden sein dürfen.

Feuer in einer chemischen Fabrik. In der chemischen Fabrik von C. A. F. Kahlbaum in Adlershof brach in vergangener Nacht ein Feuer aus. Der Fabrikwächter nahm kurz nach Mitternacht auf seinem Kontrollgange Brandgeruch wahr, ohne zu finden, woher er kam, und er setzte daher die elektrischen Apparate in Tätigkeit, wodurch die Fabrikfeuerwehr alarmiert wurde. Außerdem spaltete der Wächter sofort sämtliche Vogelampfen auf dem Fabrikkomplex ein, so daß jede Orientierung ermöglicht wurde. Das Feuer, das in einem Laboratorium schon lange geschwelt haben mußte, hatte den Innenraum schon zum Teil ausgebrannt und durchschlagung nunmehr das Dach, einen weithin sichtbaren Feuerschein verbreitend. Durch diesen wurden die anderen Feuerwehren, die Adlershofer sowie diejenigen von Glienicke, Grünau, Ober-Schöneweide, Köpenick und Spindlersfeld (Fabrikfeuerwehr der Firma W. Spindler) herbeigerufen, welche im Verein mit der Kahlbaum'schen Wehr und den auf dem Fabrikkomplex an verschiedenen Punkten stationierten Dampfkräften den Kampf gegen das Feuer aufnahmen. Wiederholt wurden Explosionen statt, die die schönsten Brillantfeuer entwickelten

und so ein farbenprächtiges Schauspiel abgaben. Das vom Feuer ergriffene Gebäude, das älteste der Fabrik, ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Verletzungen sind zum Glück nicht vorgekommen, dagegen ist der Verlust an physikalischen und chemischen zum Teil sehr wertvollen Apparaten, an Utensilien und chemischen Präparaten ziemlich bedeutend. Eine Betriebsunterbrechung wird durch den Brand aber nicht hervorgerufen.

Trepow-Baumhufenweg. Damit auch zu Michaelis in der Gemeindefschule an der Kieholzstraße Kinder eingeschult werden können, sollen dort zwei neue Klassen eingerichtet werden. Das Schulhaus in der Bouchéstraße soll Ende September 1905 fertig werden. Ein Zwischenfall ereignete sich in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung dadurch, daß der Gemeindevorsteher dem sozialdemokratischen Gemeindevertreter das Wort entzog, als dieser auf den schlechten, ungepflasterten Weg hinwies, der zur Schule in der Kieholzstraße führt. Das gehöre nicht zur Sache. Die Vertretung lehnte darauf den ihr von Berlin gemachten Vorschlag ab, die Unterhaltungspflicht der Neuen Krug-Allee zu übernehmen, für welche in der letzten Sitzung die Anlegung von Straßenbahnlinien bewilligt wurde. Das Kanalisationsprojekt sowie die Verlegung der Druckrohrleitung durch die nach Mariensfeld-Budow führende Chaussee ist vom Kreisaußschuß genehmigt worden. Der Magistrat von Berlin hat in den Verkauf eines Grundstücks für die Pumpstation zugewilligt, so daß, die Genehmigung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung vorausgesetzt, die langersehnte Kanalisation bald in Angriff genommen werden kann. Einem Wunsche unseres Parteigenossen Gramenz, den öffentlichen Verkauf von Bäumen nicht am Vormittag, sondern abends stattfinden zu lassen, soll entsprochen werden. Die Einwohnerzahl unseres Ortes beträgt 7793. Im Monat April sind 695 Personen fortgezogen und 1105 hinzugezogen.

Gerichts-Zeitung.

In der gestrigen Verhandlung des Kommernant-Prozesses gab zunächst der gerichtliche Bucharrevisor Ohme ein ausführliches Gutachten über die Bilanzen der Immobilien-Verkehrsbank ab; in demselben kam er zu dem Ergebnis, daß die Bilanzen eine Reihe von Unrichtigkeiten enthalten. Die Sachverständigen Guschke und Kruse traten in mehreren Punkten dem bei, während sie in anderen die gezogenen Monita vom kaufmännischen Standpunkt nicht für begründet erachteten. Auch über die Bilanzen der Immobilien-Erwerbsgesellschaft und der Gesellschaft Siedmaner u. Co. gab der Sachverständige Ohme sein Gutachten ab. Demnach wandte sich die Verhandlung den von der Verteidigung gestellten Beweisfragen zu. Die Verteidigung hat auf gemeinsamen Beschluß 22 schriftlich formulierte Beweisfragen gestellt, die Justizrat Bronker zum Vortrag brachte; ein Aktenabdruck derselben wurde den Prozeßbeteiligten überreicht. Die Beweisfragen sind eine Zusammenstellung der im Vorjahre bereits gestellten Anträge und betreffen namentlich die Vorwürfe ungeschicklicher Geschäftsführung und die Verhältnisse der Tochtergesellschaften. Zu den Anträgen äußerten sich, soweit es auf die Durchführung ankam, sofort die Sachverständigen Guschke und Kruse, die die ziffermäßige Richtigkeit derselben im wesentlichen bestätigten. Das Gericht beschloß unter Zustimmung des Staatsanwaltschaftsrats Veed die Ladung der in Betracht kommenden Zeugen. — Beim Schluß der gestrigen Sitzung wandte sich die Verhandlung der Gründung der Streifbank zu. Ueber die Vorgänge bei derselben und die Ergebnisse der Buchar erstattete der Sachverständige Bucharrevisor Reuter ein eingehendes Gutachten, welches sich insbesondere auf die Hergabe und die Verbuchung des Gründungskapitals mit dem statutenmäßig vorgesehenen Agio von 5 Proz. — im Ganzen 6 300 000 M. — erstreckte. Das Gutachten fiel für die Angeklagten sehr ungünstig aus, denn es spitzte sich dahin zu, daß die ganzen Buchungen den Verdacht erregen müssen, daß es darauf abgesehen gewesen sei, die großen persönlichen Vorteile, die den Angeklagten hierbei in den Schoß gefallen seien, zu verheimlichen. Auch diesmal traten die Angeklagten Schulz und Romeid den Darlegungen dieses Sachverständigen lebhaft entgegen und es entspann sich auch hierüber eine lebhaft kontroverse buchtechnische Charakter. — Die nächste Sitzung findet Mittwoch 9 Uhr statt. In derselben sollen die allgemeinen Erörterungen über die Streifbank fortgesetzt und, wenn möglich, die Frage der Schädigungen zur Verhandlung gestellt werden. Der Vorsitzende hofft, daß er am nächsten Montag zur Vernehmung der vom Gericht zur Verfrage bestellten Sachverständigen kommen wird. Die Schädigungen dieser gerichtlichen Sachverständigen bilden den springenden Punkt der neuen Verhandlung.

Die Braut gesteht. Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang hatte sich der Kaufmann Otto Waremhour gestern vor dem Schöffengericht des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte, ein 27jähriger Mann, betreibt in der Meindorferstraße 45 ein Produktiv-Engros- und Würtzereifabrik-Geschäft. Das Geschäft wurde früher vom Vater des Angeklagten betrieben; nachdem der Sohn seine Militärzeit absolviert hatte, setzte sich der Vater zur Ruhe und der Angeklagte übernahm das Geschäft auf eigene Rechnung. Er hatte eine Arbeiterin Bertha Enselben im August 1900 kennen gelernt, er knüpfte ein Liebesverhältnis mit ihr an und verlobte sich im August 1903 mit ihr, nachdem sie schon seit 1902 in seinem Geschäft thätig gewesen war. Vor der Verlobung war er schon zu dem Vater seiner Braut als Chambregarnist gezogen. Er wollte sich im Herbst verheiraten. Nach und nach war ihm bekannt geworden, daß seine Braut früher schon Liebschaften, bei denen eine Ehe in Aussicht genommen worden war, gehabt hat und er sahnte langsam das Mißtrauen, daß das Mädchen in Bezug auf die Treue nicht ganz zuverlässig sei. Der Angeklagte selbst ist ein außerordentlich harter Trinker, bei dem Bierereien in Gemeinschaft mit guten Freunden an der Tages- und Abendordnung waren. Wenn er aus Anfeiden kam, vertilgte er in einer Tonne 20—30 Gläser Bier und daneben 8—10 Gläser Cognac. Am 23. Januar hatte er in dem Lokal von Kleinmüldt wieder erschrecklich geschmeckt. Da kam seine Braut in das Lokal, um etwas zu kaufen, und sein Specialfreund und Zechgenosse machte sich in der Abwesenheit des Angeklagten den Scherz, zu dem Mädchen zu sagen: „Verheiß, gib mir doch einen Kuhl!“ Das Mädchen bedachte sich auch gar nicht lange und gab ihm mehrere Küsse auf den Mund. So wurde es wenigstens dem Angeklagten am nächsten Tage erzählt; er stellte seine Braut deswegen zur Rede, diese stritt aber das Vorkommnis ab. Das Mißtrauen des Angeklagten wuchs infolge dessen noch mehr. Am 26. Januar kniepte er wieder den ganzen Tag bei Kleinmüldt, der sein Geschäft verkauft hatte. Er soll am Vormittag 20 Gläser, am Nachmittag 30 Gläser Bier nebst zahlreichen Schnäpsen vertilgt haben. Als er dann nach Hause kam und sich ins Bett legen wollte, fand er seine Braut nicht in der Wohnung vor. Er geriet darüber in große Wut, zog sein Messer aus der Tasche und legte es ausgeklappt neben sich. Als das Mädchen dann nach Hause kam und behauptete, sie sei zum Einkauf gewesen, kam es zu einem kurzen Wortwechsel. Der Angeklagte drohte zunächst, einen Säbel zu holen und sie niederzustechen, dann aber ergriff er plötzlich das Messer und jagte es der Braut in die Brust. Der Stich muß mit außerordentlicher Gewalt geführt gewesen sein, denn es wurde eine Rippe zerschlagen, der Herbeutel durchtrennt und beide Herstammern durchschnitten. Das Blut spritzte in großem Bogen hervor, der Angeklagte stürzte auf das Mädchen los und hielt ihr die Wunde zu, ein Arzt wurde schleunigst herbeigeholt. Dieser konnte aber nur den bereits eingetretenen Tod des Mädchens konstatieren. — Der Angeklagte behauptete, daß er nicht wisse, was er getan, und daß er nur annehmen könne, im betäubten Zustande mit dem Messer umhergeschweift und das Mädchen getroffen zu haben. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Czoziesner, hatte zahlreiche Zeugen geladen, die bezeugen sollten, daß der Angeklagte von Natur ein ganz friedlicher und harmloser Mann sei, aber völlig halslos und erzerriglich werde, wenn er in angetrunkenem Zustande auch nur durch eine Kleinigkeit gereizt werde. Er habe in einem solchen Zustande schon zahlreiche Exzesse begangen. Der Vorsitzende meinte, daß man einen solchen Menschen, der fort und fort Trint-

Erzesse verübt, dauernd einsperren. — Die umfangreiche Beisetzungsanfrage ergab, daß das Vertigen von 20—30 Glas Bier hauptsächlich zu den Bewohnern des Angeklagten gehörte. In einer ganzen Anzahl von Fällen ist es vorgekommen, daß der Angeklagte auf einer seiner vielen Bierereien harmlose Straßenpassanten, die ihm absolut nichts zu Leide thaten, zu Boden geschlagen hatte.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig der schweren Körperverletzung mit tödlichem Ausgang unter Verjagung von mitdernden Umständen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gehängnisstrafe von drei Jahren sechs Monaten, der Gerichtshof erkannte auf vier Jahre Gefängnis.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz hatten sich die Schlächtermeister Niemech und Vießoldt in Rixdorf vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Ein von dem Angeklagten Niemech geschlachtetes Rind war hierzuland als mit Flammen beheizt beanstandet worden. Nachdem das Fleisch des Rindes 21 Tage im Kühlraum geblieben, wurde es zum Verkauf als „minderwertig“ in größeren Mengen freigegeben. Nunmehr ging das Rind in den Besitz des Schlächtermeisters Vießoldt über, der das Fleisch als vollwertiges in den Handel brachte. Er behauptete, trotz der Stempel nicht gewußt zu haben, daß das Rind beanstandet worden, und R. erklärte, seine Frau, die das Rind an B. verkauft, habe keine Ahnung von der Minderwertigkeit des Fleisches gehabt. Der Gerichtshof erachtete beide Angeklagte für schuldig und erkannte auf die überaus milde Strafe von je 30 M. Da beide Angeklagte notorisch reiche Leute sind, trifft sie diese Strafe natürlich herzlich wenig.

Der Verein der Gütergüter veranlaßt am Himmelfahrtstage eine Partie nach der Heimstätte Gütergüter. Treffpunkt 7.30 vormittags Potsdamer Ring- und Borori-Bahnhof. Gemahlte Gütergüter werden gebeten, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Vermischtes.

Ein Wirbelsturm in Cochinchina, der vor einigen Tagen dessen südliche Provinzen heimsuchte, hat die Stadt Nkyho fast völlig zerstört. Mehrere hundert Menschen gingen unter oder wurden aus Meer gerettet. Die Zahl der Umgekommenen wird auf mehr als 2000 angegeben, vermutlich sämtlich Eingeborene, da kein Europäer als vermißt gemeldet worden ist. Der angerichtete Schaden beträgt über zwei Millionen Franken. Der Sturm ging in der Richtung von Kambochia vorüber und hat auch in der Stadt Pnom-Penh große Verwüstungen angerichtet. Auch dort ertranken zahlreiche Personen, und viele Schiffe wurden trod. Die Telegraphenlinien sind überall zerstört. Die Eisenbahnverbindung mit Nkyho ist noch nicht wieder hergestellt.

Die mißglückte Bekehrung des Kaisers Benhak. In Münchener Blättern war behauptet worden, der Prinzregent habe einen Geistlichen an das Sterbelager Benhaks geschickt. Dieser habe aber jeden geistlichen Beistand höflich, aber deutlich zurückgewiesen. Dazu schreibt der „Bayer. Kur.“, ein höherer Hofgeistlicher habe auf Wunsch des Kaisers (i) und der Familie Dienstag längere Zeit am Krankenbett Benhaks verweilt und dieser hätte vorgehabt, sich mit der Kirche auszusöhnen. Der Priester habe seinen Besuch zweimal wiederholt. Davon hätte die Familie sowie der Prinzregent Kenntnis gehabt. Der eingetretene Todeskampf hätte jedoch die förmliche Erklärung der Rückkehr in die Kirche unmöglich gemacht, und so sei infolge dessen die Beerdigung ohne kirchlichen Beistand erfolgt.

Katastrophe auf der New Yorker Hochbahn. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: In der dritten Avenue an der 57. Straße erfolgte auf der Hochbahn ein Zusammenstoß und eine Entgleisung. Die Züge waren gedrängt voll von Passagieren. Die Wagen brannten, mehrere hingen von der Hochbahnstruktur herab. Ein Motorführer wurde getötet, zehn Personen wurden schwer, viele leicht verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Lebens. 1. Heinrich Braun (Soc.), 2. Wasserfall (nall.), 3. General v. Jagwitz (für Bund d. Landw. u. Anstl.). — 2. Wetende 47. Die vorliegende in Roabit ist Anfang 1898 abgebrannt. — 177. Ja. — Stroch. Logo artis, lateinisch. Vorlaut: Nach Gesetz der Kunst. Übertragen: Nach allen Regeln der Kunst, auch in dem Sinne von „durchaus vorzüglichmäßig“. — Budde. Im den 11. Eisenbahnwagen beschäftigte Beamte und Arbeiter gibt es rund 500 000. — 1444. 1. und 2. Ja. 3. und 5. Nein. 4. und 6. Beweise vorhanden.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Schloßstr. 7 Nr. 8.

D. R. 4. Den Antrag auf Bewilligung der Unfallrente müssen Sie schleunigst an den Vorstand der Berufsgenossenschaft richten. So weit geht das Reichs-Versicherungsgesetz nicht, daß es gar grundsätzlich die Unfallrente für jeden Unfall ablehnt, dessen Folge nur ein Verstoß war. Nur hat es die Bewilligung ungezügelter erzwungen. — Hofmann. Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet. Sollte der Kreisaußschuß, nach bei seiner antiozialen Zusammenkunft und Anshaltung möglich, Sie dennoch verurteilen, so müssen Sie bei dem ordentlichen Gericht auf Aufhebung dieses schädlichen Urteils klagen. — G. S. 1. Der junge Mann gilt als tatbeteiligt. 2. Will er zu einer anderen Religionsgesellschaft übertreten, so soll er mit einem Beamten dieser Religionsgesellschaft sprechen. Zulässig ist der Uebertritt. — G. R. D. 1. Die Ihrer Braut zugewiesenen Beleidigungen dürften von jedem Gericht als grobe zu erachten sein. Die Entschädigungslage ist durchaus berechtigt. Ein Beispiel für eine solche finden Sie S. 307 Nr. 22 des in den öffentlichen Lesestellen ausliegenden „Arbeiterrechts“. 2. Im Höchstmaß 950 M. 3. Die Invalidenrente erhält Ihre Braut am schnellsten dadurch, daß sie die Polizei zur Abnahme der Karte von der Arbeitgeberin und Uebergabe an sie anfordert. 4. Es ist ratsam, das Geld zu holen. — G. S. 6767. 1. und 2. Nein. 3. Sie würden schuldig auf Einhaltung der vereinbarten Zeit klagen können. Regt kein schriftlicher Vertrag vor, so kann Ihre Tochter die Lehre ohne weiteres verlassen. — O. R. R. R. Sie können schriftlich und durch Gericht die Rückkehr verlangen. Die bösliche Verlassung allein ist aber noch keineswegs ein Scheidungsgrund. Sie können zunächst nur auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens klagen (und auch nur, wenn Sie selbst diese Wiederherstellung ernstlich wollen) und haben erst dann den Scheidungsgrund der bösslichen Verlassung, wenn das Urteil auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens ein Jahr lang fruchtlos geblieben ist. Auch der Klage auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft muß ein Scheidungsvertrag (dem Amtsgericht Ihres Wohnorts) vorangehen. — D. 28. Nein. Der Mietsvertrag geht im Fall freihändigen Verkaufs des Hauses auf den neuen Eigentümer mit allen Rechten und Pflichten über. — J. S. Dortheendorf. Antworten Sie der Bede unter Darstellung Ihrer Verhältnisse, daß Sie zu der verlangten Unterstützung weder im Stande noch verpflichtet sind, und lassen Sie es auf eine Klage ankommen. — G. R. 1. Das Gericht würde voraussichtlich im Fall einer Klage annehmen, daß die Vorschriften des Vertrages über Kündigungsfristen und dergleichen auch für die andre Wohnung gelten. — W. F. Nie Jakobstraße. Nein. — W. E. Rixdorf. Es erbt in Ihrem Falle die Mutter nach ihrer Wahl nach den Grundbesitz des mütterlichen Rechts (dann erhält sie die Hälfte des verbleibenden Vermögens) oder nach den Grundbesitz des bürgerlichen Gesetzbuchs (dann erhält sie 1/3 des Vermögens des Verstorbenen und erhält ihr Eigentum). Geerbt werden nicht einzelne Bestandteile des Nachlasses, sondern der gesamte Nachlass. Zu diesem gehören auch die Schulden. Auf Antrag nimmt, da ein minderjähriger mütterlicherseits ist, das Vormundschafsgericht die Teilung in die Hand. Bei der Teilung ist die Muttersteuer zu berücksichtigen. Zweifellos ist die Mutter berechtigt, den Nachlass einzuweilen zu verwalten. Die mündliche Zusage des Vaters ist rechtlich belanglos. — W. W. Warschauerstraße. Sie müssen bezahlen. — G. R. Will eine verheiratete Frau Rückzahlung der für sie gezahlten Invalidenrenten, so muß sie innerhalb eines Jahres nach der Heirat den Antrag auf Rückzahlung stellen. Der Antrag hat nur dann Erfolg, wenn v. o. r. der Heirat mindestens 200 Markten gelebt sind. Ob empfindet es sich, solchen Rückzahlungsantrag nicht zu stellen, weil alle Rechte aus der Versicherung durch die Rückzahlung verloren gehen. Wird der Rückzahlungsantrag nicht gestellt und weiter gelebt (auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder als freiwillige Arbeiter- oder Selbstversicherer), so kann die Verheiratete später Alters- oder Invalidenrenten erhalten und möglicherweise in einer Heilanstalt Aufnahme finden. Freiwillige Arbeiterversicherer haben mindestens 20, freiwillige Selbstversicherer haben mindestens 40 Markten innerhalb je zwei Jahren zu legen. — G. R. 1. Nein. Wegen dieses Ehebruchs die Ehe geschieden wird: ja. 2. und 3. Ja. 4. Ja.



Himmelfahrtstag.

Fernsprecher: Königs-Wusterhausen No. 75.

Erste grosse Extra-Dampferfahrt mit Musik nach Sporthaus Ziegenhals. Abfahrt 9 Uhr Zirkularbrücke (Kahol u. Hertzog). Preis für Hin- und Rückfahrt 60 Pf. Stüber die Hälfte. Billets sind am Bord des Dampfers, sowie beim Gastwirt Schmidt, Zirkularbrücke 1, zu haben. Im Vorverkauf nur 50 Pf. Gleichfalls empfehle ich Lokal zu Dampferpartien. Dampfer stehen zur Verfügung. Bahnstation Zeuthen. (515222) Max Mörschel.

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen
Baustellen in schöner Lage Nieder-Schönhausen an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochliegendes, trodenes Land, per □-R. von 85 M. an. 46192*
Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 3, Nieder-Schönhausen.

Obergrund bei Bodenbach an der Elbe, Mittelpunkt der böhmisch-sächsischen Schweiz, Bade-, Terrain- u. klim. Kurort, Kochs Pensionen, Hotel und Villa Stark, altherbühmte herrliche Wald- und Gebirgs-Sommerfrische (eine der prächtigsten), Fluss-, Eisen-, Dampf- und andere Bäder. Man verlange Prospekte, Brief- und Telegramm-Adresse: Koch, Obergrund Bodenbach.

AUSVERKAUF.
Beim horrenden Niedrigpreis — jährlich 1500 Mark — bin ich gezwungen, mein großes Lager in
Hüte, Schirmen, Mützen, Krawatten
zu verkaufen, es kommen nur meine bekanntesten Qualitäten zum Verkauf und ist jeder berechtigt, bei Bezahlung 10% in Abzug zu bringen.
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stallhofstraße.

Schlosspark Wilhelminenhof
Oberspreewäldersee.
Station Nieder-Schönhausen.
Jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag.
Grosser Skite-Ball.
Kaffeeküche u. 2 Uhr an geöffnet. Musikalische Volksbelustigungen aller Art. Chr. Fennel. (48122)

Hüte in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher, Dresdenerstr. 100, an der Prinzenstrasse. 4725L*

Julius Lindenbaum
Herren- und Knaben-Garderobe
141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.
Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.
Feste Preise! Feste Preise!

Elegante Jackett-Anzüge in allen modernen Farben und Streifen 17-45 Mark.
Rock- und Gehrock-Anzüge schwarz und farbig von 25-54 Mark.
Stoff-Hosen von 3-14 Mark.
Sommer-Paletots elegante und moderne Verarbeitung in allen modernen Farben und Streifen von 16-45 Mark.
Jünglings- und Knaben-Garderobe in grosser Auswahl.
Moderne Westen von 1,75-7,50 Mark.

Gegründet 1879.

Wilmersdorf. Brandenburgische Strasse 100. Restaurant Selke.
Angenehmer Familien-Aufenthalt. ♦ Musikalische Unterhaltung.
Vereinszimmer (80 Personen). ♦ Billardzimmer.
♦ Warme Küche zu festen Preisen. 49212*

Theaterstücke
Öffentl. Aufführung garantiert.
"Versuchsbühne Deutscher Autoren."
Berlin, Friedrichstr. 243. Man verlange Prospekt. 87/11*

Glück bringende Lotterie.
Mittwoch: Erstausschreibung
Geld-Lotterie.
(Kleine Serien-Lotterie)
Ziehung 14. u. 16. Mai 1904.
Auf 6 Lose 2 Gewinne!
1. Gew. 750000
1. Gewinn 500000
1. Gewinn 250000
1. Gewinn 150000
1. Gewinn 100000
5 Gewinne 75000
u. s. w. u. s. w.
Cospreis: 11.
Ganze 11. 28. —, Halbe 11. 14. —
Drittel 7. —, Ächtel 3. 50
Für 1 Bestellung aus beiden per Postnahme oder gegen Nachnahme (20 Pf. Steuer).
H. Glaser, Darmstadt.
Nur die ansonsten Lose werden von mir verkauft.

Dr. Schünemann
Spezialausst. für Haut-, Horn- und Krallenleiden, Seydelstr. 9.
Büchertisch 1/12-1/3, 1/6-1/8.
RESTE
zur Damen-Mantel-, Confection, Mäden- und Knaben-Garderobe. Damen-tuche in schwarz und farbig. Kostümstoffe, Kammgarn, Cheviot, Cordskrew, Plüsch, Sammet, Besatzartikel etc.
CONFEKTION.
Fertige Jacketts, Capes, Paletots, Kostümstücke etc.
Grösste Auswahl. Billige Preise.
C. Pelz, Kottbuser Strasse 4.

4. Ziehung 5. Klasse 210. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Mai 1904, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 M. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

145 [500] 337 53 421 77 467 831 932 1018 24 45
70 451 [3000] 905 2069 [1000] 192 326 52 431 93 322
624 [3000] 181 90 248 47 511 26 939 4075 178 306
424 [3000] 500 [1000] 65 703 5090 54 209 29 30 [1000]
94 [3000] 459 508 654 840 6121 213 25 298 423 42 96
110060 663 [3000] 858 7142 315 72 91 97 328 39 564
654 706 807 925 8183 218 431 84 605 750 95 93129
[1000] 200 600 878

10088 [1000] 125 52 73 385 406 73 619 741 87 11132
45 233 361 415 629 700 874 12921 93 112 230 [3000] 83
345 51 452 592 614 48 53 871 13047 141 63 438 831
32 14046 83 70 211 429 [3000] 737 808 10 83 964 15046
[500] 336 61 412 [3000] 558 81 700 766 16132 91 336
[3000] 634 901 39 17135 275 [1000] 301 75 79 446 55
68 533 93 61 18130 37 [500] 46 327 467 719 096 19038
[500] 113 217 440 97 680 725 91 [3000] 957

20770 583 607 754 989 21677 17 238 477 504 47
835 2237 162 [1000] 263 341 76 400 546 93 616 728
830 52 97 23062 69 168 224 394 [500] 407 14 14 51
[3000] 724 65 862 948 24130 [1000] 67 97 245 71 307
64 418 95 535 636 924 25492 [3000] 65 590 611 34
832 26216 306 80 473 519 633 36 836 27036
106 72 273 328 53 416 525 604 87 725 51 70 859 949 60
28086 107 22 294 394 413 513 30 [500] 622 25 35 720
842 29165 438 646

30038 65 98 138 256 95 333 738 78 908 31239
438 647 734 803 56 72 967 80 [5000] 85 92 [1000] 32009
[500] 105 210 428 34 56 [5000] 71 526 61 922 55 33308
[15 000] 474 80 629 [5000] 886 980 34212 35 67 426
75 578 65 606 77 758 345196 810 800 36178 356 [1000]
75 484 827 898 37046 60 156 236 388 475 79 530 870
964 38074 [1000] 385 568 73 725 70 947 [5000] 39174
291 318 542 613 [5000] 829

40073 311 [5000] 592 825 [5000] 41038 129 43 [500]
96 257 483 91 558 783 851 75 900 5 42008 155 200 376
62 [5000] 624 [3000] 731 45 837 978 43048 83 [5000] 234
846 633 785 875 983 44228 64 379 451 547 82 644 84
45018 140 [500] 61 225 522 635 748 904 48000 115
276 [1000] 99 366 484 579 716 62 918 [3000] 50 47117
234 328 31 61 835 621 80 735 569 [1000] 86 981 48137
207 80 89 500 47 61 836 49014 55 127 220 [5000] 670
713 45 838 957

50012 103 17 444 731 831 75 947 73 51022 365
[500] 413 546 725 41 [500] 44 901 52092 108 72 639
801 963 53060 [3000] 106 [1000] 99 254 441 630 95
[5000] 54001 145 326 45 [5000] 699 439 70 [500] 740 975
55308 332 49 56 68 406 48 76 82 94 201 886 60 56185
[5000] 327 [1000] 76 627 838 87 57012 31 110 80
233 [500] 327 1000 67 672 [1000] 79 851 58019 216 58
[1000] 324 413 22 74 [3000] 82 724 45 47 836 947 59096
106 214 [500] 15 [3000] 77 316 72 91 [3000] 580 [500]
698 789 894 76

60222 429 519 72 [500] 98 627 700 1 61000 162
74 207 426 78 [500] 604 61 718 34 40 826 30 62077
117 315 97 462 [5000] 661 78 89 832 63007 138 [500]
60 207 47 65 87 605 81 64005 63 106 230 393 483 329
34 632 720 864 [500] 918 31 65212 662 74 737 806 [300]
86 962 69045 262 307 474 501 97 701 48 840 [1000]
67039 83 141 70 278 341 538 685 90 775 800 97 906
[5000] 65000 47 236 66 325 431 823 48 84 99 609 834
63 905 86 60960 314 60 587 737 85 837

70002 [3000] 321 [3000] 74 631 41 882 71046 54
133 35 673 502 734 831 65 68 72087 115 364 414 545
623 [500] 30 93 97 709 84 813 900 73032 545 [500] 81
627 710 [3000] 74 [3000] 896 900 [500] 74012 51 185
129 309 51 99 506 [3000] 40 31 [1000] 641 59 853 63
75066 125 212 39 486 [300] 88 778 833 45 950 89 [500]
76121 40 78 251 95 407 89 623 680 71 975 77043 678
723 50 862 941 57 [3000] 85 78019 [3000] 34 [500] 135
[500] 213 21 503 92 670 [500] 702 844 [5000] 85 71 70975
153 [1000] 236 52 216 507 790 638 56 68

80090 94 230 [500] 28 485 538 635 77 [1000] 82 762
815 41 87 913 81001 77 250 467 502 67 611 32 74 847
82977 180 981 63187 82 91 [500] 505 458 734 78 841
83 986 84041 263 398 694 28 700 21 32 985 85007 202
358 586 642 730 846 61 86119 290 [1000] 369 501 707
43 75 949 81 87005 22 121 38 350 92 425 87 501 39
88306 20 452 96 629 632 81 846 947 89216 372 800 620
[1000] 912 [1000]

90030 97 153 245 376 621 26 917 39 82 [500] 91020
242 442 90 300 19 47 [3000] 877 99 92430 648 807 63 79
823 93206 44 62 98 928 81 91 94092 [1000] 133 244 78
833 438 602 85 631 95012 95 113 74 291 320 24 [500]
603 6 86 60 70 712 80 [500] 865 [500] 92607 445 611 73
[500] 840 [500] 978 [1000] 97117 324 54 422 [500] 73
812 44 701 [1000] 98000 88 382 904 12 644 871 90039
182 245 362 519 37 60 747 [3000] 808 35 [1000] 917 99
100036 150 230 315 200 63 772 88 809 989 101018
113 64 380 418 40 [300] 72 501 65 90 97 788 906 102118
212 [3000] 214 430 [500] 73 77 883 848 [1000] 95 622 65
[500] 808 917 64 105147 283 989 106146 97 298 39
[500] 891 586 [3000] 613 60 [500] 81 [1000] 707 107017
61 88 126 207 362 438 543 47 782 864 982 108010 53
[500] 568 463 647 63 734 98 823 913 57 109014 146 77
225 587 587 683 [1000] 730 93

110011 50 00 [3000] 68 122 85 470 667 742 111185

4. Ziehung 5. Klasse 210. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Mai 1904, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 M. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

203 54 491 73 895 112153 77 904 [5000] 489 383 769 804
91 932 113005 215 437 519 825 114172 524 434 619
743 81 812 115097 115 236 317 79 632 649 715 96
116183 94 253 569 621 [1000] 98 [3000] 933 117001
93 550 63 692 875 962 116974 89 118 63 246 92 336
[1000] 87 601 75 90 119126 31 477 533 37 [1000]

120069 291 401 598 [5000] 683 762 77 97 834 121092
100 306 21 439 550 [1000] 83 602 705 51 86 969 83 84
659 41 91 122163 235 90 322 [1000] 57 [500] 73 483 698
750 71 889 [1000] 909 [1000] 36 60 64 84 123014 199
226 65 303 [500] 5 82 83 492 588 609 702 859 124185
565 301 [3000] 72 420 560 63 [500] 79 686 761 840 959
125203 [1000] 373 86 620 59 539 63 [500] 869 126009
195 248 [500] 321 77 537 89 849 [5000] 938 127139 93
390 463 514 15 685 813 [1000] 51 90 981 128001 [500]
37 57 126 327 532 738 70 96 831 36 [1000] 129130 241
92 362 483 702 31 [500] 807

130142 295 321 [1000] 627 66 776 831 52 131138
211 85 376 428 618 775 820 132036 167 262 [300] 313
637 711 960 [13000] 123 30 235 62 586 69 628 918 31 68
74 134200 [1000] 26 248 70 411 35 39 53 [500] 86
[3000] 516 40 678 905 135046 192 263 381 571 741 63
136030 144 254 320 79 417 61 629 731 [500] 889
137070 [1000] 314 [3000] 349 9 [1000] 460 639 843 96
[1000] 138253 563 765 139438 51 61 507 57 608
738 932 835 40 45

140744 515 95 622 [500] 747 900 141040 205
[1000] 10 344 427 585 803 900 142904 396 76 435 39 683
143138 435 705 935 144067 442 692 145048 519 620
701 41 75 [500] 833 867 146065 294 688 300 29 33 480
790 885 945 147238 376 470 [1000] 692 712 889 865
148044 721 32 519 23 34 55 98 950 149210
27 88 [500] 96 [500] 98 882 [1000] 449

150130 81 929 25 32 96 482 [500] 665 85 701 62 966
151012 23 45 [3000] 321 [3000] 95 112 31 18 99 153035
954 152123 300 [300] 154083 201 239 26 429 65
187 280 545 608 836 [300] 154083 201 239 26 429 65
637 43 774 155064 183 274 [500] 77 [1000] 500 944
156045 253 534 500 11 725 82 98 846 78 921 93
157054 81 [1000] 105 22 [500] 92 96 285 367 [3000] 428
29 532 32 61 [500] 73 855 159223 189 281 543 662 858
78 941 159040 225 648 890

160005 [500] 126 [5000] 460 804 687 725 883 93 931
161901 407 [500] 667 722 967 81 162100 821 942
163070 236 358 633 [3000] 95 838 99 929 164267 37
323 307 [3000] 50 165103 341 444 540 60 808 166033
289 400 42 511 [500] 71 610 713 30 [300] 82 892 962
167108 56 252 683 829 71 98 598 168043 149 394 692
582 940 169386 484 546 619 76 792 874

170095 283 92 [500] 919 171137 426 62 630 717
63 962 172904 235 481 542 682 891 979 173331 81
506 88 90 678 174004 110 65 97 213 433 68 523 89 94
1 29 78 587 175004 110 65 97 213 433 68 523 89 94
[1000] 125 931 [500] 33 [1000] 170683 68 [3000] 72
168 236 2 469 [300] 611 717 807 177073 [1000] 101
22 65 481 556 651 978 [3000] 178023 45 218 983 327
801 [500] 971 179211 304 9 58 430 646 707

180068 712 96 944 181019 57 245 68 [1000]
79 503 16 898 921 182120 372 460 335 83 603 28 86
789 [500] 829 900 183108 343 51 69 412 50 60 95 519
85 674 722 89 92 321 97 [500] 927 40 [3000] 92
184046 185 [3000] 334 85 818 88 944 185025 90 [500]
307 [500] 30 347 54 [500] 462 [3000] 43 536 75 821
62 54 947 186006 106 69 [1000] 601 535 61 988 187940
85 133 383 [500] 620 188142 235 38 417 32 591 758
189080 [1000] 100 305 7 612 732 118 [500]
100232 532 36 61 654 64 733 805 13 [500] 942
71 92 191026 51 168 230 64 371 513 615 [300] 63 707
962 [500] 192114 447 632 820 193493 723 824 913
164019 16 197 219 435 586 87 981 195029 150 [500]
60 317 29 418 81 64 74 517 611 900 33 40 49 71 196228
[500] 41 389 62 [1000] 433 549 64 31 719 846 [1000]
72 903 29 [1000] 197221 [500] 95 364 95 531 626 68
947 [500] 198015 134 301 517 33 676 70 709312
[500] 79 503 47 682 764 90 801 832 [300] 94

200153 60 222 412 518 706 [500] 201126 260
303 440 527 702 202034 70 107 [1000] 18 56 302 80
[1000] 444 80 863 82 203049 182 328 [1000] 370 [3000]
282 [1000] 613 27 735 75 204215 311 91 457 392 622
85 784 808 13 [500] 33 205276 [1000] 370 446 687
714 809 206057 58 161 387 69 476 614 [3000] 778 848
961 207181 256 77 84 485 764 74 978 208945 319
443 546 65 676 776 90 815 31 209069 474 507 681
704 858

210001 112 237 66 69 302 61 573 626 55 90 733
91 [500] 829 694 211143 77 99 262 363 459 802 925
212182 271 618 72 75 718 42 87 804 213293 35
[500] 40 319 949 214012 48 [1000] 175 388 577 610
[1000] 62 72 [5000] 215012 288 71 389 443 [500] 533
68 703 46 75 [500] 68 819 50 81 634 218021 212
42 837 943 46 63 217011 240 81 448 [500] 58 89
[500] 534 648 97 218117 66 72 81 238 395 437 594
31 79 66 614 69 703 882 923 29 219229 528 632 60
736 50 810 [1000] 20 [500] 77

220151 488 223 30 80 667 783 [1000] 221019 64
390 401 620 64 627 80 780 55 [1000] 80 970 222100
279 357 [1000] 401 [3000] 514 78 803 64 974 [1000]
223038 60 109 50 241 [1000] 367 738 91

Im Gewinnschein vermerkt: 1 Gewinn zu 500 000 M.,
1 Gewinn zu 300 000 M., 1 Gewinn zu 200 000 M.,
2 zu 100 000 M., 2 zu 75 000 M., 1 zu 60 000 M., 1 zu 50 000 M.,
1 zu 40 000 M., 8 zu 30 000 M., 16 zu 15 000 M., 44
zu 10 000 M., 86 zu 8 000 M., 1422 zu 6 000 M., 3 90 zu
1000 M., 9334 zu 500 M.

4. Ziehung 5. Klasse 210. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Mai 1904, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 M. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

148 343 401 563 667 830 975 1119 228 525 [3000]
49 689 799 2026 93 96 128 479 87 745 803 928 3281
521 [1000] 661 [500] 74 732 823 26 934 4125 57 219
30 91 96 444 590 14 738 889 946 93 98 5015 33 184
56 163 592 946 6091 197 398 513 615 85 709 [3000]
89 891 [500] 93 7028 299 313 425 [3000] 76 715 89
95 807 8011 169

Verfassungen.

Die Wahl in Frankfurt-Leub.

Am Montag tagte in Stegert's Saal am Andreasplatz eine statt besuchte Versammlung von in Berlin wohnenden Wählern des Kreises Frankfurt-Leub. Eduard Bernstein, der als Referent auftrat, kennzeichnete die Kaffierung des Mandats des Genossen Heinrich Braun als eine aller Gerechtigkeit Hohn sprechende Maßnahme der Reichstagsmehrheit. Dann beleuchtete er die gegenwärtige politische Situation, kennzeichnete die gegnerischen Kandidaten des Wahlkreises und forderte die Wähler auf, die kurze Zeit bis zum Wahltag in reger Agitation auszunutzen und durch die Wiederwahl des Genossen Braun Protest einzulegen gegen die herrschende reaktionäre Strömung. Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede Bernsteins nahm Heinrich Braun, von der Versammlung mit starkem Applaus begrüßt, das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er ging besonders auf die Verhältnisse im Kreise ein, charakterisierte die Gegner, welche den Wahlkampf mit den Waffen niedrigster Verleumdung gegen uns führen und zeigte, wie man durch Spaltung auf die Unwissenheit der Wähler, durch Beeinflussung von amtlicher Stelle aus unserer Partei Stimmen zu entziehen bemüht ist. So habe er am Sonntag in Oberbruch erfahren, daß ein Gemeindediener bei den Wählern herumgehe und ihnen einrede, alle Stimmen, welche für Braun abgegeben werden, seien von vornherein ungültig. Dies Mittel der Wahlbeeinflussung sei so raffiniert, daß man annehmen könne, es sei wohl nicht im Kopfe des Gemeindedieners entstanden. Solche Mährchen müßten unsere Parteigenossen zu Schanden machen, indem sie die Wähler anklären über ihre Rechte. Hoffentlich werde die Wahl sich zu einem Protest gestalten gegen den Beschluß der Reichstagsmehrheit, welche unser Mandat kassierte, zu einem Protest gegen die Intention auf die politischen Rechte des Volkes, zu einem Protest gegen den Zolltarif, für den niemand mit verwerflicheren Mitteln arbeitete wie der nationalliberale Kandidat Voffermann, und zu einem Protest gegen die Behauptung, daß die Socialdemokratie nicht mehr das volle Vertrauen als Vertreterin der Rechte des Volkes habe. — In der Diskussion sprachen verschiedene Wähler aus Frankfurt-Leub. Sie besprachen Einzelheiten aus dem Kreise und Anregungen hinsichtlich der Agitation in bestimmten Orten. — Die bis dahin ruhig und sachlich verlaufene Diskussion schien bereits erschöpft, da meldete sich zu vorgerückter Stunde ein Mann, der sich als Christlich-Sozialer vorstellte. Er billigte die Bestrafung des Sozialdemokratischen Kandidaten Arbeiter, rief unter antisemitischen Redensarten über Mandatskassierung und Silberfärb die Ausweisung russischer Studenten, Verherrlichung der Getreidehölle und andre reaktionäre Maßnahmen mit den odesten, zu entscheidender Länge ausgeführten Redensarten, wobei er auf alle mögliche einging, was nicht die geringsten Beziehungen zum Gegenstand der Tagesordnung hatte. Die Versammelten hatten nicht ein so hohes Maß von Geduld, um die eben Salabereien des Söder-Jüngers ruhig über sich ergehen zu lassen. In verschiedenen Momenten mußte der Vorsitzende sowie Genosse Braun eingreifen, um dem Redner Gehör zu verschaffen. Als dieser aber nach einer Anspielung auf den Dresdener Parteitag sagte, er und seine Freunde würden davon Gebrauch machen, daß Heinrich Braun Komödie gespielt habe, da wurde der Unwille der Versammlung so stark, daß der Vorsitzende nicht mehr ruhig konnte, darüber abstimmen zu lassen, ob der Redner in dieser Weise weiter sprechen sollte. Die Versammlung entschied fast einstimmig, daß dem Redner das Wort entzogen werde. Genosse Braun mißbilligte diesen Beschluß auf das entschiedenste. Die Ausführungen des antisemitischen Redners seien so halslos und unsinnig, daß sie eine Widerlegung nicht bedürfen, aber die Redefreiheit müsse in unseren Versammlungen unter allen Umständen respektiert werden. Zum Schluß nahm Genossin Lilly Braun das Wort. Sie fertigte den Anhänger Söders mit der Bemerkung ab, daß er sich durch sein Auftreten selber blamiert habe. Dann richtete die Rednerin unter dem Beifall der Versammlung einen Appell an die Parteigenossen, dahin zu wirken, daß der Wahltag mit einem Siege der Socialdemokratie ende.

Die Militärmaschinen besuchten sich am 30. April in einer in den „Arminhallen“ abgehaltenen öffentlichen Versammlung mit Werkstatteinrichtungen verschiedener Art. So erwähnte der Referent, Genosse Kitter, besonders die Firma Hobercht in der Jägerstraße, die jetzt, nachdem die Gewerbe-Inspektion die Mangelhaftigkeit ihrer Werkstatteinrichtungen festgestellt hat, dazu übergeht, ihre Betriebswerkstatt in einen Maschinenbetrieb umzuwandeln, um sich auf diese Art aller einem Arbeitgeber obliegenden Verpflichtungen den Arbeitnehmern wie auch den Behörden gegenüber zu entziehen. Diefelbe Firma hat sich auch keineswegs an die nach dem vorjährigen Militärmaschinenbericht getroffenen Abmachungen betreffs der Prozentvergütung an die Gesellen gehalten. Es ist dieserhalb gegen die Firma eine Klage beim Amtsgericht I anhängig gemacht worden, um eventuell von der höchsten Instanz eine prinzipielle Entscheidung über die Frage herbeizuführen, ob die abgemachte Prozentvergütung ein Bestand des Arbeitslohnes oder eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers ist. Zur Annahme gelangte eine Resolution, in der das Verhalten der Hoberchtensfirma Hobercht, durch Auflösung ihrer Betriebswerkstatt die Heimarbeit mit ihren gesundheitlichen und rechtlichen Schäden für die Arbeiter noch weiter auszuweiten, öffentlich gemißbilligt wird. Ferner nahm die Versammlung Kenntnis von der Tatsache, daß namhafte Berliner Uniformgeschäfte die Civilgarderobe der Offizierskundschaft durch zweite Hand in maßlosentwerteter Weise zu den in der Maßkonfektion üblichen niederen Löhnen herstellen lassen.

Kostümschneider und Schneiderinnen. In einer am 2. Mai stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Kostümschneider und Schneiderinnen referierte Kitter über die am 1. Juli d. J. in Kraft tretende Verordnung vom 31. Mai 1897 auf die Maßwerkstätten der Damenschneiderei sowie über die andern in der Bundesrats-Verordnung vom 17. Februar dieses Jahres vorgesehenen Veränderungen. Nachdem Redner eingangs seiner Ausführungen die bisher bestehende Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiete an der Hand von Kammer- und Oberlandesgerichts-Urteilen gezeigt hatte, ging er zur Besprechung der neuen Verordnung über. Von einem durchgreifenden Schutz zu Gunsten der Arbeiterinnen könne bei dieser Verordnung keine Rede sein, so daß sich auch hier wieder das auf dem Heimarbeiterskongreß gefallene Wort von der Rücksichtlosigkeit in der sozialpolitischen Gesetzgebung bestätige. Dadurch daß in § 1 der Verordnung die Worte „im großen“ stehen geblieben seien, bleibe auch die bisher vorhandene Rechtsunsicherheit für die Männer- und Anabentkonfektion, sowie für die Betriebe, in denen die Anfertigung von weicher und harter Wäsche erfolgt, weiter bestehen. Niehe man in Betracht, daß in diesen Branchen nach ziffernmäßigen Angaben der Krankenkassen ca. 30.000 Arbeiterinnen in Frage kommen, und daß, was hauptsächlich hierbei zu berücksichtigen ist, in diesen Branchen viele keine Zwischenmeister-Betriebe vorhanden sind, die nach der bisherigen Auslegung der Gerichte, weil handwerksmäßig, ausgenommen, so könnte man ermeinen, welche große Lücke auch die neue Verordnung wieder offen gelassen habe. Dasselbe sei auch bezüglich der bisher unsicheren rechtlichen Stellung der Zuschneiderinnen und Einrichtnerinnen der Fall, die je nach Kunst und Langeweile im Einzelfall von den Unternehmern bald als gewerbliche Arbeiterin, bald als kaufmännische Angestellte betrachtet werden. Als eine tatsächliche Verschlechterung sei der neue Absatz 4 in § 3 der Verordnung, der für die jugendlichen Arbeiterinnen an Stelle einer bisher bestimmten Zeit für die Mittagspause diese vom 1. Juli ab in das freie Ermessen der Arbeitgeber stelle, so daß ihre völlige Ausschaltung zu befürchten stehe. Dasselbe sei auch bezüglich

des Verbots der Arbeit an Sonnabenden nach 5 1/2 Uhr der Fall, da das den Unternehmern zugestandene Recht der Ueberstunden an 60 Tagen im Jahre von diesen gerade an Sonnabenden ausgenutzt werde; ein Verbot sei hier nicht klar ausgesprochen, ebenso sei unterlassen worden, das Mitnehmen von Arbeit nach Hause nach der Werkstattdarbeit zu verbieten, so daß die Gefahr einer Zunahme der Heimarbeit in der Damen-Maßschneiderei gegeben sei. Wie sie die alte Verordnung auch in der Engroskonfektion gezeitigt hat. Als ein kleiner Fortschritt sei die vorherige Anmeldung von Ueberstunden zu verzeichnen, wozu der Unternehmer bisher nur am Tage der Ueberarbeit selbst verpflichtet war, sowie in § 8 der Verordnung der Wegfall der Worte, daß Arbeiterinnen, die nicht zur Familie gehörig, auch „gelegentlich“ beschäftigt werden können, ohne unter die Arbeiterkennzeichnungs-Vestimmungen zu fallen. Alles in allem bedeute die Verordnung nur einen sehr winzigen Fortschritt auf dem Gebiete des Schutzes weiblicher Arbeitskraft und Gesundheit. Sollten sich die von den Unternehmern angeforderten Erscheinungen — Zunahme der Heimarbeit — herausstellen, so wird es Sache der Organisation sein, die Konventionen darauf hinzuwirken, daß durch die Zunahme der Heimarbeit in der Damen-Maßschneiderei die wenigen für die Arbeiterinnen herausgenommenen Schutzbestimmungen umgangen werden sollen. An das Referat knüpfte sich eine lebhaft Diskussion, die erkennen ließ, daß die Angehörigen der Kostümbbranche gewillt sind, die wenigen ihnen zum 1. Juli zu teil werdenden Rechte zur Durchführung zu bringen und zu verteidigen.

Metallarbeiter-Verband. Am Montag fand in der „Neuen Welt“ eine Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin statt. Zunächst verhandelte die Versammlung über einen von der Vertrauensmänner-Konferenz gutgeheißenen Antrag der Ortsverwaltung, welcher die Anstellung von zwei neuen Beamten für das Bureau der Verwaltungsstelle fordert. Der Antrag wird damit begründet, daß durch das starke Steigen der Mitgliederzahl eine bedeutende Vermehrung der verwaltungsmäßigen Arbeiten eingetreten ist, die bisher durch Hilfskräfte bewältigt wurden, nun aber durch festangestellte Kollegen bewältigt werden sollen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag fast einstimmig angenommen. Dann erfolgte die Wahl der beiden Beamten durch Stimmzettel. Während der Feststellung des Wahlergebnisses durch eine Kommission erledigte die Versammlung den übrigen Teil der Tagesordnung und zwar zuerst den Kassenbericht für das erste Quartal d. J. Derselbe zeigt für die Hauptkasse eine Einnahme von 161.110,90 M., eine Ausgabe von 186.866,81 M. und einen Bestand von 24.744,09 M. An Unterstützungen wurden aus der Hauptkasse geleistet: Reisegeld 1163 M., Ortsunterstützung 40.355,05 M., Krankenunterstützung 20.901,20 M., Maßregelungen 11.540,50 M., Unterstützung nach § 2e des Statuts 1827 M., Rechtschutz 12.801,46 M. Die Abrechnung der Lokalkasse beginnt mit einem Bestand von 126.184,22 Mark, die Einnahme beträgt 78.239,26 M., die Ausgabe 132.095,72 Mark, der am Quartalsabschluss verbleibende Bestand 72.327,76 M. An Unterstützungen gewährte die Lokalkasse 4600,00 M. — Zu dem Bericht bemerkte der Kassierer Begold, daß im 1. Quartal d. J. 16.430 Beiträge mehr eingegangen und 15.600 M. Ortsunterstützung mehr gezahlt worden sind wie im 4. Quartal v. J. Die Verwaltungsstelle hat zur Zeit etwa 40.000 Mitglieder.

Auf Antrag Wiesenhals beschloß die Versammlung eine Statutenänderung, welche am 1. Januar 1905 in Kraft treten soll. Danach erhalten die Unorganisierten sowie die noch nicht 6 Wochen dem Verbands angehörenden Mitglieder vom genannten Datum an keine Streikunterstützung mehr. Die Höhe der Streikunterstützung für weibliche Mitglieder werden dahin abgeändert, daß bei einer Mitgliedschaft von weniger als 13 Wochen 5 M. (bisher 6 M.), bei einer Mitgliedschaft von 13—26 Wochen 7 M. (bisher 6 M.) und bei einer Mitgliedschaft über 26 Wochen wie bisher 9 M. gezahlt werden.

Aus der Wahl gingen W u s i k und W i d e als neuangestellte Beamte der Ortsverwaltung hervor.

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Die Verwaltung I hielt am 4. Mai ihre ordentliche Generalversammlung für das erste Quartal in den Arminhallen ab. Eingangs der Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken von 16 Mitgliedern, die im Laufe des Quartals verstorben sind. Sodann berichtete Werner noch kurz über die Lohnbewegung der Pader- und Hilfsarbeiter im Bergoldergewerbe, sowie auch über den Streik der Leitergeräthbauer bei Altmann. Leider habe sich bei beiden Streiks eine Anzahl Arbeitswilliger aus den Reihen der Verbände kollegen gefunden, deren Anschluß aus dem Verbands der Generalversammlung empfohlen wird. Die Versammlung beschloß einstimmig, folgende Personen aus dem Verbands auszuschließen: Die Pader Edmund Hofmann, Wilh. Lepke, Wilh. Sommer, Paul Grosse, Aug. Wodzun, Karl Fulge, Franz Hirschberg, Rud. Kramm, Johann Bernaj und Robert Kofaschewski. Außerdem die Leitergeräthbauer M. Luiginiski, August Schäler, Joh. Steh, Rudw. Ellmann, Nikol. Pohl, Karl Schulz, Wilh. Reichländer, Anton Zoniai, Friedr. Rablig, J. Augustin, Joseph Goicinal, Karl Kahberg, Frischer, Hilfling, M. Schituisli, J. Sadolowski, J. Kuhn, S. Kasni, M. Pest, Frz. Reugebauer, Bruno Krüger, Roman Grubowski. Der Kassierer erläuterte hierauf den gedruckt vorliegenden Kassenbericht. Aus demselben geht hervor, daß inklusive eines Kassenbestandes von 11.898,50 M. die Gesamteinnahme 42.827,06 M. betrug. Die Ausgabe betrug 30.348,90 M. Für örtliche Krankenunterstützung und Verdigungsbeiträge wurden im Quartal 1465,05 M. verausgabt. An die Hauptkasse wurden 17.862,80 M. abgeliefert. Der örtliche Kassenbestand betrug am 1. April 12.478,26 M. Es ist noch besonders hervorzuheben, daß die Verwaltung auch im ersten Quartal einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hat. 1246 Kollegen wurden als neue Mitglieder gewonnen. Auch die Stabilität des Mitgliederbestandes wird von Quartal zu Quartal eine größere, was wohl daraus hervorgeht, daß gegenüber 57.142 Wochenbeiträgen im ersten Quartal 1903 in diesem Quartal 91.756 Wochenbeiträge eingingen. Der Mitgliederbestand beträgt 9175. Aus dem Arbeitsnachweisbericht geht hervor, daß am Schluß des vierten Quartals 1903 noch 119 Arbeitslose vorhanden waren. Im Laufe des ersten Quartals meldeten sich neu 672, zusammen 791 Arbeitslose.

Table with 4 columns: Arbeitslos waren nach Branchen, Gemeldete Stellen (für fest), Befehlte Stellen (für fest), (3. Ausschüsse). Rows include Hausdiener, Pader etc., Ausfcher, Expeditions-Lagerarb., etc.

Am Schluß des 1. Quartals blieben noch arbeitslos 73 Kollegen. Die Versammlung beschloß sich dann mit dem Antrag einiger arbeitsloser Mitglieder, welcher verlangt, daß der Beschluß der Arbeitsnachweis-Kommission, fünf Arbeitslose auf längere Zeit vom Arbeitsnachweis auszuschließen, aufgehoben wird. Die Diskussion ergab, daß die Betreffenden sich in den Räumen des Gewerkschaftshauses derartig ungebührlich benommen hatten, daß der Beschluß der Kommission gerechtfertigt war. Die Versammlung wies daher den Antrag zurück. Ferner wurde noch beschlossen, das Badorgan „Courier“ nicht mehr durch die Post sondern durch die Bezirksführer, Vertrauensleute und Postkassenscheiter zu Verteilung an die Mitglieder zu bringen.

Nachdem noch zwei Vertreter in den Bauvorstand gewählt und die bisherigen Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission aufs neue bestätigt wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Centralverein der Bildhauer hielt am Montag in Haberechts Lokal in der Großen Frankfurterstraße für die Stadtteile des Ostens eine gutbesuchte Agitationsversammlung ab. Welche wies in seinem Referat besonders darauf hin, daß infolge der kapitalistischen Wirtschaftsweise die Arbeitsteilung mit ihren profletarisierenden Begleiterscheinungen auch seit lange schon in Bildhauerberuf eingetrisen ist. Aus dem ehemals freien Künstler sei mithin nichts weiter geworden wie ein Lohnarbeiter; die Bildhauer hätten also nicht die mindeste Ursache mehr, dem früheren Berufsstand noch weiter zu huldigen; sie seien Profletarier und gehörten demgemäß auch in die Reihen der Massenbewegten Arbeiterklasse. Redner ging dann speziell auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Werkstätten der Bildlichen Stadtteile ein, woselbst noch eine 52- bis 54stündige Wochen-Arbeitszeit besteht und Durchschnittslöhne von 23, 24 M. bis herunter zu 18 M. gezahlt werden. Angesichts dessen, daß diese Arbeitsbedingungen weit hinter den in den westlichen Stadtteilen üblichen juristischen, sei es eine pflichtgemäße Notwendigkeit für den Bildhauer, sich der Organisation anzuschließen. — Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Am Schluß der Versammlung ließen sich etwa 50 neue Mitglieder in den Centralverein anschreiben.

Eine Branchenversammlung der Schraubendreher, die bei Braumann stattfand, nahm einen Bericht über die Statistik betreffend Lohn- und Organisationsverhältnisse der in der Schraubendfabrikation beschäftigten Personen entgegen. Leider, so führte der Referent Richter aus, haben sich von den 1840 in 43 Betrieben gezählten Personen nur 596 in 24 Betrieben an der Statistik beteiligt, und zwar 412 Schraubendreher, 90 Schraubendreherinnen, 91 Hilfsarbeiter und 57 Werkzeugmacher, Facondreher und Schlosser. Trotzdem die Erhebung in einer überaus günstigen Konjunktur veranstaltet wurde, sind doch in verschiedenen Betrieben geradezu traurige Verhältnisse festzustellen. So brachten es z. B. bei der Firma Sudaicis die Schraubendreher auf einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 41 Pf., Schraubendreherinnen auf 21,6 Pf., Werkzeugmacher auf 61 Pf. und Hilfsarbeiter auf 39 Pf. — Der Gesamt-Durchschnittsverdienst der an der Statistik Beteiligten betrug: Schraubendreher 52,9, Schraubendreherinnen 24,8, Facondreher 51,6, Werkzeugmacher 54,2, Hilfsarbeiter 41,2 Pf. pro Stunde. — Wie schon aus den schlechten Löhnen zu ersehen, lassen auch die Organisationsverhältnisse vieles zu wünschen übrig. Von den 1840 ermittelten Personen waren 904 — 52,4 Proz. organisiert. Haupt-sächlich liegt die Organisation unter den weiblichen Kollegen (nur 20 Proz.) darunter. Die normale Arbeitszeit in den 24 an der Statistik beteiligten Betrieben war 1 mal 57, 1 mal 56 1/2, 17 mal 54, 1 mal 53, 1 mal 52 1/2, 1 mal 51, 3 mal 48 Stunden pro Woche. Unter den zwei Betrieben mit 48 Stunden befindet sich jedoch einer (Siemens u. Halske), in dem die achtstündige Arbeitszeit, nach eigener Aussage eines Direktors dem Arbeiterausfchuss gegenüber, nur auf dem Papier steht. — In der Diskussion wurde allseitig darauf hingewiesen, daß die Löhne sehr mangelhaft und verbesserungsbedürftig seien; die schlechten Organisationsverhältnisse, auch der schwache Besuch der Versammlung aber es nicht ratsam erscheinen lassen, jetzt schon mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung beauftragt die Agitationskommission, für eine rege Agitation in den Betrieben Sorge zu tragen, um die Bahn für eine Lohnbewegung zu ebnen. — Die Vertrauensleute haben beschlossen, für die Sommermonate die Vorgesprache nur alle vier Wochen abzuhalten. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.“

Charlottenburg. Am 21. April hielt der socialdemokratische Wahlverein Charlottenburgs in Volkshaus, Kosmenschroße 3, seine Generalversammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Genosse Reich sprach über: „Der kommende internationale Kongreß in Amsterdam“. Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. In der Diskussion sprach Genosse Spörer im Sinne des Referenten. Hieraus gab Genosse Baake den Bericht des Vorstandes, welcher sich auf drei Monate erstreckte. Es haben demnach drei Versammlungen und sieben Vorstandssitzungen stattgefunden. Den Kassenbericht für zwei Quartale gab der Kassierer Müller. Das erste Quartal ergab eine Einnahme von 1405,01 M. Ihr fand eine Ausgabe von 836,10 M. gegenüber, so daß, nachdem Zweidrittel der Einnahmen an die Centralkasse abgeführt wurden, ein Defizit von 181,18 M. zu verzeichnen ist. Das zweite Quartal ergab eine Einnahme von 1642,50 M., der eine Ausgabe von 208,57 M. gegenüberstand. Nachdem Zweidrittel der Einnahmen abgeführt worden sind, ergibt sich ein Ortsbestand von 338,68 M. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Dr. Vordardier erster, Rosenthal zweiter Vorsitzender, Müller Kassierer, Gehrke Schriftführer, Dabe Beisitzer. Als Rediktoren wurden Tatusch, Partsch und Weisheit gewählt. In die Lokalkommission wurden die Genossen Koad, Libke und Geride gewählt, als Bibliothekar der Genosse Koesener. Die vom Vorstande vorgeschlagene Änderung des § 3 des Statuts, wonach der Vorstand alljährlich jährlich gewählt werden soll, wurde angenommen. Als Bezirksführer wurden gewählt im 1. Bezirk Dieb, 2. Wenzel, 3. Mäde, 4. Siebel, 4. Reich, 5. Nieder, 6. Kleeberg, 7. Oberländer und 8. Weisheit. Die Mitglieder des Wahlvereins setzen sich, nach Verufen ge-zählt, wie folgt zusammen. (Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Mitgliederzahlen im Vorjahr): Monteur 250 (215), Arbeiter 219 (213), Zimmerer 92 (89), Tischler 88 (77), Schandwirte 71 (64), Raser 62 (64), Schlosser 61 (50), Köpfer 49 (40), Schuhmacher 29 (24), Schneider 28 (19), Vorgesellensarbeiter 16 (15), Dreher 16 (16), Barbierer 19 (13), Buchbinder 9 (13), Buchdrucker 13 (11), Stukkatureur 11 (8), Metallarbeiter 10 (9), Schriftfcher 10 (7), Klempner 10 (10), Unbekannt 9 (9), Kleiner 9 (4), Tapezierer 9 (7), Anschläger 9 (7), Mechaniker 9 (6), Kaufleute 8 (5), Händler 8 (6), Glaser 8 (4), Kofrleger 7 (8), Wörtcher 7 (9), Ausfcher 7 (5), Schriftfeller 7 (6), Steinseher 6 (7), Schmiede 7 (8), Stellmacher 6 (9), Cigarettenmacher 5 (7), Badiker 5 (5), Uhrmacher 5 (3), Handlungsgeschillen 4 (2), Cigarettenhändler 4 (3), Brauer 4 (6), Dresdler 4 (5), Dachbeder 4 (5), Fellenhauer 4 (1), Gerüstbauer 4 (3), Former 3 (5), Hausdiener 3 (2), Monteur 3 (3), Steinmeger 3 (2), Bildhauer 3 (2), Dokoren 3 (5), Fensterputzer 3 (5), Tischler 2 (1), Musiker 2 (2), Dentisten 2 (1), Schriftfcher 2 (2), Lederarb. 2 (2), Expedient 2 (1), Stereotypente 2 (1), Sattler 2 (1), Werkführer 2 (2), Müller 2 (1), Lithographen 2 (1), Glasbläser 2, Bureaugehilfen 2, Bergolder, Goldschmied, Pader, Päder, Schreiber, Kirschner, Steno-graphen, Kunstfcher, Japfer, Schleifer, Kropfcher, Geschäftsführer, Weinbruder, Pantheamter, Feiger, Bedehändler, Reaktuer, Korb-macher, Staalser, Korrespondent, Konditor, Textilarbeiter, Wohner, Teppichreiner, Küfer, Wafganstaltsbesitzer, Maschinenmeister, Möbelpolierer, Generalagent, Puttermister, Privatier, Grabeur und Zinngeher je einer. — Die Wahlvereins-Versammlungen finden in Zukunft an jedem Dienstag nach dem 15. des Monats statt.

Graf-Beiten (Kreis Lettow). Die Parteigenossen von Groß-Beiten feierten am 8. Mai ihr Maifest. Im 2 1/2 Uhr fand eine Volksversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse Max Rogger-Mixdorf hielt einen Vortrag, welcher mit rausendem Beifall aufgenommen wurde. Eine Diskussion fand nicht statt. Am Schluß der Versammlung forderte der Referent die Anwesenden auf, sich dem Wahlverein am Orte anzuschließen, was zur Folge hatte, daß sich mehrere Genossen aufnehmen ließen. Besang, ausgeführt vom Arbeitergesangsverein Adlerhof, sowie Tanz hielten dann noch die Genossen bis tief in die Nacht bei frohlicher Stimmung zusammen.

Druckfehler-Berichtigung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. In dem Inserat betreffend Versammlung am 9. Mai ex. in Nr. 108 findet sich ein fälschlicher Druckfehler. Es sollte heißen: Referent Gerhard Gildebrand, nicht Gerhard Hauptmann.

Achtung! Kistenmacher!

Donnerstag, den 12. Mai (Himmelfahrtstag): Herren-Partie nach Falkberge Rüdersdorf. Treffpunkt präzise 7 Uhr Arbeitsnachweis Breslauerstraße 28. Abfahrt 7²⁰ Schlesischer Bahnhof nach Erkner. 103/8. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Tegelort. Restaurant zum Schwan. Schönster Ausflugsort zum Himmelfahrtstag! Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Kaffeeküche. 2 verdeckte Kegelbahnen. Billard. E. Kielerki.

Morgen Reederei Nobiling. Dampfer-Extrafahrt mit Musik nach Berliner Schweiz. Baumblüte. Abfahrt von Jannowitzbrücke (Schultheiß-Busch) 9 Uhr vormittags, 2 Uhr nachmittags. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt Erwachsene 1 Mk., Kinder 50 Pf. Es laden ergebenst ein Hermann Gärtner.

Gegen Monatsraten von 2 Mk. an liefern wir Musikwerke selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 18 Mk. aufwärts. Phonographen nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts. Beispiele und unbespielte Walsen in Qualität. Bial & Freund in Breslau II. Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 3353.

Achtung! Klempner! Achtung!

Mittwoch, den 11. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29: Versammlung der Klempner Berlins und der Vororte. Tages-Ordnung: 1. Endgültige Beschlussfassung über die Fahrgeld- und Fahrzeit-Entscheidung. 2. Diskussion. Kollegen! Angesichts der wichtigen Tagesordnung ist es selbstverständlich, daß jeder Kollege erscheint. Jeder Klempner muß zur Stelle sein.

Achtung! Schraubendreher! Achtung!

Am Himmelfahrtstage: Ausflug nach der Volksheilstätte Grabowsee bei Oranienburg. Abfahrt Stettiner Bahnhof 7 Uhr 30 Min. früh. Fahrt bis Rehnitz. Fahrgeld 1,10 Mark.

Bezirk Ober-Schöneweide.

Am Himmelfahrtstage: Herrenpartie nach Müggelberge, Rahnsdorf. Treffpunkt 8 Uhr früh in Ober-Schöneweide bei Kaufhold, Wilhelmstr. 18. Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Freitag, den 13. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: General-Versammlung für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer, sowie der Sektion der Putzer und der Sektion der Gips- und Cementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Fliesenleger. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Katzstein über: „Strafrecht und Socialpolitik“. 2. Diskussion. 3. Überweisung vom ersten Quartal. 4. Antrag Gommert, betreffend verloren gegangene Marken. 5. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. Der Zweigvereins-Vorstand. J. A.: Emil Thöns.

Vereinshaus Naunynstr. 6

Inhaber: E. Tzschackseh empfiehlt seinen Saal und schön decorierten schattigen Garten den Gewerkschaften, Fach- und Theatervereinen zu Gesellschaften und festlichen Festlichkeiten unter kulantesten Bedingungen. Grosse Kaffee-Küche.

Herm. Ramlows Weiss- u. Bayrischbier-Lokal

Schönhauser-Allee 135. Empfehle mein großes Vereinszimmer für Zahlstellen, Gewerkschafts- und Werkstätten. 4892* Zwei neu renovierte Kegelbahnen. Grober Mittagstisch sowie gut gepflegtes Weiß- und Bayerisch Bier. S. Ramlow.

Steppdecken

Gelegenheitskauf. Bunt Kattun, Ersatz f. Deckbett 2,05. Similiseide in den Farben 4,05 6,75. Wollatlas rot, blau, oliv 5,25 7,50. Bunte Normal-Seblandecken 1,50 2,50 3,50. Wolldecken g. dick, fehlerhaft 3,00 4,00. Special-Haus Emil Lefèvre, Berlin S. Oranienstrasse 158.

Jede Hausfrau

Yorbaum's Waschpulver „Eureka“, das selbe verhütet das unliebsame Abfärben und Einlaufen der Wäsche, erhält die wollenen Stoffe wunderbar weich, macht die weiße Wäsche blendend weiß und giebt derselben einen höchst angenehmen, frischen Geruch. „Eureka“ wird von den bedeutendsten Hausfrauen-Zeitungen etc. als bestes Waschmittel der Gegenwart empfohlen und sollte daher in keinem Haushalte fehlen. 75/4* „Eureka“ kostet pro Paket 15 Pf. und ist in allen besseren Geschäften zu haben. Engros-Vertrieb durch die Firma: Kiewitz & Noock, Berlin.

Für Naturfreunde

in waldiger, herrlicher Gegend, Vorortverkehr, drei Stationen von Berlin, ca. 30 Min. Fahrt, habe einige Parzellen mit Angelrechtssame an schönem waldbegrenzten Fluss preiswert mit kl. Anzahlung zu verk. Ernsto Reflexanten wollen sich melden. Off. unter G. R. 451 an Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103. 2/18*

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 8 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Ringelstiche, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Röhrenstr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 21748* Hebräischer, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur passend, auch neue, zurückgekehrt, läuft man am billigsten nur direkt beim Schneidermeister Fürstentel, Kolonnenstr. 15 III. 140/14. 21749* Sofa, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstr. 35 b. 21748* Fahrräder, Teilzahlungen, hundertfünfzig Mark, Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.) 21748* Photoapparate, Hand-, Station-, Klappapparate, durch Umzug etwas beschädigt, zu halben Preisen. Marktgrafenstr. 19. 22638* Teppiche mit Farbensehern Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, part. 21748* Vorjährige hohelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen, 25 bis 40 Mark. Zurückgeleitete Anzüge, Paletots, Beinleider, Hosen, Sakkos, Gummimäntel, Kapotten werden für die Hälfte der bisherigen Preise verkauft. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 21668* Nähmaschinen, Bergüte bis 10,00, mit Teilzahlung Nähmaschine läuft oder nachweist. Alle Systeme. Vorkasse erbeten. Lieferung sofort. Vorkasse, Nordbornerstr. 50. 11013* Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Vorkasse genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringelbahnhof. 21740* Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, part. 21748* Tambourier-Maschinen, Gode-meyer, alleiniger Fabrikant E. Wellmann, Gollnowstr. 28, nahe der Landsbergerstr. 22158* Gasföcherhand! Einloch-Gasföcher! 0,80. Zweifloch-Gasföcher! 2/3. Dreifloch-Gasföcher! 3/4. Gas-Bratpfannen 6,00! Gas-Backapparate! Gas-Backöfen 2/3! Gas-Backöfen! Gas-Backöfen! 1/2! Bohler, Wallner-Theaterstr. 32. (Schiller-Theater). 21748* Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hadererstr. 4, Bahnhof Börse. 93/22* Schwere verkaufen vier Stufen Möbel, Polstermöbel, noch neu, auch einzeln, für Braunkohl, Bancosofa 50,00, Trumeau, geflüßten 33,00, Stöck, Gardinen, Steppdecken, Teppich, Pianino. Verschiedenes jeden Preis. Röhrenstr. 126a, I. 12166* Knobenaussage, Kabinettstisch, Paletots, Jadedisch verkauft billigst Hoffmann, Veteranenstr. 14. 2161K*

Verschiedenes.

Der Genossin Frau Marie Flehne zum heutigen Tage ein dankendes Hoch! G. E. 12225 Rechtsbureau! (Hindenburgplatz), Grünerweg vierundneunzig. Langjähriger Gerichtsbeistand! Rat-erteilung! Eingabengeld! Steuerberatung! 12225* Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurze Str. achtzehn! Gerichtshof, Interventionen, Strafsachen, Rat-erteilung, Eingabengeld. 11012* Rechtsbureau. Klagen, Interventionen, Eingabengeld fertig an Oranienstr. 109, I. 22508* Rechtsbureau Brunnenstr. 40, Langjähriger Prozeßbeistand, Eingabengeld, Materielle (alle-billig). 11986* Rechtsbureau. Gerichtshof, Strafsachen, Eingabengeld, Rat-erteilungen, Weisung, Brunnenstr. 97. Rechtsbureau, früherer Gerichtsbeamter, Schulstr. 2. 187* Unfallkassen-Rechtsbureau Vager, Steglitzerstr. fünfundsiebzig 22168* Kunstphotografie von Frau Kolosky, Steinmetzstr. 48, Quergebäude hoch-part. 21748* Anspöckerung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außer Haus. Bachmann, Blumenstr. 35 b. 21738* Varien vergibt Selbstgeber, distret. Liebe, Potenzenstr. 23, Rüd-porto. 312* Handliche, Weinzenstr. 63, Ecke Annenstr. täglich 8-8, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. 22728* Fahrräder kauft, leicht, Maßstab, Spandauer Allee 163a. 108/19* Briefmarken - Sammlung kauft Hermann Grohmann, Spandauer Brücke 11. 22806* Vereinszimmer mit Piano, bis 50 Personen, Telefon O., Grün-str. 21, Weinacht. 22648* Vereinszimmer mit Piano zu vergeben. Boisdamer Stangenber. Röhrl. 11, Falterstr. 59. 21748* Patentanwalt Dammann, Oranienstr. 57, Röhrl. 11. 12068* Rechtsbureau! Interventionen, Klagen, Eingaben, Gerichtshof, Röhrl. 10, III. 12225* Bilder - Einrahmungen bekannt billig! 1 Frankfurterstr. 1, Ecke Schö-nhauser Allee, „Fortuna“. 156*

Wohnungen.

Ein-, Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen, alle mit Bad, sehr billig. Ecke Röhren- und Reuterstr. (Röhrl.), Baumstr. 113/8* Zimmer. Möbliertes Zimmer vermietet Langstr. 19, Ramlow. 12185* Stellenangebote. Dirigenten mit Geige sucht Arbeiter-Gesangverein. Schützenstr. 23, Restaurant. Neidungen Freitagabend 9-11 Uhr. 21748* Mechaniker-Gebrüder verlangt F. Gabriel, Gleditschstr. 26. 21748* Suche Putzer für Glaspapier, Franz Henschel, Gubenerstr. 6, III. 21748* Hausierer verlangt, hoher Verdienst Ring, Röhrl. 11a 21748* Tüchtige Innenputzer verlangt Anstufertendamm 8. 12225* Monteur, landwirtschaftliche Maschinen, sucht Röhrl. 81. 21748* Sattler auf Damengürtel finden dauernde Arbeit. Heinrich Voss, Ritterstr. 45. 12138* Kleinemädchen des Sonntags verlangt Allee, Röhrl. 2. 21748*

Arbeitsmarkt.

Arbeitersekretär gesucht. Für das Arbeitersekretariat Berlin (Berliner Gewerkschaftskommission) wird zum 1. Juli d. J. ein Sekretär gesucht. Der Sekretär muß mit dem sozialpolitischen Verhältnisse vertraut sein sowie auch sonst mit dem gewerkschaftlichen Gebiet vertraut sein. Das Gehalt regelt sich nach dem vom Statutarier Gewerkschafts-Kongress festgelegten Gehältern. Bewerber wollen sich bis zum 25. Mai d. J. bei Unterzeichnetem melden; eine Bewerbungschrift über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs sowie eine kurze Angabe der bisherigen Tätigkeit ist der Bewerbung beizufügen. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission. J. A.: Ad. Ritter, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15. 30093*

Achtung! Leitergerüstbauer!

Wegen vorliegender Differenzen bei der Firma Hunt u. Co. (Hilsmann), Charlottenburg, ist laut Versammlungsbeschluß Zugang nach dort strengstens fern zu halten. 67/20* Die Sektionsleitung.

Achtung, Holzarbeiter!

Zugang ist streng fern zu halten von Gantischlern, Einsehern nach Steglitz, Groß-Lichterfelde, Lankwitz und Friedenau. Bau Gorkig, Schmargendorf, Zoppoterstr. 15. Bau Kühne, Straße 20, an d. Rotenburgstr. Zell u. Hanke, Steglitz, Forst- u. Arndtstr. Ecke. Fiedler, Steglitz, Linden- u. Berliniedstr. Ecke. Achtung! Holzarbeiter! Zugang ist streng fern zu halten nach der Gantischlerei Hermann, Stalinerstr. 100; Bau-gesellschaft von Gutschow, Zietnerstr. 42; Möbel-Fabrik Zells & Co., Wilhelmstr. 130 bis 132, u. Stadtfabrik Schülke Nachf., Ritterstr. 59. 83/14* Die Ortsverwaltung.

Arbeitersekretär gesucht.

Für das Arbeitersekretariat Berlin (Berliner Gewerkschaftskommission) wird zum 1. Juli d. J. ein Sekretär gesucht. Der Sekretär muß mit dem sozialpolitischen Verhältnisse vertraut sein sowie auch sonst mit dem gewerkschaftlichen Gebiet vertraut sein. Das Gehalt regelt sich nach dem vom Statutarier Gewerkschafts-Kongress festgelegten Gehältern. Bewerber wollen sich bis zum 25. Mai d. J. bei Unterzeichnetem melden; eine Bewerbungschrift über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs sowie eine kurze Angabe der bisherigen Tätigkeit ist der Bewerbung beizufügen. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission. J. A.: Ad. Ritter, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15. 30093*

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt. Für das Arbeitersekretariat Berlin (Berliner Gewerkschaftskommission) wird zum 1. Juli d. J. ein Sekretär gesucht. Der Sekretär muß mit dem sozialpolitischen Verhältnisse vertraut sein sowie auch sonst mit dem gewerkschaftlichen Gebiet vertraut sein. Das Gehalt regelt sich nach dem vom Statutarier Gewerkschafts-Kongress festgelegten Gehältern. Bewerber wollen sich bis zum 25. Mai d. J. bei Unterzeichnetem melden; eine Bewerbungschrift über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs sowie eine kurze Angabe der bisherigen Tätigkeit ist der Bewerbung beizufügen. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission. J. A.: Ad. Ritter, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15. 30093*